

Berufsstandes. Ich werde Ihnen einige Fälle aufzeigen. Nahezu allen Fällen, meine Damen und Herren, ist bei Stellenbesetzungen der letzten Jahre gemeinsam, daß die in Frage Gekommenen bisher beruflich so gut wie gar nichts mit der Landwirtschaft zu tun hatten und daß die Berufenen bar jeder landwirtschaftlichen Fachkenntnisse sind. Ich brauche gar nicht darauf hinzuweisen, daß in einzelnen Fällen die Ausschreibungen des Bundes so zurechtgeschneidert werden auf bestimmte Personen, wo man sich dann wirklich die Frage stellt, in einem konkreten Fall, Pitzelstätten wird verlangt vom Leiter, daß er Erfahrung in kommunalpolitischen Angelegenheiten haben muß. Meine Damen und Herren, ich möchte keine Behauptung aufstellen, Sie kennen mich lange genug, ohne sie nicht belegen zu können, an einigen Beispielen nachweisen. 1984 ist der zuständige Ministerialrat Dipl.-Ing. Haberl, der Leiter der Abteilung 2 B 12 im Landwirtschaftsministerium, also derjenige, der zuständig ist für die Landwirtschaftsschulen, vorzeitig in Pension gegangen, das heißt, er hat das Handtuch geworfen, weil seine Arbeitssituation unerträglich geworden ist. Seine Stelle wurde besetzt mit der Frau Oberrat Diplomkaufmann Hasler, einer Frau, die von der Landwirtschaft keine Ahnung hat, berufsfremd ist, sie war HAK-Lehrerin und später im Bundesministerium für Unterricht zuständig für die Handelsschulen und für die Handelsakademien. (Abg. Kohlhammer: „Objektivierung!“) Der Ministerialrat Dr. Fink, ein hochverdienter Mann, er hat auch eine sehr hohe Auszeichnung des Landes Steiermark bekommen, der entscheidend am Aufbau der Lehrer- und Beraterausbildung tätig war. Er ist mit Ende 1984 in Pension gegangen. Ministerialrat Dr. Fink hatte zwei Funktionen, zwei wichtige, er war erstens der Chef der Lehrera Akademie Ober-St. Veit und war zweitens Leiter der Abteilung 2/8 im Unterrichtsministerium, also jener Abteilung, die für die land- und forstwirtschaftlichen Schulen zuständig ist. Seine Stelle wurde am 1. Jänner 1985 mit ebenfalls einem Berufsfremden nachbesetzt, und zwar dem Herrn Dr. Wolfgang Poletschek, einem Hauptschullehrer in Wiener Neustadt, später Professor an der Berufspädagogischen Akademie. Da kann man immerhin sagen, der kommt aus der pädagogischen Akademie. Übergangen wurde Prof. Dr. Leopold Six, Absolvent der Hochschule für Bodenkultur, viele Jahre Lehrer an höheren Lehranstalten wie Pitzelstätten und Raumberg, seit 1967 in der Lehrerausbildung Ober-St. Veit als Professor und Stellvertreter von Ministerialrat Dr. Fink tätig, ein ausgezeichnete Pädagoge, der logischer Nachfolger gewesen wäre. Die Stelle des Herrn Ministerialrat Dr. Fink im Unterrichtsministerium wurde erst ein halbes Jahr später besetzt, weil man offensichtlich Probleme gehabt hat, den richtigen Mann zu finden. Nachfolger wurde der ebenfalls berufsfremde Oberrat Dipl.-Ing. Uika, Absolvent der Technischen Hochschule Graz, Maschinenbau, Professor an der HTL Wien. Und am Schluß Mitarbeiter in der Abteilung für technisch-gewerbliche Schulen im Unterrichtsministerium. Übergangen wurde der ausgezeichnete Fachmann und Mitarbeiter von Ministerialrat Dr. Fink im Ministerium, Oberrat Dipl.-Ing. Hochedlinger, ein Absolvent der Hochschule für Bodenkultur, acht Jahre Landwirtschaftslehrer, also mit sehr viel Praxis, seit 1974 im Unterrichtsministerium zuständig für pädagogische Fragen an landwirtschaftlichen Lehr-

anstalten. Meine Damen und Herren, diese Vorgangsweise hat nun schon einige Tradition. 1980 wurde die Höhere Bundeslehranstalt für Land- und Forstwirtschaft St. Florian in Oberösterreich ebenfalls mit einem Berufsfremden besetzt, und zwar dem Direktor Mag. Lidlbauer, einem Mathematiker. 1981 wurde die Höhere Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Frauenberufe in Kematen mit Direktor Mag. Bachmann besetzt. (Abg. Brandl: „Wir könnten auch anfangen. Das ist kein Problem!“) Hören Sie nur zu, das ist wirklich unangenehm, Mittelschulprofessor für Geschichte und Geographie. (Landesrat Dipl.-Ing. Riegler: „Das ist skandalös!“ – Abg. Brandl: „Die Liste wäre länger!“) Ich verstehe das, daß es für euch nicht sehr lustig ist. Vielleicht könnt ihr da auch etwas tun, denn es ist wirklich traurig. Aber bitte, ich bin schon am Ende. Ich kann es euch nicht ersparen, meine Herren, ihr verlangt die Objektivierung. (Abg. Brandl: „Du bist ja auch hineingewachsen in das Problem. Du warst es vorher auch nicht!“) Meine Damen und Herren! (Abg. Dr. Maitz: „Was ist mit den sachlichen Voraussetzungen?“ – Abg. Brandl: „Die hat sie mitgebracht!“ – Abg. Schrammel: „Dann wirst du auch noch Schuldirektor!“ – Abg. Brandl: „Warum nicht? Forstwirtschaft!“ – Abg. Dr. Maitz: „Objektivieren tun wir bei den anderen, und wir tun, was wir wollen!“) 1985, also in den letzten Wochen, ist die Höhere Bundeslehranstalt für landwirtschaftliche Frauenberufe Pitzelstätten ausgeschrieben worden. Sie können verstehen, daß wir an dieser Lehranstalt sehr großes Interesse haben, weil fast alle steirischen Landwirtschaftslehrerinnen und Beraterinnen aus dieser Ausbildung kommen. Es sind hier einige sehr qualifizierte Bewerberinnen. Unter anderem eine Mittelschulprofessorin, die Frau Dr. Pichler, von der ich hoffe, daß sie es diesmal tatsächlich wird. Aber ich höre auch, daß bereits die Frau Mag. Dr. Wrulich ihre Direktion feiert, obwohl sie noch gar nicht besetzt ist. Warten wir ab. Ich lasse mich sehr überraschen, wenn sie es nicht wird. (Abg. Brandl: „Warum werden Leute schlechtgemacht? Dagegen wehre ich mich. Das ist nicht notwendig!“) Herr Kollege Brandl, wenn du mich fragst – (Abg. Kirner: „Darf ich konkret fragen? Auf Grund dieser Aufzählung vertrittst du die Meinung, daß dadurch die Qualität der Ausbilder an diesen Schulen einfach vermindert worden ist!“) Ich befürchte es. Ich weiß nur, daß die Frau Mag. Dr. Wrulich, ich kenne sie nicht, nicht aus dem Bereich kommt. Sie ist auch eine HAK-Lehrerin für Englisch und Physik. Vielleicht irre ich mich in diesem Fall. Beim anderen habe ich mich nicht geirrt, weil ich das genau recherchiert habe und den Bereich kenne. Ich kann Ihnen bald an einer Hand aufzählen, welche Schulen, welche höheren Lehranstalten nicht mit einem Berufsfremden besetzt sind. Das sind nur mehr zwei, drei. (Abg. Brandl: „Das wird ein sehr langes Thema!“) Lassen Sie mich zusammenfassend eines sagen. So unterschiedlich die berufliche Herkunft der Genannten ist, eines ist allen gemeinsam, nämlich das sozialistische Parteibuch. Ich wundere mich, ich würde mich wirklich freuen, wenn ihr euch in Wien aufregen würdet über diesen Zustand. Denn das ist ja keine erfreuliche Angelegenheit. Ich kann mir nicht vorstellen, daß ihr euch mit so etwas identifiziert, ich kenne euch von der Seite nicht, weil man mit euch immer ganz ordentlich hat reden können. Das sind doch keine Entwicklungen. (Abg. Brandl: „Wir wehren uns dage-

gen, daß Leute schlechtgemacht werden. Wir kennen die Leute nicht. Warum werden sie schlechtgemacht?“) Weil ich einfach annehme, daß einer, der aus dem Schulbereich kommt und in der Materie aufgewachsen ist und die Fachkenntnisse hat, mehr bringt als einer, der von irgendwoher kommt. Das ist eine ganz einfache Rechnung. (Abg. Brandl: „Das ist eine sehr generelle Behauptung!“ – Abg. Ileschitz: „Das gehört in den zuständigen Ausschuß, und nicht da her!“) Herr Präsident, das interessiert mich schon, wer Direktor in einer höheren Lehranstalt ist, wo unsere Lehrer herkommen. Da kann ich dich beruhigen, diese Ziffern stimmen alle, und die Daten kannst du alle recherchieren.

Meine Damen und Herren, ich bin leider noch nicht fertig. Ich habe noch einen dritten Bereich, der meiner Meinung nach eigentlich der letzte Schlag ist, der sich nunmehr gegen die Landjugend und gegen die Beratung richtet. Auch dort wird sehr zielstrebig offensichtlich vorgegangen, und ich kann nur sagen, wenn das eintritt, was jetzt geplant ist, dann kann man mit Sicherheit annehmen, daß das das Ende der Beratung ist. Es ist leider viel trauriger, da gibt es nichts zum Lachen, Herr Kollege Karrer. Ich werde Ihnen gleich die Ziffern nennen. Die Landjugend hat noch im Jahre 1983 430.000 Schilling Förderungsmittel bekommen, und im Jahre 1985, zwei Jahre später, waren es 155.000 Schilling, und im nächsten Jahr bekommen sie 80.000 Schilling. Wir können schon über Jugendprobleme im Haus reden, wie wichtig es ist, gewisse Dinge, Rauschgift und so weiter, zu verhindern, aber bitte dann kann ich nur sagen, daß ich es wirklich nicht begreife, daß man gerade dort zu sparen anfängt, wo eigentlich der Effekt der größte ist, bei der Landjugend. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Prutsch: „Die Landjugend ist ja die junge ÖVP!“) Rede nicht so einen Blödsinn. Die würde sich sehr dagegen wehren, als ÖVP bezeichnet zu werden. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Jetzt wissen wir, warum Sie immer weniger werden!“ – Abg. Schrammel: „Das muß man bei der Landjugendversammlung sagen!“ – Präsident Wegart: „Meine Damen und Herren, ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen. Wortmeldungen können beim Präsidenten eingebracht werden!“) Ich habe nichts anderes gemacht, als die nackten Zahlen in den Raum gestellt. Ich sage Ihnen noch etwas. Der land- und forstwirtschaftliche Beratungsdienst, ich habe am Anfang gesagt, ist eine der drei wirklichen Säulen des landwirtschaftlichen Fortschrittes. Der ist bisher mit gutem Grund zu zwei Drittel vom Bund finanziert worden. Im Bundesvoranschlag 1986 ist der bisher vorgesehene Betrag von 90 Millionen Schilling auf 4 Millionen Schilling reduziert worden. Das heißt, daß der steirischen Landwirtschaftskammer im nächsten Jahr 25 Millionen Schilling für die Beraterfinanzierung fehlen, meine Damen und Herren. Das bedeutet nicht nur eine schwere Diskriminierung des Bauernstandes, sondern das heißt, daß 50 hochqualifizierte Arbeitsplätze eliminiert werden, wenn es nicht eine Möglichkeit gibt, in diesem Bereich noch eine Finanzierung zu finden. Wenn da nicht ein gewisses System dahinter ist, dann frage ich mich wirklich. Ich komme schon zum Schluß. (Abg. Sponer: „Reden wir einmal vom steirischen Budget!“) Das sind ja doch Fragen, die uns berühren. (Landesrat Dipl.-Ing. Riegler: „Das ist in Ordnung!“) Entschuldige. Das tut euch natürlich weh,

aber die Frage der Ausbildung, der Beratung ist doch ein ursteirisches Problem. Wie soll der Präsident Buchberger seine Kammer finanzieren, der ohnehin sehr viel vom Land bekommt, wenn er jetzt auf einmal 25 Millionen Schilling verliert. Das ist doch kein Zustand. Das berührt uns doch. (Beifall bei der ÖVP.)

Das sind doch Fragen, die natürlich vital die Bauern in diesem Land berühren. Ich kann Ihnen eines sagen, ich würde mich wundern, wenn sich die Arbeiter oder der Gewerkschaftsbund so etwas gefallen lassen würden. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Ileschitz würde dastehen und schimpfen!“ – Unverständlicher Zwischenruf.) Der Herr Kollege Mag. Rader hat mir einen Zwischenruf geliefert. So billig kann man die Dinge wirklich nicht erledigen. Und ich bin dem Kollegen Mag. Rader dankbar für seinen Zwischenruf, den er gemacht hat. Sie haben ihn nicht gehört. Meine Damen und Herren, ich wollte der Kürze wegen die Zahlen nicht mehr nennen, jetzt nenne ich sie Ihnen, welche Leistungen der steirische Beratungsdienst 1984 erbracht hat, wenn Sie sagen politische Arbeit. Im Jahre 1984 sind im landwirtschaftlichen Beratungsdienst, bitte hören Sie zu, wenn Sie das interessiert, 1247 Veranstaltungen mit 57.353 Besuchern abgeführt worden. (Abg. Brandl: „Da steckt eine Menge drinnen!“) Und bei der Hauswirtschaftsberatung sind 1211 Veranstaltungen mit 37.294 Besuchern veranstaltet worden. Das sind insgesamt rund 2500 Veranstaltungen mit fast 100.000 Besuchern. Da muß ich euch sagen, wenn das alles jetzt nicht mehr möglich sein soll, dann wird es sich die Kammer überlegen müssen, ob sie die Bundesaufgaben, die sie auch noch zu erfüllen hat, das reicht von der Mitwirkung beim AIK über Grenzlandsonderprogramm, Bergbauernsonderprogramm, Förderungsaktion für Obst- und Weinbau und so weiter, Treibstoffverbilligungsaktion, ja dann wird sie halt die Mitarbeit dort auch einstellen müssen. (Abg. Ofner: „Direkt bearbeiten, das ist gescheit!“) Wenn das erwünscht ist, meine Damen und Herren, daß man die Landwirtschaft trockenlegt, dann sagen Sie es offen, damit die Bauern wissen, wie sie dran sind. Das wird sie gerade bei der Kammerwahl im nächsten Jahr sehr wohl interessieren, zu wissen, wie sie dran sind. (Abg. Ofner: „Nicht die Landwirtschaft, die Kammer!“ – Abg. Schrammel: „Wir in der Landwirtschaft wollen keine Fürsorgetröster werden!“ – Abg. Dr. Strenitz: „Bei der Landarbeiterkammer bitten!“ – Abg. Buchberger: „Bei uns braucht keiner zu bitten. Du hast keine Ahnung vom ganzen System!“ – Glockenruf des Herrn Präsidenten.) Es ist sehr interessant, was jetzt gesagt wird.

Meine Damen und Herren, in einer Situation, in der der bäuerliche Berufsstand die allergrößten Probleme wirtschaftlicher Natur zu bewältigen hat und seine Grundlage ohnedies wirklich in der Existenz bedroht ist, ist es für mich unbegreiflich, daß man ihm auch so etwas noch antut. Man möge doch endlich mit dieser Art von politischer Sippenhaftung aufhören, wo man einer ganzen Berufsgruppe das Leben allein deshalb noch schwerer macht, als es ohnedies ist, weil sie vielleicht politisch anders denkt als der jeweilige Minister oder die Regierung. Ich glaube, wir alle sollten uns bemühen, alle, damit meine ich alle hier im Landtag vertretenen Parteien, daß derartige Diskriminierungen, wie ich sie aufzeigen mußte, so schnell als möglich

beseitigt werden. Ich lade Sie ein, genauso leidenschaftlich, wie Sie heute hier aufgetreten sind, diese Anliegen auch bei Ihren Herren in Wien zu vertreten. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kohlhammer. Ich erteile es ihm.

Abg. Kohlhammer: Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Bildung, die ein Mensch erwerben kann, war schon immer ein ganz entscheidender Faktor für die Selbstverwirklichung, für die Stellung in der Gesellschaft und nicht zuletzt für das Arbeitsleben und den Ertrag aus der Umsetzung dieser Bildung. Das umstrittene Thema war und ist der Zugang zur Bildung für bildungswillige und entsprechend begabte Menschen. Die Dominanz der sogenannten gebildeten Schicht unserer Gesellschaft war und ist ein Faktum. Mit der Gründung der Bildungsvereine durch die Sozialdemokraten beschleunigte sich auch in Österreich der Bildungsprozeß ganz enorm, brachte gesellschaftliche Veränderungen und bildet heute eine wesentliche Grundlage für den relativen Wohlstand großer Bevölkerungskreise. Ich möchte diese längst erwiesenen Tatsachen trotzdem hier sagen, ganz einfach, weil neben den Tagesprioritäten diese grundsätzlichen Gesichtspunkte immer wieder leicht zurückgedrängt werden und verlorengehen. Dies geschieht vor allem dann, wenn der Arbeitsmarkt selbst nicht in der Lage ist, das Bildungspotential unmittelbar umzusetzen. Der Auftrag für uns kann also nur heißen, die Voraussetzungen so zu schaffen und so zu organisieren, daß die grundsätzlichen Bedürfnisse aller Menschen auf Bildung mit den Gegebenheiten und umsommt mit den kommenden Erfordernissen und Gegebenheiten bestmöglich vereinen werden. Und dabei spielen natürlich auch die Arbeitszeitdiskussion oder derartige Modelle mit hinein. Es ist sicher ein erfreulicher Zustand, daß wir in Österreich nicht bei der Stunde Null beginnen müssen, allerdings sind andererseits die Gegebenheiten mitzuberücksichtigen, wenn eben Ergänzungen vorgenommen werden und wenn Veränderungen erforderlich sind. Viele Einzelschritte sind zu tun, die immer wieder zueinanderpassen müssen, und darin besteht die Gefahr, daß es Überschneidungen gibt und weiße Flecken bleiben beziehungsweise zeitliche Probleme entstehen.

Ich habe aus Zeitgründen das Lehrlingsthema schon ausklammern wollen, aber nachdem es schon Kollege Dr. Dorfer angesprochen hat, folgendes: Ich bin mit ihm einer Meinung, daß neue Anreize geschaffen werden müssen, damit die Jugend auch diesen Ausbildungsweg wählt, nur hat er für meinen Geschmack eine sehr vereinfachte Formel hier aufgestellt. Ich glaube, daß die Reform dafür etwas tiefer greifen müßte. Es geht um die Verwertbarkeit der Ausbildung schlechthin, damit sie attraktiv sein kann. Es geht darum, daß dieser Ausbildungszweig keine Bildungssackgasse bleibt, und wir alle, die sich damit auseinandersetzen, glauben, daß hier einfach Veränderungen passieren müssen, sie sollen behutsam und vorsichtig passieren, aber sie sollen bald passieren. Ich schließe mich Herrn Sektionschef Dr. Steinbach an, wenn er in einem Vorwort zu einer Broschüre der Arbeitsmarktwirtschaft meint, ich zitiere: „Wenn die Jugend in

unserem Ausbildungssystem das lernt, was für sie selbst und auch für die Wirtschaft später das beste ist, ist das ein glücklicher Zufall. Er tritt auch nur selten ein.“ Ende des Zitats. Ich sage das auch jetzt in der Situation, wo die geburtenstarken Jahrgänge zurückgehen und wir diese Sorge, alle Lehrplatzsuchenden unterzubringen, nicht mehr in diesem Ausmaß empfinden, wie in der vergangenen Zeit. Trotzdem wird es notwendig sein, sich mit diesem Ausbildungssystem jetzt weiter zu beschäftigen, dieses attraktiv zu gestalten, und da treffen wir uns wieder, um den Bedarf künftig an Fachkräften überhaupt abdecken zu können. Nun, die Arbeitsmarktwirtschaft versucht seit 1969 mit dem Instrumentarium, das durch das Arbeitsmarktförderungsgesetz ermöglicht wurde, Ausbildungspolitik zu betreiben. Heute hat sich dieser Bereich zum zentralen Instrument entwickelt. Es hat zum Ziel, bestmögliche Chancen für die Arbeitnehmer zu eröffnen, damit die Verwertung von Begabung im Arbeitsleben in einem höheren Maß möglich wird. 1970 gab es 22.522 Förderungsfälle mit einem Aufwand von 32.500.000 Schilling. 1984 gab es 96.048 Förderungsfälle mit einem Aufwand von 1076 Millionen Schilling, also 300 Prozent mehr Ausgaben für diesen Bereich. Unser Beitrag ist es und soll es sein, zu versuchen, möglichst viel dieser Förderungsmittel in die Steiermark zu bekommen. Kollege Loidl hat das schon erwähnt in seiner Generalrede. Ich darf die Zahl noch einmal nennen, weil sie sehr eindrucksvoll ist. Von dieser einen Milliarde sind 370.785.000 Schilling, also mehr als ein Drittel, in der Steiermark verwertet worden. Ich muß bei dieser Passage doch sagen, wegen Dr. Hirschmann, er ist leider nicht da, zumindest in diesem Punkt wird er mir zugeben müssen, daß die Bundesregierung uns nicht im Regen stehen läßt.

Ich freue mich natürlich, daß auch das BFI-Bildungshaus in Deutschlandsberg eine beachtliche Zahl von Schulungsmaßnahmen durchführen konnte und somit zusätzlich für Jugendliche Lehrplätze erhalten konnte und diese Jugendlichen gleichzeitig durch ergänzende Ausbildungshilfen eine fachlich fundierte und zukunftsorientierte Qualifikation erwerben; Schulabbrecher wurden und werden zu einer beruflichen Qualifikation geführt; Maturanten können sich in Jahreskursen manuelle und theoretische Kenntnisse im Bereich der Elektrotechnik – Elektronik erwerben und mit einer zusätzlichen Facharbeiterqualifikation abschließen. Für diesen Kreis eröffnen sich zusätzliche Möglichkeiten im Vertriebsbereich für dispositive Arbeiten und so weiter. Arbeitslose werden bis zur Wiedereingliederung geschult beziehungsweise diese Eingliederung dadurch ermöglicht und verbessert, dies gilt insbesondere auch für Langzeitarbeitslose. Ein sehr wichtiger Bereich ist aber auch die berufsbegleitende Ausbildung beziehungsweise Weiterbildung.

So wichtig Maßnahmen dafür sind, Jugendliche in das Berufsleben einzugliedern, und ich bekenne mich voll dazu, so wichtig wird es sehr bald sein, die Berufstätigen mittleren Alters in ihrer Qualifikation den sich sehr rasch verändernden Situationen und Erfordernissen anzupassen. Mobil sein und bleiben wird zunehmend zum Kriterium, während langjährige Praxis in ihrer Bedeutung abnimmt. Wenn wir den Erfordernissen des modernen Wirtschaftslebens gewachsen sein wollen, müssen wir Möglichkeiten zur

berufsbegleitenden Bildung noch wesentlich verstärken. Gleichzeitig ist es aber erforderlich, diese Altersgruppe zu motivieren, ihnen die Scheu vor Bildungseinrichtungen zu nehmen, ihnen zu helfen, dieses Erfordernis zu bewältigen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bilde mir ein, daß ich weiß, wovon ich rede, weil ich im eigenen Berufsleben ständig mit derartigen Problemen beschäftigt bin. Junge Menschen werden eingegliedert, sind qualifiziert ausgebildet und kosten weniger – ältere werden noch nicht nach Hause geschickt, aber ich erlebe die Probleme bei betrieblichen Umstellungsmaßnahmen und organisatorischen Änderungen.

Genauso wie der Betrieb Signale setzt, weil Siemens in Deutschlandsberg 99 Prozent seiner Erzeugnisse exportiert und daher Konjunktursignale gibt. In Österreich erleben wir diese Vorgänge etwas verzögert, genauso, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist es nicht schwer, Signale dafür zu erkennen, wie sich berufliche Anforderungen verändern, wenn man in einem Betrieb arbeitet, in welchem relativ neue Verfahren und Techniken angewendet werden. Ich erlebe eine reaktiv große Bereitschaft des Unternehmens, Bildungsmaßnahmen zu ermöglichen, weil die Manager wissen, welche betriebswirtschaftliche Bedeutung damit verbunden ist. Ich erlebe aber leider mit großem Bedauern auch, welche Scheu die Menschen empfinden, Bildungsveranstaltungen zu besuchen, wenn einmal eine Pause eingetreten ist. Schlechte Erinnerungen an die Pflichtschule? Ich erlebe mit Freude, wenn bildungswilligen Menschen im Zuge der Erwachsenenbildung die Scheu genommen wird und sie künftig viel lieber wieder Schulungsmaßnahmen besuchen.

Ich habe schon darauf hingewiesen, es liegt an uns, Erfordernisse zu erkennen und an der Umsetzung mitzuwirken. Es gibt in der Steiermark allseits anerkannte Bildungseinrichtungen, sie wurden heute schon erwähnt, die insbesondere von der Arbeitsmarktverwaltung, vom Land und nicht zuletzt von der Arbeiterkammer finanziert werden. Herr DDr. Steiner hat die Zahl 23 Einrichtungen genannt. Ich habe diese Zahl heute gelernt. Jedenfalls ist es für mich sehr erfreulich, wenn Erster Landeshauptmannstellvertreter Hans Gross trotz seiner anderen Funktionen weiter dem BFI Steiermark vorsteht. Damit trägt er persönlich entscheidend dazu bei, daß sich die Weiterbildungsmaßnahmen durch das BFI in der Steiermark weiterentwickeln, hat er doch selbst gemeinsam mit dem heutigen Leiter des Landesarbeitsamtes Direktor Roskar und dem kürzlich verstorbenen Bürgermeister von Köflach Brunnegger vor 25 Jahren diese Einrichtung in der Steiermark gegründet. Ich habe selbst ein schönes Erfolgserlebnis durch das BFI-Bildungshaus in Deutschlandsberg, weil meine Bemühungen unterstützt wurden und es schon vielen Menschen konkret Vorteile gebracht hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wird also darum gehen, vorhandene Einrichtungen weiter auszubauen und neue zu schaffen. Vor allem müssen sich aber auch die Ausbildungsformen den Veränderungen anpassen. In der berufsbegleitenden Erwachsenenbildung wird es aber auch erforderlich sein, eine faire Form dafür zu finden, den im Berufsleben Stehenden die erforderliche Zeit für Bildungsmaßnahmen einzuräumen. Nur in Abendkursen und nur auf eigene

Kosten wird das Problem wohl kaum zu bewältigen sein. Kollege DDr. Steiner hat von Zukunftsmusik Bildungsurlaub gesprochen. Ich würde mir wünschen, daß wir über diese Erfordernisse hier diskutieren und uns damit wirklich sehr häufig auseinandersetzen, so daß derartige Lösungsmodelle nicht zu sehr phantastisch klingen müssen. Es wird letztlich nicht entscheidend sein oder von sekundärer Bedeutung sein, in welcher Form dieses Problem bewältigt wird, ob Wirtschaftsunternehmungen sich direkt an Bildungsmaßnahmen beteiligen oder ob das ganz einfach über die öffentliche Hand über das Steuersystem finanziert werden wird. Es darf aber nicht so weit kommen, daß ein bildungswilliger Arbeitnehmer zuerst arbeitslos werden muß, damit er sich beruflich weiterqualifizieren kann. In diesen Fragen können wir beweisen, daß wir nicht später Feuerwehr spielen wollen, sondern vorbeugende Maßnahmen dafür zu setzen bereit sind. Ich habe unlängst einen sehr sinnvollen Slogan gelesen: „Berufliche Bildung – keine Angst vor morgen“. Ich glaube, jeder von uns hat in direkter oder indirekter Form die Möglichkeit, auf die Weiterentwicklung dieses Systems Einfluß zu nehmen, und ich würde Sie sehr herzlich einladen, Ihr Möglichstes dafür zu tun. Danke schön. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Klasnic: Zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Univ.-Prof. Dr. Schilcher. Ich erteile es ihm.

Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Unter der Post 28 im Kapitel 2 gibt es die Wissenschaftsförderung. Und diese Wissenschaftsförderung ist von 75,4 auf etwa 80 Millionen Schilling erhöht worden. Das ist, glaube ich, in einer Zeit, in der es durchaus schwierig ist, diese Budgetmittel aufzubringen, und für ein Land, das eigentlich gar keine Zuständigkeit hat, äußerst beachtlich.

Ich möchte dem Herrn Landeshauptmann von dieser Stelle aus für diese Förderung sehr herzlich danken. Ich möchte ein paar Worte zur Universität sagen, weil das schon sehr lange Zeit – ich bin auch schon zehn Jahre im Haus – hier nicht mehr Gegenstand der Verhandlung war und weil die Universitäten in den letzten Jahren ins Gerede gekommen sind.

Wenn Sie sich die Schlagzeilen der vergangenen Monate ansehen, dann werden Sie feststellen: die Pädagogikstudenten streiken, die Elektronik-Studenten der TU Wien streiken, weil sie, obwohl sie ihre Prüfung bestanden haben, keinen Übungsplatz erhalten, um ihre Studien fortzusetzen. Es streikten die Informatikstudenten, wie Sie gehört haben, weil sie dem Herrn Minister zwar schon seit 1983 in vier Memoranden mitgeteilt haben, daß sie keinen Platz mehr haben, 5000 Studenten sind ohne Platz. Der Herr Minister hat aber nichts getan. Es streiken – wie Sie gestern vielleicht im Fernsehen gesehen haben – die Zahnärzte, weil dort eine neue Form von Demontage erfolgt ist. Es werden Anstellungen als Assistenten zurückgenommen, und die Leute werden Lehrgangsteilnehmer ohne Anstellung. Es haben, wie mir der Hochschülvorsitzende gerade gesagt hat, gestern 600 Studenten der Universität Graz einstimmig gegen das AUSTG – Allgemeines Universitätsstudiengesetz – gestreikt und so weiter.

Ein bißchen erinnert das Ganze an die achtundsechziger Jahre, die wir zwei, Herr Dr. Strenitz und ich, handfester erlebt haben an der Universität. (Abg. Brandl: „Wart ihr auch dabei?“) Damals wurde aus politischen Gründen zur Änderung der Strukturen der alten Ordinariatsuniversität gestreikt, jetzt erfolgen die Streiks, weil die Mittel fehlen, um die Studenten, die in großen Mengen vorhanden sind, studieren zu lassen. Der Hintergrund dieser Geschichte schaut ja so aus, daß die Studentenzahlen von 1970 bis 1985 von 51.000 auf 160.000 gestiegen sind. Das müssen Sie sich einmal vorstellen: 160.000 Studenten. In derselben Zeit, meine Damen und Herren, hat sich die Zahl der lehrenden Professoren – der ordentlichen und außerordentlichen – von 906 auf 1585 erhöht, das heißt um 74 Prozent. 300 Prozent die Studenten, 74 Prozent die Lehrer. Wenn Sie jetzt den Vergleich ziehen, wie viele Studenten kommen auf einen Lehrer, dann kommen Sie im Jahr 1970 auf 56 und im Jahr 1985 auf 101 Studenten pro Lehrer! Und bitte, das ist ein Durchschnittswert. Es gibt Fakultäten, und es gibt Universitäten, wie die Wirtschaftsuniversität in Wien, da sind es 220 Studenten pro Lehrer, und in Graz gibt es Fakultäten, da sind es 330 Studenten pro Lehrer. Wissen Sie, was das heißt? Es gibt in jüngster Zeit ein Büchlein von Walter Rüegg, das ich sehr empfehle, „Konkurrenz der Kopf-arbeiter“. Er vergleicht hier die Universitäten von Deutschland, England, USA und der Schweiz. Wenn Sie hier den Vergleich ziehen, werden Sie feststellen, daß die österreichischen Universitäten mit großem Abstand die überlaufensten sind. Sie haben in der Schweiz ein Verhältnis zwischen Lehrer und Studenten von eins zu 30, sie haben in England eines von eins zu zehn, sie haben in Deutschland eines von eins zu 51 und in Österreich von eins zu 101. Das heißt, der höchste Grad der Vermassung herrscht in Österreich. Das ist natürlich die Folge einer Politik der Öffnung, die ich sehr befürworte – aber gleichzeitig auch des Nichtstuns, die nicht zu vertreten ist. Die Tore sind offen, die Studenten quellen herein, und dann schlägt man die Hände über dem Kopf zusammen und sagt: Was machen wir mit ihnen?

Die Folgen dieser Politik sind bereits akut. Die OECD hat festgestellt, daß Österreich die höchste Drop-out Rate der OECD-Länder hat, nämlich bereits an die 50 Prozent. Das heißt, mehr als die Hälfte der Studenten, die anfangen, machen nicht mehr fertig, und das bedeutet eigentlich, daß man mit einem riesigen Aufwand an Kapital eigentlich nur so viele Studenten ausbildet wie in der Schweiz, nämlich 75.000. In der Schweiz gibt es 75.000 Studenten, wir haben 160.000, aber letztlich machen auch nur 75.000 bis 80.000 ihr Studium fertig.

Ich glaube also, daß man diese bedenkliche Situation überlegen muß und sich fragen muß, was kann man dagegen tun. Der Herr Minister ist sehr zornig geworden, als man ihm das vorgeworfen hat. Er hat zwei Argumente, laut den Mitteilungen in der „Presse“, gebracht. Das eine lautete: „Die Massenuniversität ist der Preis für offene Universitäten, da kann man nichts machen.“ Und er hat hinzugefügt, nachdem ihm mitgeteilt wurde, wie viele Studenten streiken: „Von den Arbeitern und Angestellten verlangt man in dieser Situation Disziplin, und die Oberschichtler glauben, sie können hier Protestaktionen starten.“ (Abg. Brandl:

„Da hat er nicht ganz unrecht!“) Identifizieren Sie sich damit, sind Sie dieser Meinung? Darf ich Ihnen sagen, was der Rektor der Grazer Universität bei seiner Inaugurationsrede dazu gesagt hat: „Dies läßt eine Art von Klassenkampf anklingen, der nicht nur niemandem nützt, man kontaktiert damit auch die Anstrengungen jener Rektoren, die die Universitäten auch den von Herrn Minister Fischer angesprochenen Arbeitern und Angestellten öffnen wollen.“ Zitat Ende.

Ich kann die Wut und Ratlosigkeit des Herrn Ministers verstehen. Denn nach 15 Jahren sozialistischer Politik im Wissenschaftsministerium hat unlängst im dritten Strukturbericht des Wirtschaftsforschungsinstitutes die Feststellung getroffen werden müssen, daß der österreichische Anteil der Bildungsaufwendungen 50 Prozent unter dem europäischen Schnitt liegt.

Herr Kollege Kohlhammer, Sie haben mir heute in dankenswerter Weise eine Unterlage gegeben, ich habe dort nachgerechnet, es stimmt. Denn der Anteil des Hochschulbudgets am Gesamtbudget ist trotz der numerischen Steigerung von 3 Milliarden Schilling auf 2,72 Prozent gesunken. 1976 war ein Anteil von 2,77 Prozent – (Abg. Kohlhammer: „Wir reden von den absoluten Zahlen!“) Herr Kollege, von den absoluten Zahlen habe ich nichts, denn das Gesamtbudget ist in dieser Zeit ja auch explodiert, und wenn das Budget der Hochschulen nicht mitkommt, ist es in der Relation gesunken. Das heißt, ich habe heute ein relativ schlechteres Hochschulbudget als im Jahre 1976. Das ist auf Grund Ihrer Unterlagen eindeutig feststellbar.

Ich darf Ihnen noch einen Zeugen zitieren. Am 16. November des vergangenen Jahres hat der Präsident des Fonds zur wissenschaftlichen Forschung gesagt: „Nach der OECD-Statistik über die Forschungsausgaben ist Österreich in die dritte und schlechteste Kategorie abgesunken. Gemeinsam mit Island, Finnland, Dänemark und Jugoslawien bildet Österreich das Schlußlicht.“ Zitat Ende.

All das, was wir vom Herrn Minister immer hören, wieviel Geld er aufwendet, ist absolut beeindruckend – relativ gesehen aber einfach viel zu wenig. 1,25 Prozent Aufwendungen am Bruttonationalprodukt in Österreich für die Forschung – 2,5 Prozent ist der europäische Durchschnitt der industrialisierten Länder. Wir liegen 100 Prozent unter dem Durchschnitt bei der Forschung. (Abg. Trampusch: „Nach Ihrer Rechnung sind Sie ein relativ schlechter Individualist, weil es mehr Menschen gibt auf der Welt!“) Das überzeugt mich natürlich nicht. Das müssen Sie mir erst erläutern.

Ich sage das ja nicht, weil es mir so riesigen Spaß macht zu sagen, uns geht es so schlecht, Gott sei Dank. Sondern ich sage das, aus dem Grund, weil man sich fragt, warum denn? Und ich habe eine Zeitlang zu jenen gehört, die gedacht haben, das hängt damit zusammen, daß sich der Herr Minister um sein Ressort nicht kümmert. Es ist Ihnen ja bekannt, und da kann man ja seitenweise Pressemeldungen dazu zitieren, worum er sich alles kümmert – um die Zinsertragssteuer, um die Zwentendorf-Frage, um das Parlament. (Abg. Ileschitz: „Eine Frage. Wieviele universitäre Einrichtungen und Gebäude sind gebaut worden – nach dem Bau der Universität – in der ganzen Ersten Republik, und stellen Sie dem gegenüber, was jetzt gebaut worden ist!“) Dagegen sagt ja niemand etwas. Ich sage ja nicht, daß nichts geschehen ist. (Abg.

Ileschitz: „Also ist doch viel geschehen!“) Natürlich, habe ich nie behauptet. Nur verhältnismäßig zur Zahl der Studenten bei der Explosion ist nichts geschehen. Da glaube ich, müssen Sie mir zugestehen, daß man sich fragt, könnte denn nicht etwas mehr geschehen als bisher. Wäre es nicht möglich. Da habe ich den Eindruck, daß dem Herrn Minister nicht so sehr das Geld fehlt, vielleicht nicht einmal die Zeit, die er für sein Ressort nicht aufwendet, sondern die Phantasie und die Möglichkeit, sich von seinen ideologischen Schranken zu befreien. Ich möchte Ihnen das an Hand von ein paar Überlegungen beweisen. Er ist erstens einmal ein Gefangener seines Zentralismus. Der Rektor der Grazer Universität des vergangenen Jahres Prof. Mitter hat uns unlängst vorgerechnet, daß er von dem 850-Millionen-Schilling-Budget genau 4 Prozent vergeben darf. Das heißt, 96 Prozent sind zentral vergeben, 4 Prozent darf der Rektor der Universität vergeben, und er hat diese Situation so geschildert. Er hat gesagt: Der Staat verwaltet den Großbereich Universität wie ein x-beliebiges Amt. Der Rektor unterscheidet sich von einem Amtsvorsteher nur durch Talar und Kette, seine Dispositionsbefugnisse werden aber zum Beispiel von jedem Museumsdirektor bei weitem übertroffen. Das heißt, sie können an der Universität selbst nichts machen, sie können gerade einen Bleistift selbst anordnen. Unlängst hat mir jemand gesagt, er hätte eine Dotation geschenkt bekommen von einer Institution für eine Sekretärin. Er hat sich dann erkundigt. Er kann sie juristisch nicht einmal anstellen. Es ist die Universität nicht in der Lage, wie ein Bienenzüchterverein, eine Sekretärin anzustellen. Das heißt, die Hochschulautonomie, die angebliche Freiheit ist auf dem Gebiet der Finanzen wie auch der Personalpolitik gleich Null, fast nicht vorhanden. Sie können nur Vorschläge erstatten, und der Herr Minister entscheidet alles. (Abg. Brandl: „Nach dem Kaiser auch noch!“) Herr Kollege, das ist kein ungeheuer fortschrittliches Argument, wenn ich sage, es war immer so. Natürlich hat der Kaiser so ähnlich regiert, aber es wäre ja an euch, etwas besserzumachen als der Kaiser. Ich war unlängst beim Rektor Grimmer, und er hat mir gesagt, warum eine solche Ablehnung gegen das UOG besteht. Es wird zum Beispiel vom Ministerium gesagt, wie schaut das aus, die Meinung, wir möchten jemanden pragmatisieren, was sagt die Universität dazu. Es werden zwei Gremien einberufen. Die Personalkommission; die Budgetkommission. Ein Drittel paritätisch besetzt, man muß die Termine akkordieren, die Professoren, die Assistenten, die Studenten, endlich kommen sie zusammen innerhalb von 14 Tagen, die Entscheidung beider Kommissionen lautet: Wir möchten den nicht pragmatisieren, weil sein Chef gerade abgelöst wird und man dem neuen Chef nicht einen Pragmatisierten vor die Nase setzen möchte. Zwei Tage später, nachdem die Kommissionen einstimmig abgelehnt haben, wird er vom Ministerium pragmatisiert. Jetzt fragt sich ein jeder dort, warum ich die Krot geschluckt habe, wozu ich mich stundenlang zusammengesetzt habe, mitbestimmt im Sinne des UOG und dann der Minister zentral sagt: So passiert es. Erster gravierender Mangel der Universität, daß sie keine Autonomie hat. (Abg. Kirner: „Die Assistenten haben bei der Inauguration anders geredet!“) Ich habe nichts gegen das UOG. Nur, wenn man mitentschieden hat, dann soll sich der Herr Minister auch daran halten, aber

nicht zentral sagen, wie die Dinge an einer jeden Universität zu geschehen haben.

Ein Zweites. Es besteht eine ideologische Enge des Herrn Ministers im Verhältnis zur Wirtschaft. Wenn Sie sich englische Universitäten anschauen, die verdienen sich bis zu 50 Prozent ihres Aufwands durch eigene wirtschaftliche Tätigkeit. Die vermieten Räume, verpachten Grundstücke, bieten Seminare an, verkaufen Bücher und leben so davon. Das ist bei uns alles verpönt, alles nicht erlaubt. Wir dürfen nicht selbst erwerben. Es muß uns alles vom Staat vorgegeben werden. Das ist einfach eine ideologische Verklemmtheit, wo man sich fragt: Um Gottes Willen, warum darf man solche Dinge nicht tun, warum darf man nicht selbst Geld verdienen?

Dritter Punkt ist die Philosophie des Nulltarifs. Ich habe wirklich nie verstanden, wieso man sich so ungeheuer brüstet, daß Hochschulen nichts kosten. Soll ich Ihnen sagen warum? Der Grund, wieso der Nulltarif vor etwa 15 Jahren eingeführt wurde, war der, damit man den wenig Begüterten, den Arbeiterkindern, den Kindern von Bauern und kleinen Angestellten den Zugang zur Hochschule gewährt. In den 15 Jahren Nulltarif ist der Anteil der Arbeiterkinder bei 13 Prozent vollkommen stagniert. Nicht ein Zehntel Prozent mehr Arbeiterkinder als vor 15 Jahren. Das heißt, der ganze Sinn dieser Philosophie liegt offen. In England, in Amerika kostet das Studieren Geld, und wer es nicht selbst hat, bekommt dafür ein Stipendium. Das ist eine ganz simple Regelung. Ich will damit nicht sagen, daß man Hunderttausende Schilling verlangen soll, wie das in Amerika üblich ist pro Semester, aber wenn jeder Student in Österreich 500 Schilling im Monat zahlt, und das sind nicht einmal die Kosten eines Halbtagskindergartens, wäre das fast eine Milliarde Schilling und genau noch einmal so viel, wie die Gesamtaufwendungen des Ministeriums für die Hochschulforschung ausmachen. Eine Milliarde Schilling. Rektor Domiaty muß um 8 Millionen Schilling herumrennen, weil er 200 Arbeitsplätze für Computer machen möchte, damit die Ausstattung seiner Hochschule, der Technischen Hochschule, den Standard eines Gymnasiums hat, weil dort haben sie schon Computer. Er bekommt die 8 Millionen Schilling nicht, aber mit der Möglichkeit hätten wir eine Milliarde Schilling, die man bekommen könnte. Der Herr Minister hat keinen derartigen Einfall. Es würde ja gegen seine Ideologie verstoßen, also passiert es nicht.

Bei den Studien genau dasselbe. Wenn sie in die USA schauen, dort gehen 50 bis 80 Prozent der Achtzehnjährigen in eine Highschool, 24 Prozent machen den Bachelor, ungefähr 10 bis 12 Prozent den Master und 2 Prozent den Doktor. Also ein sehr gegliederter Studiengang. Bei uns gibt es entweder oder. Magisterium und Doktorstudium kleben so eng nebeneinander, daß zum Beispiel in unserem Fach fast jeder wahrscheinlich den Doktor machen wird. Umsomehr als das eine Prestigeangelegenheit ist. Das heißt, ganz undifferenziert, unerklärlich warum man die Studien nicht mehr differenziert, Kurzstudium für die Praxis macht, beispielsweise Mittelmanagement, für die Rechtsanwaltspraxen, für Arztpraxen und so weiter. Wäre durchaus sinnvoll. Warum macht man nicht aus dem Doktorstudium ein echtes Begabtenstudium? Ideologische Verklemmtheit. Der Herr Minister Moritz

sagt bei der Meinung, man möchte die Begabten fördern: „Ich will keine Intelligenzbestien.“ Ich war heute sehr froh, als der Herr Abgeordnete Freitag ganz natürlich gesagt hat, er möchte Begabtenförderung. Wieso darf es die bei den Hochschulen bitte nicht geben?

Also, ich fasse zusammen. Wenn ich weniger ideologisch verklemmt wäre, weniger ein Einbahnläufer, wenn ich mehr Phantasie entwickeln würde, dann würde man die Hochschulen ohne weiteres führen können, auch wenn 160.000 Studenten drinnen sind. Nur in der Enge, in der Hochschulpolitik, die in Österreich momentan betrieben wird, geht es eben nicht. Das VOEST-Debakel hat uns gezeigt, daß zentralistisch bürokratische Wirtschaftsorganisationen nicht mehr funktionieren. Die gehen einfach nicht mehr. In der Hochschule herrscht das aber genau zum selben Grad. Zentralistisch, bürokratisch. Niemand darf selbständig sein. (Abg. Ileschitz: „Ist das etwas Neues?“) Das ist leider sehr neu, weil 15 Jahre lang habt ihr das Alte gemacht. (Abg. Loidl: „Wie war das vor 16 Jahren?“) Da darf ich Ihnen schon etwas sagen, Kollege Loidl. Da hat es etwa ein Zehntel der Rechtsvorschriften gegeben, die wir heute haben. Heute ist alles verrechtlicht. Sie müssen bei allem und jedem schauen, was im Gesetz steht. Die Freiheit des einzelnen an der Hochschule ist wahnsinnig eingeschränkt. (Abg. Ileschitz: „Das System ist gleich geblieben!“) Dadurch haben wir eine Situation, wo die Hochschulen miteinander nicht in den Wettbewerb treten. Denn wenn ich keine Autonomie habe, wenn ich keine Chance habe, anders zu sein als die andere Hochschule, kann ich mit ihr auch nicht in den Wettbewerb treten. Daher treten auch die Studenten nicht in den Wettbewerb, daher treten auch die Professoren nicht in den Wettbewerb.

Ich würde meinen, man müßte hier ansetzen: mehr Freiheit gewähren, die Vorurteile gegenüber der Wirtschaft abbauen, die Hochschulen verdienen lassen, Vertrauen haben. Wir haben gestern in der Spitalholding einen Beschluß gefaßt, wo der Herr Landesrat Dr. Klauser dabei war, danach dürfen die Verwalter etwa des Krankenhauses 300.000 Schilling selbst disponieren. Das darf bitte kein einziger Rektor.

Das sind Situationen, wo man sagt, warum denn nicht ein bißchen mehr Freiheit, ein bißchen mehr Beweglichkeit, und schon könnte ich die Hochschulsituation, die zu einem Debakel zu werden droht, leicht noch retten. (Abg. Ileschitz: „Es hat Fälle gegeben, wo man hochmoderne Geräte im Keller stehengelassen hat!“) Herr Präsident, diese Debatte haben wir vor etwa neun Jahren geführt. Nur, bitte, was spricht dagegen, wenn der Betreffende sein eigenes Geld verwendet, sein Budget, dann wird er es wahrscheinlich nicht machen. Wenn er das alles von einer zentralen Stelle vorgesetzt bekommt, wenn ein Sektionschef im fernen Wien entscheidet, welche Bildungswissenschaften Hochschulen haben müssen, dann werden Sie solche Situationen haben. Fragen Sie Herrn Hofrat Dr. Schaffer, da war ja ein ähnliches System. Ich glaube nicht, daß man mit bürokratischem Zentralismus Großbetriebe wie Universitäten führen kann. Ich glaube vielmehr, daß diese Großbetriebe modern geführt werden müssen, sowie im Konzept VEW 2000: dezentralisierte Verantwortung. Und die würde ich

auch für die Hochschulen erbitten, denn sonst ist der Schaden für die Zukunft enorm. Ich danke Ihnen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Klasnic: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Strenitz. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Strenitz: Sehr geehrte Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Ich bin der Frau Präsident außerordentlich dankbar, daß Sie es mir ermöglicht hat, des sachlichen Zusammenhanges wegen unmittelbar nach meinem Kollegen Univ.-Prof. Dr. Schilcher zu sprechen. Ich bin aber vor allem auch deswegen dankbar, weil ich eine Reihe von Zahlen habe, um die doch sehr in Moll gehaltene Rede des Kollegen Univ.-Prof. Dr. Schilcher, um nicht zu sagen, seine Untergangsrede, zurechtzurücken. Die Studenten streiken. Vor wenigen Tagen die Informatikstudenten in Wien. Es haben sich die Technikstudenten in Wien angeschlossen. Gibt es eine Krise der Hochschulen? Die Klagen sind ja nicht neu. Es sind fast schon Dauerbrenner. Zu wenig Lehrer, zu wenig Geräte, zu wenig Platz, zu viele Studenten, zu viel Bürokratie, zu lange Wartezeiten auf die Studienplätze. Insgesamt der Vorwurf, daß die Schere zwischen den Aufgaben und den Mitteln immer weiter auseinanderklaffe, und von steirischer Seite wird da und dort noch hinzugefügt und beklagt, daß die Bundesleistungen für die steirischen Forschungseinrichtungen zu gering wären.

Meine Damen und Herren: Am Anfang stand, ich glaube, so muß man es sagen, die Bildungsexplosion. Kollege Kohlhammer hat in einer geradezu interfraktionellen Serviceleistung zumindest den Mitgliedern des Wissenschafts- und Forschungs-Ausschusses den Arbeitsbericht 1984 des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung zur Verfügung gestellt und auch den Forschungsbericht 1985. Leider war es nicht möglich, diese Unterlagen allen Abgeordneten zukommen zu lassen. Es waren das immerhin schon neun Kilo Papier, wie er gesagt hat. Aber ich möchte aus diesem Bericht einige Ziffern zitieren, weil sie vor allem für die Entwicklung von Wissenschaft und Forschung in unserem Land überaus positiv sind. Zwischen 1970 und 1985 stieg bei den allgemeinbildenden höheren Schulen die Zahl der Schüler von 160.000 auf 265.000. Das heißt, daß heute beinahe jeder vierte der 18jährigen ein Maturant ist, meine Damen und Herren. Und noch eindrucksvoller ist die Situation beim Schulbau. Während es in der Gesamtzeit der Ersten Republik allein einen einzigen Gymnasialbau gegeben hat, wurden zwischen 1970 und 1985 374 höhere Schulen, Sie haben richtig gehört (Beifall bei der SPÖ.), mit einem finanziellen Aufwand von 25 Milliarden Schilling gebaut.

Und nun, meine Damen und Herren, der Hochschulbereich. Wiederum der Vergleich 1970/1985. Wir haben 1970 51.276 Inskribenten gehabt und wir haben 1985 145.906 Studenten. Das ist eine gigantische Bildungsexplosion, die verschiedene Gründe gehabt hat: Das gestiegene Bildungsbewußtsein, die verbesserte materielle Situation vieler Eltern, die ihre Kinder an die hohen Schulen schicken konnten, vor allem auch die Chancengleichheit für Mädchen, die es ja bis dahin nicht gegeben hat. Eine Fülle von materiellen Einzel-

maßnahmen der Regierung und, bitte schön, etwas worauf wir besonders stolz sind, daß es heute in Österreich nach wie vor im Gegensatz zu vielen anderen Ländern keinen Numerus clausus gibt, sondern daß jeder studieren kann, was er will. (Beifall bei der SPÖ.) Das ist ein großartiges Ergebnis gemeinsamer Anstrengungen, auf das wir alle stolz sein können. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Sie protestieren, weil die Ausbildung nicht so ist, wie sie sein soll!“ – Abg. Brandl: „Der Professor hat gesprochen!“) Herr Kollege und Lehrer, lassen Sie sich ein paar Dinge über die finanziellen Beiträge des Bundes und des Landes sagen. Ich schicke voraus, es ist jeder Schilling, der in die Bildung investiert wird, gut angelegt. Wenn es heißt, daß früher die Fruchtbarkeit des Bodens ausschlaggebend war und später der Reichtum an Bodenschätzen, dann ist heute die Qualität der Ausbildung der Reichtum eines Landes. Und ich füge hinzu, ein gut trainiertes Hirn ist der wichtigste Produktionsfaktor für die Wirtschaft. Ich möchte aus dem Grund die Bundesleistungen und die Landesleistungen gegenüberstellen, weil es nicht ganz so ist, wie der Kollege Univ.-Prof. Dr. Schilcher gesagt hat. Aber zunächst die Bundesleistungen. Wiederum 1970 bis 1985. Wissenschaftliches Personal an Hochschulen 8179, nunmehr 12.579; Lehraufträge damals 1124, heute 7329.

Was die von Ihnen so viel beklagte Raumsituation betrifft, haben wir 1970 an den Universitäten gehabt 453.000 Quadratmeter Raum, wir haben heute 842.000 Quadratmeter. Das ist eine Verdoppelung der Zahl (Beifall bei der SPÖ.), und wir werden im nächsten Jahr weitere 70.000 Quadratmeter dazubekommen. Und ich könnte hinzufügen, meine Damen und Herren, seien wir stolz darauf, daß in diesen 15 Jahren ebensoviel Hochschulraum gebaut wurde wie in allen 600 Jahren zuvor, seit es in Österreich die erste Universität gegeben hat. Man sollte daher nicht immer nur dorthin hören, wo es Engpässe gibt, die sicher da sind, aber wir sollten auch dorthin schauen, wo Professoren und Assistenten und Studenten froh sind, daß sie neue Hörsäle und Institutsgebäude beziehen können, das geschieht nämlich Jahr für Jahr.

Meine Damen und Herren, die Entwicklung der Budgetzahlen im Bund 1970 2,3 Milliarden Schilling, 1986 14 Milliarden Schilling. Das ist das Sechsfache der Zahl, und auch die prozentuelle Steigerung ist eine andere, als sie hier dargelegt worden ist. 1984, das sind die Ziffern aus dem Wissenschaftsbericht, dem Sie im Ausschuß des Nationalrates auch zugestimmt haben, eine Steigerung um 7,9 Prozent, 1985 8,9 Prozent, 1986 10,1 Prozent. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Anteil am Budget!“) Ich sage es schon. Eine Steigerung allein in diesen drei Jahren von 28 Prozent, die weit über dem Durchschnitt der übrigen Steigerungszahlen des Bundesbudgets liegt und auch weit über der Geldwertentwicklung. Und nennen Sie mir einen ausländischen Staat, bei dem in den vergangenen drei Jahren die Wissenschaftsausgaben um 28 Prozent gestiegen sind. Und es ist nicht die Knausrigkeit des Ministers, von der Sie reden, es ist ja nicht das Geld der Regierung, es ist das Geld der Steuerzahler. Aber lassen Sie sich eines sagen, meine Damen und Herren. Wir Sozialdemokraten haben auch das Gespräch und den Dialog mit jenen zu führen, deren Pensionen im nächsten Jahr um 3,5 Prozent steigen werden, während das Wissen-

schaftsbudget um über 10 Prozent steigt, und noch sind die Studenten nicht zufrieden. Ich glaube, daß man auch diese Seite beachten sollte.

Aber jetzt die steirischen Zahlen. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Das ist schon wieder eine Milchmäddenrechnung!“ – Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das hat mit den Pensionen überhaupt nichts zu tun!“) Wir sind froh über diese Zahlen. Aber ich darf Ihnen auch die steirischen Zahlen nennen. Sie sind beachtlich, aber nicht so, wie sie Kollege Univ.-Prof. Dr. Schilcher genannt hat. Wir haben in der Erfolgsrechnung 1984 im Wissenschafts- und Forschungsbudget 79,9 Millionen Schilling. Wir haben im Voranschlag 1986 80,1 Millionen Schilling, das ist praktisch gleichgeblieben. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Man kann nicht Abschluß mit Voranschlag vergleichen!“) Nein, ich habe die Ziffern hier. Man muß den Abschluß, wenn man realistisch ist, mit dem Voranschlag vergleichen, und selbst dann ist die Steigerung nicht so, daß sie die Geldwertentwicklung erreicht, meine Damen und Herren. Ich werde Ihnen noch etwas sagen, weil Sie meinen, die Bundesleistungen seien zu gering. Der Abgeordnete Loidl hat heute vormittag die Relation zwischen Bundes- und Landesleistung hinlänglich geschildert und schon dargelegt, daß man Birnen nicht mit Äpfeln vergleichen kann. Aber es wären Bundesleistungen leichter in die Steiermark gekommen, wenn das eingetreten wäre, was wir Sozialisten im Land schon lange fordern, nämlich mehr Transparenz in der Forschungszuteilung dieses Landes. Ich darf Sie an den Antrag erinnern, den wir schon am 15. Oktober 1981 eingebracht haben, in dem wir diese Transparenz der Forschungsförderung verlangen. Wir verlangen im einzelnen den Wissenschafts- und Forschungsförderungsbeirat des Landes Steiermarks, wir verlangen Richtlinien zur Objektivierung der Förderungsmaßnahmen, das Instrumentarium für eine begleitende Kontrolle der geförderten Maßnahmen und insgesamt konkretere Aussagen über die Effektivität des Mitteleinsatzes. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Der Herr Minister hat auch einen Beirat!“) Wir hätten heute mehr Geld, wenn von den zuständigen außeruniversitären Forschungseinrichtungen diese Bedingungen des Ministeriums erfüllt worden wären.

Nun, meine Damen und Herren, warum protestieren die Studenten? Wir nehmen auch diese Proteste sehr ernst. Aber ich bitte Sie zu beachten. Es haben in etwa 500 Studenten gestreikt in Wien. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Wie viele?“) Es haben in etwa 500 Studenten gestreikt (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Zehntausend!“) etwa 800 auf der Technik und selbst, wenn es 1000 gewesen wären (Abg. Ileschitz: „Sie können leicht streiken, sie bekommen keinen Lohn!“ – Abg. Loidl: „Sie verlieren nichts!“) 145.000 haben eben nicht gestreikt. Und was die Situation der Informatiker in Wien betrifft, war das Verhandlungskomitee mit der Zusage des Bundesministers Dr. Fischer zufrieden, daß ihre Bedingungen bis zum Jahre 1990 entsprechend an die Situation der Technik angehoben werden. (Beifall bei der SPÖ.) Man soll die Situation nicht aus einem einzelnen konkreten Anlaß betrachten, sondern man soll seriöserweise die Gesamtsituation, die Daten, die Fakten und die Entwicklung sehen. Ich werde Ihnen jetzt etwas sagen, weil Sie immer meinen, wir seien rückständig, wir

seien unterdotiert, wir liegen unter dem von der OECD geforderten Durchschnitt. Wissen Sie, für welche Zeit diese Vorwürfe gegolten hätten? (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Für 1984!“) Diese Vorwürfe hätten für eine Zeit gegolten, als 109 Wissenschaftler sich mit einem Memorandum an den damaligen Unterrichts- und Wissenschaftsminister gewendet haben. Diese Vorwürfe hätten gegolten, als damals in einem Sammelband Professoren, unter ihnen der von Ihnen sicher geschätzte Professor Topitsch, von einer geistigen österreichischen Provinz gesprochen haben. Das hätte gegolten in einer Zeit, als wir einen Akademikermangel gehabt haben und als damals zwei OECD-Berichte von der katastrophalen Situation der Wissenschaft in Österreich gesprochen haben. Aber wissen Sie, wer damals Unterrichts- und Wissenschaftsminister war? Dr. Mock. Wir haben einen ungeheuren Aufholprozeß seit dieser Zeit mitgemacht, meine Damen und Herren, und wenn Sie jetzt den Minister Dr. Fischer im Visier haben, so, bitte schön, liegt die Vermutung schon nahe, daß das auch ein bißchen allgemein politisch motiviert ist. Im ÖVP-Pressedienst lese ich: der Generalsekretär der kleinen Koalition. Meine Damen und Herren, ist es etwa schlecht, wenn sich ein Minister über seine Ressortaufgaben hinaus über allgemeine Dinge der Politik Gedanken macht? (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Oh ja, wenn er sich um seine eigenen Aufgaben nicht kümmert!“) So schlecht wird seine Politik ja nicht gewesen sein. Denn dieser Wissenschaftsbericht 1984 ist ja auch dieser Bericht, in dem die Grundsätze der Wissenschaftspolitik festgelegt worden sind, ist auch im zuständigen Ausschuß des Nationalrates mit den Stimmen der ÖVP beschlossen worden. Daß es im Haus wieder anders ausgeschaut hat, da werden Sie sich schon etwas dabei gedacht haben.

Ein allerletzter Satz zu dem, was Sie immer wieder hier unter Akademikerschwemme in den Raum stellen. Uns Sozialisten ist die Jugendarbeitslosigkeit überall gleich ernst, egal ob es sich um Arbeiter handelt, um Angestellte, um Maturanten, um Kindergärtnerinnen oder um junge Akademiker. Aber die Ziffern sprechen eine andere Sprache. Wir haben im März 1985 2652 arbeitslose oder stellensuchende Akademiker gehabt. (Abg. Harndt: „Die Zahl ist zu hoch!“) Nein, in ganz Österreich. Das sind nicht einmal 2 Prozent. Das ist eine Zahl, die wesentlich unter dem übrigen Prozentsatz an arbeitssuchenden Menschen liegt und international ganz hervorragend ist, und ich sage Ihnen, so lange wir an einem Numerus clausus vorbeigehen, so lange wir jedem zubilligen, daß er das studieren kann, wozu er Lust und Liebe hat (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Falls sie einen Labor- und Ausbildungsplatz haben!“) so lange werden wir in Kauf nehmen müssen, daß in einzelnen Studienfächern am gesellschaftlichen Bedarf vorbeiproduziert und vorbeistudiert wird. Aber es gibt keine Akademikerschwemme. Nicht einmal bei den Ärzten. Das ist ein Verteilungsproblem, und versetzen wir uns auch einmal in die Situation, daß wir krank werden könnten und dann draußen am Land zu einem Facharzt gehen wollen, dann werden wir schon sehen, ob es da draußen eine Ärzteschwemme gibt, und in vielen anderen Akademikergruppen ist es genauso. Der Staat macht es jedem jungen Menschen in diesem Land möglich zu studieren, was immer er will. Aber eines kann der Staat nicht tun. Er kann keine

Garantie dafür übernehmen, daß mit dem Titel gleichzeitig ein standespolitischer Job verbunden ist, eine einflußreiche Position und auch ein entsprechendes Honorar. Diese Garantie kann die Gesellschaft nicht abgeben, vor allem nicht bei ausgefallenen Studienrichtungen.

Ganz zum Schluß, weil Kollege Univ.-Prof. Dr. Schilcher vom UOG gesprochen hat. Wir haben heuer das zehnjährige Jubiläum dieses großen Marksteines in der Entwicklung unserer Hochschulorganisation, und ich kann mich an die heißen Debatten erinnern, die auch hier vor zehn Jahren an diesem Pult geführt worden sind. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Fragen Sie den Herrn Prof. Freisitzer, was das für ein Markstein ist. Das ist ein Trauerspiel!“) Ich habe vor kurzem mit Rektor Dr. Brünner gesprochen, der anlässlich seiner Inauguration eine ganz außergewöhnliche und hervorragende Rede gehalten hat. Wissen Sie, was mir Prof. Brünner zum UOG gesagt hat? Er hat mir schlicht und einfach gesagt: In seinen Grundzügen hat es sich bewährt. Fragen Sie ihn, er hat es gesagt. Die Wissenschaft ist längst heraus aus ihrem Elfenbeinturm, ihre gesellschaftliche Relevanz ist anerkannt. Suchen wir nach wie vor die Zusammenarbeit mit den hohen Schulen bei der Lösung wirtschaftlicher, ökologischer, soziologischer und politischer Probleme, und gehen wir den guten Weg weiter, den wir gegangen sind. Fischer hat in Abwandlung eines Wortes von Brecht gesagt. Wir haben in dieser Thematik die Mühen der Gebirge hinter uns. Vor uns liegen noch die Mühen der Ebenen. Mit Mut und Zuversicht und mit Vertrauen in das geistige Potential unserer hohen Schulen, aber auch in der Sicherheit, daß die Gesellschaft und der Staat die finanziellen Mittel und die Organisation dafür bereitstellen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Klasnic: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Erhart das Wort.

Abg. Erhart: Werte Frau Präsident, Hoher Landtag!

Zu einem anderen Thema, zur außerschulischen Jugendberziehung. Im Budget wurden dafür zirka 100 Millionen Schilling, genau sind es 108.877.000 Schilling, veranschlagt, und ich habe mich zu diesem Kapitel gemeldet, um hier im Rahmen der Budgetdebatte auf ein paar Punkte in aller Kürze hinzuweisen. Schwerpunkte meiner bisherigen Wortmeldungen zu diesem Thema in dieser Gruppe waren wohl bisher das Landesjugendförderungsgesetz, das wir im Vorjahr beschlossen haben, einmal auch die Landesjugendferienaktion und mehrmals die Forderung nach einem Spielapparategesetz. Das Jugendförderungsgesetz, seit mehr als einem Jahr durch die Kundmachung in Kraft gesetzt, war offensichtlich ein sehr gutes Gesetz. Wenn man als Indikator hernimmt, daß seitens der Jugendverbände seit dem Inkrafttreten kein negatives Wort zu hören war und daß diese Mäusenstille scheinbar als Zufriedenheit mit diesem Gesetz zu werten ist.

In der Frage der Landesferienaktion dürfte wohl die Kritik des Landesrechnungshofes, und wenn ich unbescheidenerweise hinzufügen darf, auch meine von dieser Stelle ausgesprochene Kritik ausschlaggebend dafür gewesen sein, daß die damals vorhandenen Mängel bei der Durchführung dieser Ferienaktionen mittlerweile abgestellt wurden.

Zum Thema Spielapparategesetz beklagte ich bei der letzten Budgetdebatte zum wiederholten Male, daß wir in dieser Materie nicht recht weiterkommen, obwohl diese Fragen in der Öffentlichkeit ständig in Diskussion sind und sich die Medien ständig damit befassen und Lehrer, Eltern, Erzieher seit langem eine gesetzliche Regelung fordern. Diesmal glaube ich aber, sagen zu können, daß wir nun doch ein beträchtliches Stück des Weges in der Sache Spielapparategesetz mittlerweile schon weitergekommen sind. So wurden seitens der Regierung gleich zwei Vorlagen beschlossen und im zuständigen Ausschuß eingebracht. Hat die erste Vorlage eine Novellierung des Veranstaltungsgesetzes zum Inhalt, wobei die Spielapparateregelung eben in dieses Gesetz eingebaut werden soll, so sieht die zweite Vorlage, die dem sozialistischen Initiativantrag entspricht, ein eigenes Spielapparategesetz vor. In Anbetracht der Wichtigkeit und Dringlichkeit für eine gesetzliche Regelung im Spielapparateswesen wurde nun unmittelbar nach Einbringung der zweiten Vorlage im Gemeinde- und Verfassungsausschuß ein Unterausschuß, bestehend aus den Mitgliedern der beiden großen Landtagsfraktionen, nominiert und auch bereits ein Termin für in Kürze stattfindende Verhandlungen festgelegt. Da sich die Gesetzesmotivation und die Ziele der beabsichtigten Regelung bis auf ein paar Punkte in den beiden Vorlagen vielfach decken, besteht die berechtigte Hoffnung, daß es bei den bevorstehenden Verhandlungen keine unüberwindbaren Barrieren geben wird. Zum Überlegen wird die Frage sein, ob bei den kommenden Parteigesprächen nicht auch gleich der im Vorjahr vorgelegte Entwurf der Rechtsabteilung 7, betreffend die Novellierung des Lustbarkeitsabgabengesetzes, mitzubehandeln wäre, weil die Steuerfrage schließlich auch in die ganze Spielapparatematerie hineinspielt. Eine gesetzliche Regelung betreffs der Aufstellung und des Betriebs von Spielapparaten allein, ohne eine entsprechende Abgabenregelung ist dann doch vielleicht etwas zu wenig, und wir könnten uns einen etwaigen späteren Vorwurf ersparen, daß nach so langer Anlaufzeit nun erst nur eine halbe Sache entstanden ist. Mit dieser Anregung will ich aber keinen Vorgriff auf die kommenden Gespräche machen. Ich bin vielmehr der Hoffnung, daß wir in der Sache Spielapparategesetz nun zügig weiterkommen, so daß noch vor Ende dieser Legislaturperiode diese gesetzlichen Bestimmungen beschlossen werden können. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Wegart: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Maitz. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Maitz: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

In diesen Tagen bewegen uns die großen Sorgen großer Teile der steirischen Bevölkerung, vor allem Arbeitsplatz- und Wirtschaftsprobleme. Da könnte mancher fragen: Ist es angesichts dieser Probleme sinnvoll, über Sportförderung, über Kultur oder Kunst zu reden? Unsere Antwort ist klar und eindeutig. Gerade in einer Zeit großer wirtschaftlicher Probleme wird durch Sport und Spiel die Lebensfreude gehoben, der Gesundheit gedient, es werden Aggressionen abgebaut und die Gemeinschaft gefördert. Auch deshalb, und weil sie ein besonderes Herz für den Sport

haben, haben Landeshauptmann Dr. Krainer und der neue Sportlandesrat Dipl.-Ing. Hasiba in diesem nun zu Ende gehenden Jahr im Weg von Nachbedeckungen zusätzlich 5 Millionen Schilling dem steirischen Sport zugeführt. Mit diesen 5 Millionen Schilling wurden 50 Projekte steirischer Gemeinden und Vereine gefördert.

Nun zu einigen wenigen großen Sportveranstaltungen in der Steiermark 1985, weil sie ganz beachtlich waren für unser Bundesland. Zum Beispiel die Bodybuildingweltmeisterschaft im September im Grazer Congress, die Trickschiweltmeisterschaft, die trotz Schnee Problemen dann doch abgeführt werden konnte, die Europameisterschaft in den Lateinamerikanischen Tänzen oder die Österreichische Staatsmeisterschaft im Springreiten in Graschnitz, wo mit dem Initiator Graf Plettenberg die im Mürztal ansässigen Bürgermeister eine hervorragende Zusammenarbeit gepflogen haben und schließlich der Herr Landeshauptmann und Herr Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba erstmals mit dem „Großen Preis der Steiermark“ eine Initiative gesetzt haben, die in dieser Sportart der Steiermark sehr viel bringen wird. Nämlich daß zweimal hintereinander diese Staatsmeisterschaft in der Steiermark stattfinden wird. Das sind nur ganz wenige Beispiele. Ebenso können wir uns freuen für das Jahr 1986, da gibt es zum Beispiel die Europameisterschaft im Mannschaftsgolf im Murhof, die Europameisterschaft der Heißluftballonfahrer im September 1986, die Studentenweltmeisterschaft im Crosslauf in Graz, die Staatsmeisterschaft im Springreiten in Graschnitz. Das alles wird aber noch übertroffen von einer bisher noch nie dagewesenen Fülle von Wintersportveranstaltungen in der Saison 1985/86. Ich erwähne sechs davon, weil sie die wesentlichsten sind. Weltcup-Riesentorlauf der Frauen in Haus im Ennstal 20. Dezember 1985, Weltcup-Frauenabfahrt in Haus im Ennstal 21. Dezember 1985, Weltcup-Riesentorlauf Schladming 8. Jänner 1986, Weltcup-Herrenabfahrt Schladming 31. Dezember 1985, Weltcup-Veranstaltung der Nordischen in der Kombination in Murau im Jänner 1986 und schließlich die Skiflugweltmeisterschaft am Kulm vom 7. bis 9. März 1986.

In diesem Zusammenhang freue ich mich, und es wird die beiden steirischen Schifunktionäre auch besonders freuen, die heute hier im Saale sind und die Debatte verfolgen. Ich grüße herzlich den Präsidenten des steirischen Skiverbandes Dr. Otto Straub und seinen Vizepräsidenten Helmut Lexer. (Beifall bei der ÖVP.)

Nun zu einigen wesentlichen Budgetinitiativen 1986, die vom Sportlandesrat Dipl.-Ing. Hasiba vorgeschlagen und durchgesetzt wurden. Im außerordentlichen Landesvoranschlag haben wir 22 Millionen Schilling für ein Sportanlagenbauprogramm, eine stolze Summe für das kommende Jahr. Die zweite große Summe sind die 5 Millionen Schilling für Baumaßnahmen an der Skiflugschanze am Kulm, die nunmehr auch fix eingeplant sind. Warum erwähne ich das besonders? Diese 22 Millionen Schilling für das Sportanlagenbauprogramm werden in der Steiermark in einer sehr fairen und ausgeglichenen Weise vergeben. So sind die höchsten und hohe Beträge für das Bundessportzentrum in Kapfenberg und für die Skisprungschanze in Eisenerz vorgesehen. Warum sage ich das? Weil sich

diese Vorgangsweise wohlthuend abhebt von der Vorgangsweise, die die Bundesregierung in der Sportförderung pflegt. Die Bundesregierung kürzt Förderungen, die alle Bundesländer Österreichs betreffen, in den wichtigsten Förderungspositionen, wie Personalrefundierung an die Sportverbände, Beiträge an die Dachverbände, Beiträge an die Fachverbände, Bundessportorganisation, Verein sportärztliche Betreuung, Trainerkostenzuschüsse und sonstige gemeinnützige Einrichtungen für den Sport, kürzt diese alle zusammen, um ein einziges Monsterprojekt – wo, können Sie leicht erraten – in Wien mit fast 60 Millionen Schilling zu fördern, nämlich das Wiener Stadion, sowie mit 7,5 Millionen Schilling ein ASKÖ-Projekt am Notnagelplatz ebenfalls in Wien. Es gibt noch einige Kleinigkeiten, Prosamen für die Bundesländer. Wohlthuender Unterschied zwischen einer fairen, sachlichen Sportförderung hier im Lande und seitens der Bundesförderung, wo die Einseitigkeit zur ersten Maxime geworden ist. Die beiden Erstdivisionäre Sturm und GAK in Graz haben für ihre beiden Sportplätze trotz massiven Bittens keinen einzigen Schilling vom Bund bekommen. Jedes der Projekte lag weit über 20 Millionen Schilling. Kein einziger Schilling. 60 Millionen Schilling in einem Jahr für das Wiener Stadion, und es werden insgesamt noch mehrere hundert Millionen Schilling sein, wie man hört. Das ist keine faire Sportpolitik einer Bundesregierung, die für ganz Österreich zuständig wäre.

Weitere Impulse für den steirischen Sport hat Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba in drei wesentlichen Linien vorgezeichnet, und ich freue mich sehr darüber. Alle drei werden gemeinsam mit den großen sportlichen Verbänden, mit den Dachverbänden, die in der Steiermark großartig arbeiten, durchgeführt. Ich freue mich auch, daß der neue Präsident der Union Steiermark Dr. Ernest Brauchhart und der neue Präsident des ASVÖ Steiermark Dipl.-Ing. Dr. Oskar Beer heute unter den Zuhörern sind und begrüße sie herzlich. (Beifall bei der ÖVP.) Allein die Union hat ja über 450 Vereine, in denen gearbeitet wird, und das seit 40 Jahren, wie wir bei einer großen Feier eindrucksvoll miterleben konnten, da wurde das referiert. Der ASKÖ hat in der Steiermark 420 Vereine und der ASVÖ 230 Vereine. Mit diesen großen Sportinstitutionen des Landes wird Dipl.-Ing. Hasiba ein Programm zur Belebung des Spitzensportes erstellen, weil wir in den letzten fünf Jahren auch in klassischen Disziplinen eigentlich weniger Erfolge für die Steiermark hatten. Dipl.-Ing. Hasiba wird seine Bemühungen um offene Sportplätze für jedermann, also Förderung des Breitensports neben den großen Verbänden und deren Vereinen, weiterhin betreiben und den Sportverantwortlichen durch eigene Sprechtag für Sportverantwortliche und aktive Sportler in den Bezirken entgegengehen. Zu diesen genannten Initiativen, die eine neue Gesinnung in der Sportpolitik des Landes ausdrücken, möchte ich dem Sportlandesrat noch eine Bitte auf den Weg mitgeben. Es gibt in den Bemühungen um eine sportärztliche Betreuung in der Steiermark eine gewisse Stockung. Es haben zwar mit Hilfe des Landes und der Stadt – damals war Dipl.-Ing. Hasiba Bürgermeister und Sportreferent von Graz – Union, ASKÖ und ASVÖ Untersuchungsstellen eingerichtet. Diese mit ehrenamtlichen Ärzten besetzten Untersuchungsstellen reichen aber gerade aus, um einen Teil der

Spitzensportler zu betreuen. Das Gros der steirischen Spitzensportler hat nach wie vor keine Möglichkeit der sportmedizinischen Betreuung. Und davon ganz abgesehen, sollte diese sportmedizinische Untersuchung ja bereits in jungen Jahren beim Schülersport, bei Meisterschaften verschiedener Art im jugendlichen Alter beginnen und weitgestreut sein. Ich schlage daher vor, so wie in Innsbruck und Salzburg, ein Institut für Sportmedizin zu schaffen. Für die Vorarbeiten bieten sich zwei Quellen an: Erstens die erwähnten beiden bestehenden Institutionen, die eine sehr erfolgreiche Arbeit schon seit Jahren für das Land Salzburg und das Land Tirol leisten, und zweitens die Einsetzung einer Arbeitsgruppe mit Fachleuten, die bereits viele Jahre mit der Sportmedizin befaßt sind und auf ausdrückliche Frage von mir gerne in einer solchen Arbeitsgruppe mittun würden. Es sind dies: Herr Prof. Buchner, der weit über die Grenzen des Landes bekannte Chirurg, Prof. Harnoncourt, der als Internist sportmedizinische Untersuchungen und Arbeiten bereits in seiner Klinik durchführt, Herr Prof. Skenner, der als Physiologe in dieses Team paßt und mit diesem Team bereits arbeitet, und die beiden Sportprofessoren Bernhard und Peiker. Das Ziel müßte sein, möglichst früh und möglichst breit sportärztliche Betreuungen anzubieten und diese Sparte für die Sportler weiter auszubilden. Zum Schluß komme ich an den Beginn meines Beitrages zurück. Der Mensch braucht Arbeit und Einkommen, um seine Grundbedürfnisse zu decken. Er braucht aber auch ideelle Werte, zu denen ich mit voller Überzeugung auch Sport und Spiel rechne. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Halper. Ich erteile es ihm.

Abg. Halper: Herr Präsident, Hohes Haus, geschätzte Damen und Herren!

Die weltweite Wirtschaftskrise hat die Zahl der Arbeitslosen in den Industrieländern von 25 Millionen 1981 auf 31 Millionen im Jahre 1984 ansteigen lassen. Dies nicht zuletzt deshalb, weil die Regierungen vieler Länder andere wirtschaftspolitische Ziele für wichtiger gehalten haben, als die Sicherung der Beschäftigung. Diese internationale Entwicklung ist nicht ohne Auswirkungen auf Österreich geblieben. Dennoch konnte die Arbeitslosigkeit in Österreich deutlich niedriger als in fast allen anderen Industrieländern gehalten werden.

Geschätzte Damen und Herren, weltweit bedeutet die schwierige Arbeitsmarktsituation vor allem eine Gefährdung der Beschäftigungschancen der 15- bis 25jährigen Menschen. In Österreich ist es, man kann es deutlich aussprechen, besser als in vielen anderen Ländern gelungen, die Arbeitslosigkeit der 15- bis 25jährigen niedriger zu halten. Der internationale Vergleich zeigt, daß dies gelungen ist. Der Anteil der Jugendlichen an der Gesamtarbeitslosenzahl beträgt in den USA 13 Prozent, in der Bundesrepublik 10,5 Prozent, in Großbritannien 21,8 Prozent, Italien 33,5 Prozent und in Österreich nur 4,6 Prozent. Dennoch, und das muß zum Ausdruck kommen, gibt es auch in Österreich regionale Probleme, Regionen, in denen der Anteil der Arbeitslosen, im besonderen der jugendlichen Arbeitslosen, sehr hoch oder sehr besorgniserregend ist. Gerade in der Steiermark stellen wir fest, daß

42 Prozent aller Beschäftigungslosen Jugendliche unter 25 Jahre sind. In manchen Bezirken beträgt dieser Anteil 50 und mehr Prozent. Geschätzte Damen und Herren, diese Entwicklung muß uns alle mit tiefer Sorge bewegen, und wir alle müssen Maßnahmen ergreifen, dieses Problem zu lösen. Jugendarbeitslosigkeit birgt viele Gefahren. Neben der persönlichen Enttäuschung, nicht gebraucht zu werden, der Resignation und dem Zweifel an demokratischen Strukturen wird von beschäftigungslosen jungen Menschen ja auch die gesamte staatliche Ordnung, wie wir es am negativen Beispiel England mit den Jugendauswanderungen der farbigen Jugendlichen in Birmingham festgestellt haben, in Frage gestellt. Diese Gefahren dürfen in Österreich und in unserem Bundesland nie auftauchen. Daß junge Menschen von Arbeitslosigkeit stärker betroffen sind als andere, hat mehrere Ursachen:

Erstens: die geburtenstarken Jahrgänge,

zweitens: die verschlechterten Nachfragebedingungen und die Konjunkturaussichten. Auf Grund der Wirtschaftskrise haben die Unternehmen ihren Personalstand teilweise bis auf die Stammbesetzung reduziert.

Drittens: Ausgeschiedene Arbeitskräfte werden nicht durch jüngere ersetzt, und

viertens: stattdessen wurde von den Arbeitsplatzbewerbern gefordert, daß die erforderliche Qualifikation und im besonderen die notwendige Berufserfahrung mitzubringen seien.

Der Mangel an Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen für hochqualifizierte Arbeitskräfte trotz behaupteten Bedarfes wird auch durch den Rückgang in der Lehrausbildung dokumentiert. Die Zahl der Ausbildungsstätten hat von 1980 194.000 auf rund 176.000 im Jahre 1983 abgenommen. Allein in der Steiermark, und wir haben es heute schon gehört, von 36.000 im Jahre 1980 auf 31.000 1983, und ist nun stabilisiert in dieser Größenordnung. Wir sind somit in der Lehrausbildung von der ersten Stelle auf die zweite Stelle der gesamtösterreichischen Lehrlingsstatistik abgesunken.

Ein zweites Problem hierzu: Die Berufschancen junger Menschen, die einen Lehrberuf anstreben, sehen zwar eine Palette von 370 Lehrberufen vor, jedoch muß festgestellt werden, daß 65 Prozent aller Lehrlinge sich in zehn Berufen ansiedeln. Bei den Mädchen beträgt dieser Anteil 90 Prozent, auf zehn Berufe eingeteilt. Das heißt, daß wir uns sehr bemühen müssen, vor allem im Bereich der Aufklärung der Eltern über die Chancen im Beruf, aber auch über eine bessere berufskundliche Vorbereitung ab der sechsten Schulstufe, wie wir meinen, doch besser die berufliche Ausbildung zu selektieren.

Noch eine Frage zu den Kosten der Lehrlingsausbildung. Man soll diesen Begriff nicht verallgemeinern. Es ist richtig, und eine Erhebung der Bundeswirtschaftskammer hat ergeben, daß es Ausbildungskosten von 100.000 Schilling je Lehrplatz bis null Schilling gibt. Der teuerste Lehrplatz ist derjenige eines Schlossers, der billigste der eines Einzelhandelskaufmannes. Wie die Bundeskammer erhoben hat, wird bei 40 Prozent der Lehrplätze mit Nettoerträgen gerechnet, und bei 60 Prozent muß ein Aufwand für die

Ausbildung aufgewandt werden. Dieses Ungleichgewicht sollte uns alle bewegen, doch in Richtung Berufsausbildungsfonds zu streben, um hier diese finanziellen Ungleichgewichten, aber auch die unterschiedlichen Möglichkeiten eben zu lösen. Ich möchte nur sagen, beispielsweise die Ausbildung eines Tischlers, frei nach einem Bericht der Bundeswirtschaftskammer, kostet pro Jahr 31.000 Schilling ohne Lehrlingsentschädigung; das ist so ermittelt.

Geschätzte Damen und Herren, im besonderen müssen wir uns bemühen, daß das Auseinandergehen der Schere zwischen angebotenen Lehr- und Ausbildungsplätzen und Arbeits- und Lehrstellensuchenden nicht weiter auseinanderklafft. Diese Entwicklung kann sich eine soziale Gesellschaft nicht leisten. Deshalb muß unsere Kraft zur Lösung der Eingliederung von jungen Menschen in den Lehr- und Arbeitsprozeß aufgewendet werden. An der erfolgreichen Lösung des Problems werden wir in unserer Arbeit gemessen werden. Dies trifft auch auf die Schaffung von zusätzlichen Lehrplätzen genauso zu wie auf Arbeitsplätze für Handelsschüler, Handelsakademiker, auf alle arbeitssuchenden Lehrer genauso wie im besonderen für die behinderten Menschen, die unsere besondere Unterstützung brauchen. Geschätzte Damen und Herren, wir sind in Österreich viel zu klein, um uns eine Zweidrittelgesellschaft leisten zu können. Zwei Drittel, die Arbeit besitzen, und ein Drittel, das keine Arbeit besitzt. Und das wollen wir auch als Sozialdemokraten nicht zulassen. Deshalb sind alle Maßnahmen zur Eingliederung von Pflichtschülern und Schulentlassenen in den Arbeitsprozeß zu begrüßen. Gerade die Bundesregierung hat frühzeitig erkannt, daß die demokratischen Gegebenheiten im Zusammentreffen mit regionalen Wirtschaftsentwicklungen die verschärfte Selektion im Beruf und die mangelnde Ausbildungsbereitschaft zu nachteiligen Auswirkungen auf dem Jugendarbeitsmarkt führen mußte und entsprechende Jugendbeschäftigungsprogramme dieser Entwicklung entgegensteuern. Für die Jugendlichen im Alter von 15 bis 19 Jahren standen dabei die Lehrstellenförderung des Bundes und die Maßnahmen der Berufsvorbereitung im Vordergrund. In den Jahren 1983 bis 1985 wurden mehr als 50.000 Lehrstellen gefördert, davon allein in der Steiermark 12.000 Lehrstellen. Für den Bereich der 19- bis 25jährigen wurden 1983 47.000 Ausbildungsplätze gefördert, 1984 70.000 Ausbildungsplätze, davon rund 15.000 auf die Ausbildung entsprechender Arbeitsplätze. Insgesamt wurden aus diesem Titel in den letzten drei Jahren von der Arbeitsmarktwirtschaft rund 2 Milliarden Schilling für diese Maßnahmen ausgegeben, davon in der Steiermark 680 Millionen Schilling oder 33 Prozent.

Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß wir alle Maßnahmen begrüßen müssen, auch die des Landes, die zur Vermeidung von Jugendarbeitslosigkeit gesetzt werden. Ich glaube aber, daß das Land mehr die „Aktion 8000“ beanspruchen sollte und gemeinsam mit den Gebietskörperschaften, Vereinen und Verbänden Lösungen zur Schaffung von zusätzlichen Lehr- und Ausbildungsplätzen für junge Menschen finden sollte. Ein Zweites: Bei der Einstellung von Beschäftigten im Landesdienst sollten langzeitarbeitslose Jugendliche bevorzugt werden. Drittens: Ich glaube, wir brauchen ein Sonderprogramm

des Landes zur Schaffung von zusätzlichen Lehr- und Arbeitsplätzen für die arbeitslosen Jugendlichen in unserer Heimat.

Geschätzte Damen und Herren! Wir haben als politisch Verantwortliche die Verpflichtung, der Jugend dieses Landes ein Recht auf Arbeit und entsprechende berufliche Ausbildung zu garantieren. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kröll. Ich erteile es ihm.

Abg. Kröll: Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ich darf Sie wieder, trotz fortgeschrittener Stunde, ein wenig in die Sportwelt zurückführen. Obwohl noch nicht sehr viel Schnee draußen liegt, darf ich Sie doch geistig in die steirische Bergwelt der Obersteiermark auf die Pisten und Loipen führen und herausreißen aus dieser gerade nun von meinem Vorredner so wichtigen Debatte über die Problematik in wirtschaftlichen Dingen und zu dem, was Dr. Karl Maitz über die generelle Sportsituation des Landes schon gesagt hat, und wo er aufgezeigt hat, daß heuer ein besonderes Veranstaltungsjahr für die Steiermark ist. Ich darf doch in aller Kürze einige dieser Namen nochmals nennen und ein paar hinzufügen.

Geschätzte Damen und Herren! Es ist noch nicht lange her, als im Jahre 1973 in der Steiermark das erste Weltcuprennen auf der Planai veranstaltet wurde. Sie wissen es ganz sicher, es war der 22. Dezember, und es gab ganz spektakuläre Bilder auch für die Fernsehzuschauer. Es sind nur zwölf Jahre seither vergangen, und in dieser Zeit ist bisher schon Enormes geschehen, und der heurige Winter ist geradezu wieder eine besondere Perle für den Steirischen Skiverband, für die Vereine und überhaupt für das steirische Sportleben. So darf ich noch einmal kurz darauf zurückgehen, daß in Haus die Damen im Weltcup tätig sind, und zwar in der Abfahrt und im Riesentorlauf, schon am 20. und 21. Dezember, und daß wir mit dem Herren-Weltcup-Abfahrtslauf erstmalig zu Silvester von der Schladminger Planai eine Weltpremiere feiern, weil es bisher zu Silvester zwar einen Lauf in Sao Paulo auf der Straße gegeben hat, aber nicht auf der schnellen Skipiste. Ich darf Ihnen in diesem Zusammenhang sagen, daß das Interesse sehr groß ist, daß es erfreulicherweise großartige Aktionen und Gemeinschaften gibt mit der österreichischen Bundesbahn und auch mit der Therme Loipersdorf, damit Kinder und Jugendliche freie und ermäßigte Zutritte haben. Das Interesse auch der Weltpresse, des Fernsehens und Rundfunks ist groß, und die Wirtschaft zeigt ebenfalls durch ihre Sponsorleistungen, daß die Attraktivität der steirischen Skigroßveranstaltungen nichts an Zugkraft verloren hat. Ich darf aber in diesem Zusammenhang insbesondere auf die internationalen österreichischen Jugend-skimeisterschaften hinweisen, die vom 6. bis 12. Februar in der Dachstein-Tauern-Region auf mehrere Orte aufgeteilt sind. Denn man darf nie vergessen, die Jugend zu fördern, wenn man einen Spitzensport erreichen will. In Haus im Ennstal finden dann die internationalen österreichischen Abfahrtsmeisterschaften am 12. Februar statt, in St. Sebastian der Herren-FIS-Slalom am 20. Februar, in der Veitsch im Mürztal

der Herren-FIS-Riesenslalom am 21. Februar, in Altaussee der Herren-FIS-Super-G am 22. Februar, in Altaussee der Europacup-Herrenriesentorlauf und Super-G am 1. und 2. Februar, in St. Sebastian dann Damen-Europacup im Slalom und Riesentorlauf Anfang März. Im nordischen Bereich ist in Murau eine nordische Weltcup-Kombination mit Langlauf und Sprunglauf am 18. und 19. Jänner, und in Admont der Europacup im Langlauf und schließlich in Bad Mitterndorf und Tauplitz die Skiflug-WM am Kulm. Hier sei wirklich mit großer Freude darauf verwiesen, daß im Budget des Landes, wer die Seite 63 und auch den außerordentlichen Haushalt durchblättert und studiert, die entsprechenden Dotierungen im Landeshaushalt gegeben sind, so daß auch die finanzielle Basis für diese Großveranstaltungen gelegt ist. Ich möchte ganz besonders dafür danken, weil gerade die Skiflug-WM, aber auch alle anderen, die Weltcuprennen in unserer Region Dachstein-Tauern oder in Murau oder im Mariazeller Raum die Veranstaltungen, große regionale Bedeutung haben. Nicht nur als Vorbild für die Jugend zur Nachahmung, als Anerkennung für die Sportfunktionäre, sondern auch als offenes Schaufenster eines steirischen Winters hinaus in die Welt, und dies wird sicherlich auch Gäste anziehen. So gesehen ist es nicht nur eine Sportveranstaltung, sondern es ist auch ein natürlicher Partner für die Entwicklung des Wintertourismus. Hier hat die Steiermark mit der Kulm-Bemühung und mit der Bereitstellung der 5 Millionen Schilling einen ganz entscheidenden Impuls gesetzt, und ich freue mich, daß die bewährte Zusammenarbeit bei solchen Großveranstaltungen letztlich auch mit dem Bund möglich war sowie mit den beiden Gemeinden Tauplitz und Bad Mitterndorf.

Ich möchte aber noch etwas zum Schluß besonders herausstreichen. Ich halte es für sehr begrüßenswert, daß außer dieser Initiative des Herrn Landeshauptmannes, der sich für das Kulm-Komitee so stark eingesetzt hat, nun der neue Sportreferent des Landes, Dipl.-Ing. Hasiba, auch vor Ort sich einen ganz genauen Überblick verschafft und mit den örtlichen Funktionären und Sportlern in Kontakt tritt. Ich begrüße es außerordentlich, daß er hier schon vor einiger Zeit Lokalaugenscheine vorgenommen hat und sich laufend über den Fortgang der Dinge berichten läßt. Man merkt hier wirklich auch seine enge Beziehung zum Sport. Hat er doch als Bürgermeister von Graz dieses Referat schon lange ausgeübt, und man spürt es, daß er auch hier eine große persönliche Bindung in diese Situation hineinlegt. Ich glaube daher, es ist für uns hier im Hohen Haus eine Ehre und Freude, daß heute so viel Sportprominenz zu so später Stunde anwesend ist. Sie wurden alle schon genannt, die Herren Präsidenten des Fachverbandes Skiverband, aber auch der Dachverbände. Es ist aber, glaube ich, auch für uns hier eine wirkliche Aufgabe, und wir sind es auch den Sportlern und den vielen Funktionären schuldig, daß wir durch unsere Teilnahme, durch unsere Unterstützung, wo immer wir können, dem Sport hilfreich zur Seite stehen, und ich glaube, gerade diese Ehrentafel des heurigen steirischen Wintersports und seiner Vereine zeigt auf – ich denke hier zum Beispiel nur an die Union Haus, die den Damen-Weltcup durchführt, oder an unseren Wintersportverein, der dem ASV angehört, oder an einen anderen Verein, der dem ASKÖ angehört, spielt ja gar keine Rolle, hier wird Großartiges

geleistet. Wenn wir uns auch jetzt schon ein bißchen mühen, noch zuzuhören, so verdienen es diese vielen Funktionäre, die nie fragen, wie lange etwas dauert, wieviel da zu leisten ist und ob ich da etwas bekomme. Sie sind da für die Jugend, sie sind da für den Sport, und ich darf sagen, der Sport und diese Funktionäre, verbunden mit den Sportlern, leisten für unsere Heimatregion in der Obersteiermark, wo immer diese Veranstaltungen stattfinden, ganz Großartiges. So danke ich sehr herzlich allen Betroffenen und hoffe und wünsche, daß wir die nötige weiße Pracht bekommen, daß es auch ein großes Erlebnis für uns alle wird, und lade Sie alle ein, diese Veranstaltungen zu besuchen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Hammer. Ich erteile es ihm.

Abg. Hammer: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wenn der Kollege Dr. Maitz Klage geführt hat darüber, daß die steirischen Klubs für ihre Sportanlagen keine Bundesmittel erhalten haben, dann darf ich dem durchaus beipflichten. Es wäre mir auch lieber, wenn wir für unsere Vereine mehr Leistungen erhalten würden. Aber ich glaube, es ist auch notwendig, daß wir wieder ein Zentrum für den Fußball schaffen, und dazu gehört eben das Wiener Stadion, daß der Fußball wieder die entsprechende Heimat hat. Ich glaube, es wäre vielleicht ungünstig, im Gießkannenprinzip aufzuteilen, sondern Schwerpunkte zu setzen, und als einen dieser Schwerpunkte betrachte ich den Neuausbau des Wiener Stadions. (Abg. Dr. Maitz: „Nächstes oder übernächstes Jahr nehmen Sturm oder GAK gerne eine Subvention!“) Wir helfen überall gerne mit, wenn es um die Steiermark geht, da sind wir uns einig, brauchen wir gar nicht zu reden, ist ganz klar. Gerne bereit für jeden Einsatz, wenn es um unsere steirische Heimat geht. Und wenn Sie, Herr Kollege Dr. Maitz, und auch der Herr Kollege Kröll die Termine der Veranstaltungen aufgezählt haben, dann kann ich dem nichts hinzufügen, sondern ich würde nur gerne darauf aufmerksam machen, daß all diese Veranstaltungen in einem wunderschönen Terminkalender des Steirischen Skiverbandes stehen, und wenn alle Herrschaften diesen Terminkalender kaufen würden, würden sie gleichzeitig einen guten finanziellen Beitrag an den Steirischen Skiverband leisten. (Allgemeiner Beifall.)

Wie meine Vorredner schon gesagt haben, eine veranstaltungsreiche Sportsaison geht ihrem Ende entgegen, und neue sportliche Großereignisse werden uns in Zukunft beschert werden. Doch bereits im Frühjahr hat eine Großveranstaltung, welche 1986 durchgeführt wird, bereits für Aufregung in der steirischen Sportwelt gesorgt. Die Bewerbung des ÖSV für die Skiflug-WM am Kulm erforderte zum Ausbau beziehungsweise Umbau der Kulmschanze finanzielle Hilfe von Bund und Land in der Höhe von je 5 Millionen Schilling. Auf Grund einer nicht ganz klaren Haltung der FIS zum Skifliegen und der Tatsache, daß aus dem laufenden Budget des Herrn Bundesministers Dr. Moritz dieser Zuschuß von 5 Millionen Schilling nicht bedeckt war, mußte noch die Zustimmung des Finanzministers eingeholt werden. Landeshauptmannstellvertreter Gross konnte dann sehr rasch in persönlichen Gesprächen

mit den Bundesministern Dr. Moritz und Vranitzky erreichen, daß diese 5 Millionen Schilling im Budget abgedeckt wurden und damit die Skiflug-WM gesichert wurde. Doch erst durch die Zusage von Landeshauptmannstellvertreter Gross bis zur endgültigen Zustimmung des Bundes, diesem Betrag aus Bedarfszuweisungsmitteln die Ausfallhaftung zu geben, war grünes Licht für den ÖSV zur endgültigen Bewerbung um diese Großveranstaltung gegeben. Es darf in diesem Zusammenhang auch auf die regionalwirtschaftliche Bedeutung dieser Großveranstaltung hingewiesen werden.

Meine Damen und Herren, mit dem Einsetzen der ersten Schneefälle verlagert sich das allgemeine Interesse der Sportanhänger vom Rasensport, sprich Fußball und Leichtathletik, hin zum Skisport. Österreichs Pistenzauberer und Sprungadler rücken neben dem Eishockey und dem Eisstocksport in den Mittelpunkt des Interesses. Die Medien verbinden dann gleich immer Sieg oder nur Platzhalten der Alpinsportler mit Nationaltrauer oder großlettrigen Jubelmeldungen. Ausgestattet mit meist weit überhaltenen Vorschußlorbeeren und unter dem Druck großer Werbehoffnungen beziehungsweise Werbeverträgen der heimischen Industrie und des Fremdenverkehrs werden unsere jungen Sportler in diesen beinhalten Kampf um Siegerplätze geschickt. Dazu kommt noch der persönliche Positionskampf um das berühmte Leiberl. Eingeschnürt in dieses äußerst wenig persönlichen Spielraum lassende Korsett des Erfolgszwanges bleibt kein Platz für die jugendliche Entfaltung des einzelnen. Die Freude an der sportlichen Bewegung ist längst verdrängt durch die bioanalytische Trainingsmethode. Das gesundheitsfördernde Muskeltraining wird ersetzt durch Konditionsschinderei. Kein Wunder, daß diese harte Anforderung nur wirklich wenige tatsächlich bestehen läßt. Wir sollten unsere Aufmerksamkeit daher besonders jenen zuwenden, die auf dem Weg nach ganz oben auf der Strecke bleiben. Dies kann aber nur gelingen, wenn wir den jungen Talenten in ihrem sportlichen Aufbau die Möglichkeit geben, sich auf berufliche Erfordernisse entsprechend vorzubereiten. In Österreich besteht hiezu die Möglichkeit, im schulischen Bereich durch die Absolvierung von Skigymnasien, Handelsakademien und Skihandelsschulen beziehungsweise in Eisenerz im Nordischen Ausbildungszentrum in einer Facharbeiterausbildung diesen Abschluß zu machen. Gerade für das Nordische Ausbildungszentrum Eisenerz ist es das Ziel, den erfolgreich eingeschlagenen Weg weiter auszubauen. Es wird für die Zukunft notwendig sein, die Berufsausbildung und den Trainingsumfang noch besser aufeinander abzustimmen. Es könnte daher durchaus notwendig werden, das derzeitige Berufsausbildungsgesetz für diese spezielle Ausbildungsform zu verändern. Ziel muß dabei natürlich sein, die Betreibung eines optimalen Trainings zur Erreichung von Spitzenleistungen und die solide fachliche Berufsausbildung zur Sicherung der Existenz zu gewährleisten. Das Land Steiermark leistete für diese Ausbildung der Lehrlinge im Nordischen Ausbildungszentrum bisher 2.221.149 Schilling. Der Bund, das heißt das Sozialministerium, 3.331.723 Schilling. Das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport fördert den Bau der wohl modernsten Mattensprunganlage in Eisenerz derzeit mit rund 9 Millionen Schilling, und das Land hat in

diesem Budget im Rahmen der Sportförderung einen Betrag von einer Million Schilling für diese Mattenschanze veranschlagt. Landeshauptmann Hans Gross hat mit einer Subvention von 500.000 Schilling für infrastrukturelle Maßnahmen im Bereich der Schanzenanlage ebenfalls einen sehr beachtlichen Beitrag dafür geleistet.

Meine Damen und Herren, dies alles sind enorm wichtige Beiträge zur Förderung des heimischen Sportes und unserer Jugend, die aber auch gleichzeitig große regionalwirtschaftliche Bedeutung haben. Bemühen wir uns aber im Interesse der Jugend, bei der Betrachtung der Sportergebnisse immer davon auszugehen, daß alle Leistungen von Menschen erbracht werden, die bemüht sind, für den Sport ihr Bestes zu geben. Danke schön. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schwab. Ich erteile es ihm.

Abg. Schwab: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Keine Angst, ich werde keine Rede mehr halten. Es gibt zwei neue Ansätze im Budget. Der eine lautet „Förderung von Jugendzentren und Jugendinstitutionen“ und ist mit 700.000 Schilling dotiert und der zweite Ansatz für den Verein „Jugend musiziert“ mit 366.000 Schilling. Das ist insgesamt eine beachtliche Sonderdotations für die Jugendarbeit im Lande. Im Vergleich zum Jahr 1985 ein Plus von 7,4 Prozent. In gleicher Weise, und das sollte man auch hervorstreichen, ist eine Aufstockung des Jugendbeschäftigungsprogrammes von 12 auf 15 Millionen Schilling im Vergleich zu 1985 erfolgt. Ich bedanke mich dafür beim Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer, daß er persönlich diese Ansätze in den Budgetverhandlungen durchgesetzt hat und Sorge getragen hat, daß die Erhöhungen im Vergleich zu 1985 möglich gewesen sind. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Schwab hat den Nachweis erbracht, daß es kürzer auch geht. Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Wabl. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Wabl: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Auch ich werde den Nachweis erbringen, daß es kurz geht, aber trotz vorgerückter Stunde möchte ich mir noch etwas von der Seele reden.

Ich selbst schätze den Kollegen Dipl.-Ing. Schaller, um auf seine Wortmeldung einzugehen, als Mandatar, der sehr objektiv ist und der über die Probleme, mit denen wir alle zu kämpfen haben, sehr ausgleichend und in oft sehr gerechter Weise diskutiert. Mich hat aber deprimiert, daß er heute in seiner Wortmeldung gerade die so heikle Besetzung von Schulleiterposten, die so heikle Frage der politischen Zusammensetzung im Schulbereich so einseitig dargestellt hat. Gegen diese einseitige Darstellung – (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Ich habe gesagt, keine Fachleute!“) Sie haben es so geschildert, als ob dort, wo die Sozialisten etwas zu reden hätten, nur Sozialisten zum Zug kommen, und dort, wo Sie das Sagen haben, wie zum Beispiel im Landesschulbereich, dort sei die Objektivität, dort sei

die Gerechtigkeit gegeben, und gegen diese Behauptung möchte ich mich zur Wehr setzen.

Wir alle kennen die Verpolitisierung der Schule, und ich selbst bin immer wieder betroffen, wenn ich feststellen muß, in welchem Gesinnungskorsett unsere Pflichtschullehrer sich bewegen müssen. Wir wollen, daß unsere Kinder von mündigen Staatsbürgern erzogen werden, von Lehrern, die ihnen Zivilcourage, Selbstbewußtsein und vor allem Gesinnungsfreiheit predigen. Aber wie sollen jene Lehrer, die durch Gesinnungszwang gezwungen sind, sich in gewissen Bahnen zu bewegen, den Kindern das mitgeben? Wir brauchen es nur anzuschauen, und auch in Oberösterreich hat man dieses Modell eingeführt, um das zu überwinden. Ich will nicht Fürstenfeld als Beispiel nehmen, um nicht den Kollegen Schrammel zu später Stunde noch aufzuregen, aber wir wissen doch, wie die Personalpolitik im Schulbereich, ob das jetzt Pflichtschulbereich oder Mittelschulbereich ist, von Ihrer Seite gestaltet wird. Nur ein Beispiel für viele. Ich habe das schon im Finanz-Ausschuß erwähnt, weil der Kollege Dipl.-Ing. Schaller auch Beispiele gebracht hat. Ich wehre mich grundsätzlich gegen jede Parteibuchwirtschaft. Sind wir froh, wenn wir diesen Zustand überwinden. Ich habe einen guten Freund, der wohnt 50 Meter vom Realgymnasium in Fürstenfeld entfernt. Er hat ein Kind, und seine Frau ist auch Mittelschullehrerin. Er hat die Fächer Deutsch und Geschichte und wartet seit Jahren vergeblich darauf, daß er an dieser Mittelschule, in die er gegangen ist und die vor seiner Haustüre steht, angestellt wird. In demselben Fach werden seit Jahren Kollegen, die Ihrer Gesinnungsgemeinschaft angehören, angestellt, die täglich von Graz hin- und herfahren müssen. Ein Beispiel, wo man ganz deutlich aufzeigen kann, daß hier Gesinnungszwang betrieben wird. Jetzt ist er in Hartberg und hat gesagt, es gefällt ihm ganz gut oben. Er hat es nicht fertiggebracht, trotz mehrmaliger Bitten, daß er daheim unterrichten kann. Fest steht, daß Grazer Mittelschullehrer mit demselben Fach hinunterfahren und er, der 50 Meter von der Schule entfernt wohnt, kann dort nicht unterrichten. Aber das ist ein Beispiel für viele, das zeigt, daß hier ein Gesinnungszwang, Parteibuchwirtschaft herrschen, was wir alle abbauen wollen. Lieber Kollege Dipl.-Ing. Schaller, so einseitig darf man es nicht machen. (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Ich habe nur beanstandet, daß Posten mit Nichtfachleuten besetzt worden sind!“) Sie haben ganz deutlich gesagt, alle haben das Parteibuch der SPÖ. Sie haben es so dargestellt, daß dort, wo wir regieren, alle Kollegen das Parteibuch der SPÖ haben. Sie haben es gesagt, Sie können es im Protokoll dann nachlesen.

Ein Zweites, ein Vorgang der letzten Wochen, der mir zu denken gibt. Wir ersuchen immer Schulleiter oder Lehrer, daß sie mit Erreichen der Altersgrenze in Pension gehen, daß sie den jungen Lehrern Platz machen. (Abg. Pörtl: „So ein Blödsinn!“) Blödsinn ist es keiner, es ist die Wahrheit. Auf der anderen Seite erleben wir, daß der Hofrat Dr. Scheiber, der jetzt 65 Jahre geworden ist, wieder auf einen anderen Posten rückt. Hier wird demonstriert, daß man diesen Weg nicht geht. (Abg. Brandl: „Das macht die ÖVP häufig!“) Ich bin nicht sehr glücklich darüber, muß ich sagen, daß ein 65jähriger, der in Pension geht, dort dann Landesschulratspräsident wird. Man sollte auch

hier mit gutem Beispiel vorangehen und vor allem den Junglehrern zeigen, daß man hier einen einheitlichen Weg beschreitet. (Abg. Brandl: „Altziebler ist auch so ein Beispiel!“)

Zum Schluß, Kollege Dipl.-Ing. Schaller, Sie haben einige Beispiele aufgezählt. Darf ich nur eine Frage an Sie richten? Es gibt ein Sprichwort: „Wenn man im Glashaus sitzt, soll man nicht mit Steinen werfen.“ Ich will auch gar nicht polemisch sein, wie Sie es waren, aber ich frage Sie, wie lange haben Sie unterrichtet als Lehrer im landwirtschaftlichen Bereich, bevor Sie Landesschulinspektor geworden sind? (Abg. Dipl.-Ing. Schaller: „Ich habe unterrichtet!“) Hat es nicht vielleicht auch andere Kollegen dort gegeben, die viel mehr Praxis gehabt haben? Ich will diese Frage nur in den Raum stellen, um zu beweisen, daß auch in diesem Bereich hier Vorgänge – (Abg. Brandl: „Das war ein steiler Aufstieg!“) Wie lange haben Sie unterrichtet? Sie brauchen es nicht zu sagen, wir wissen es ohnehin.

Zum Schluß kommend. Ich bin froh, daß ich diese Zeichen am Horizont sehe, Objektivierung bei den Direktorenposten, auch im Landesdienst. Aber nicht nur die Direktorenposten, sondern auch die Einstellung der Junglehrer. Ich habe nichts davon, wenn nur die Direktorenposten objektiviert werden, auch bei den Neueinstellungen soll man einen Weg finden, hier mehr Demokratie und mehr Gerechtigkeit einzuführen. Dieser Gesinnungszwang im Schulwesen ist für die Jugend, die einmal unseren Staat übernehmen wird, sicherlich nicht gut. Wir wollen junge Menschen haben, die zu kritischen, couragierten Jungbürgern erzogen werden. Danke. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist Herr Landesrat Dipl.-Ing. Riegler. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dipl.-Ing. Riegler: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Wortmeldung des Abgeordneten Dr. Wabl veranlaßt mich, einige Sätze dazu zu sagen. Die Sache, die heute hier angesprochen wurde, ist eigentlich sehr ernst. Was Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Schaller aufgezeigt hat, ist nur die Spitze eines Eisberges der personalpolitischen Willkür (Abg. Dr. Strenitz: „Der ÖVP!“), deren sich der Herr Minister Haiden seit Jahren befleißigt, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.)

Mit einer Systematik, die gar nicht mehr überbietbar ist, werden Fachleute nicht berücksichtigt und berufs-fremde Personen bestellt, was letztlich zum Schaden der Aufgabe und zum Schaden der österreichischen Bauernschaft sich auswirken muß. Von der Frage der Demokratie, der Objektivierung, von der heute hier gesprochen wurde, gar nicht zu reden. Ich darf Ihnen eines sagen: Auch vielen Kollegen der Sozialistischen Partei auf Bundesebene ist der Stil unangenehm, den sich der Herr Minister Haiden seit Jahren anheimstellt. (Abg. Brandl: „Das müssen Sie dazusagen!“) Es wäre daher durchaus angebracht, wenn Sie eine Wortmeldung, wie die, die sehr sachlich die Fakten aufgezeigt hat, zum Anlaß nehmen würden, um darüber nachzudenken. (Abg. Brandl: „Muß er Namen nennen, die Leute schlecht machen?“) Es sind nicht die Leute schlecht gemacht worden, sondern die politische Vor-

gangsweise des Herrn Minister Haiden. Die Leute können nichts dafür. Es sind ordentliche Leute, aber sie werden in anderen berufs-fremden Bereichen eingesetzt. Was würden Sie sagen, wenn in einer Handelsakademie jemand zum Einsatz kommt, der für eine landwirtschaftliche Haushaltungsschule ausgebildet wurde? Darum geht es. Um ein Mindestmaß an Objektivität im Interesse der Aufgabenstellung.

Ich möchte ein Zweites noch sagen. (Abg. Dr. Strenitz: „Bei der ÖVP-Personalpolitik gibt es viel zu sagen in diesem Land!“) Wir werden bei der Landwirtschaftsdebatte noch darauf zurückkommen müssen. Was derzeit der Bauernschaft zugemutet wird im Bereich der personellen Entscheidungen, im Bereich der Diskriminierung der Interessensvertretung – es ist über die Beraterfinanzierung gesprochen worden –, im Bereich der Einkommensverschlechterung, ist geeignet, um zu einer entsprechenden politischen und sozialen Spannung zu führen, die wir alle miteinander nicht haben möchten. Ich sage Ihnen das, weil wir die Stimmung in der Bauernschaft sehr genau kennen. Es gehört zur politischen Verantwortung und zum politischen Augenmaß dessen, der die Mehrheit und der die Macht in der Bundespolitik repräsentiert, zu wissen, was den einzelnen Bevölkerungsgruppen zugemutet werden kann und was nicht. Darüber sollten Sie nachdenken. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist Herr Landesrat Dr. Heidinger. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dr. Heidinger: Herr Präsident, Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

In der Gruppe 2 nimmt das Berufsschulwesen einen nicht ganz unbedeutenden Platz ein. Es haben drei Abgeordnete speziell dazu das Wort ergriffen, und ich möchte in gebotener Kürze darauf eingehen, obwohl gerade die Frage der Jugendbeschäftigung durch unsere Ansätze erst in der Gruppe 7 beziehungsweise 78 sozusagen finanziell abgedeckt ist. Herr Abgeordneter Dr. Dorfer, das nicht unbekannte Lied mit dem Lehrlingszentrum in Graz: Ich hoffe, wir werden es lösen können, obwohl es leider seitens des Landesfinanzreferates bei der Kürzung der allgemeinen Förderungsansätze eben wieder zu einer zehnprozentigen Reduktion gekommen ist.

Der Herr Abgeordnete Halper hat die durchaus erfreulichen und von uns anerkannten Leistungen der Arbeitsmarktverwaltung hervorgehoben. Ich darf dazu, der Gruppe 78 vorgreifend, nur ganz kurz in Erinnerung rufen, daß der Herr Landeshauptmann 1983 das Jugendbeschäftigungsprogramm initiiert hat. Damals mit 10,2 Millionen Schilling im außerordentlichen Haushalt dotiert, inzwischen im heurigen Budget auf 12 Millionen Schilling angehoben und für 1986 mit 15 Millionen Schilling dotiert. Ich möchte aber nicht verschweigen, daß trotz der zeitgerechten und korrekten Anträge der Abteilung diese Position im Entwurf des Landesfinanzreferenten überhaupt nicht aufschien und wir erst in den politischen Verhandlungen in der Regierung diese Post wieder zur Dotation brachten. Sie wollen daraus ersehen, daß uns diese Frage mindestens genauso ernst ist wie Ihrer Fraktion. Wir haben damit auch einige spezielle Programme finanziert, und damit komme ich auf das, was der Herr Abgeordnete Kohlhammer gemeint hat in einem sehr beachtlichen

Beitrag über die Frage der Berufsausbildung beziehungsweise der Ausbildung schlechthin unter Verwertung im Leben und im Beruf. Abgesehen davon, daß alle Weisen mit Rücksicht auf die rasche Änderung in der Wirtschaft die Meinung vertreten, daß im Schnitt jeder innerhalb seines Lebens einmal, zweimal die Berufsrichtung wechseln muß, glaube ich, daß gerade die duale Ausbildung am ehesten das hervorbringt, was dann auch in der Wirtschaft gefragt wird. Denn in Sparten, die schrumpfen oder die keine Zukunftsaussichten haben, wird als erstes die Lehrlingsaufnahme eingestellt. Natürlich ist nicht jeder berufen, das dann in der Praxis auszuüben, was er vielleicht, mehr oder minder gezwungen aus regionalen Zufälligkeiten, erlernt hat. Aber im allgemeinen ist die Richtung bei der dualen Ausbildung die, die am ehesten auch in der Praxis dann nachgefragt wird.

Ohne irgendwem einen Vorwurf zu machen, ist meine Beobachtung, daß das ganze schulische Ausbildungssystem viel zu langsam auf die Notwendigkeiten der Praxis reagiert. Denken Sie nur an die Schmerzen, die jetzt gerade mit der überstürzten EDV-Ausbildung in den allgemeinbildenden höheren Schulen gegeben sind, während wir im Berufsschulwesen hier ständig Änderungen haben und die ständige Anpassung der Lehrpläne und Lehrinhalte in einer raschen Reaktion erfolgt, die natürlich auch entsprechende Mittel erfordert.

Und daher ist es auch kein Wunder, daß wir eine fünfzehnprozentige Steigerung, also weit über die budgetmäßigen Steigerungen innerhalb des Ansatzes des Berufsschulreferates, haben. Die Daten, die ich vorbereitet habe, möchte ich mit Rücksicht auf die fortgeschrittene Zeit hier dem Hohen Haus nicht vortragen. Ich glaube, es genügt, in Erinnerung zu rufen, daß rund 30.000 Berufsschüler von etwa 600 Lehrern im Schuljahr 1984/85 unterrichtet wurden und daß wir dies in 28 Berufsschulen tun. Ich möchte allen, die am Berufsschulwesen mitwirken, und das sind nicht nur die Lehrer, das sind nicht nur die Schüler, die dort ausgebildet werden, das sind selbstverständlich auch die Lehrherren, das besondere Engagement der Handelskammer auch im Bereich der Internate hat ja der Herr Abgeordnete Dr. Dorfer hervorgehoben, ich möchte all jenen danken. Sie sehen aus den Budgetansätzen, daß wir vor allem im Bereich der Sportausbildung doch wieder einen zusätzlichen Schritt weitergekommen sind. Ich darf daher bitten, daß Sie den Ansätzen der Gruppe 2 Ihre Zustimmung erteilen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist Herr Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Abgeordneten Kröll, Hammer und vor allem Dr. Maitz haben dankenswerterweise vieles aufgezählt. Ich darf ergänzend folgendes sagen: Das Sportbudget 1986 konnte nach wirklich langen und intensiven Verhandlungen erstellt werden. Man muß sich dazu bekennen. Es ist ein gutes Sportbudget, wenngleich es im ordentlichen Haushalt generelle Kürzungen der Förderungsansätze von 10 Prozent und im außerordentlichen Haushalt sogar von 20 Prozent gegeben hat.

Ich darf Ihnen aber noch ganz schnell einen Rückblick mitteilen. 1985 sind mir knapp 300 Förderungsansuchen zugegangen. Die allermeisten dieser Ansuchen konnte ich einer positiven Erledigung zuführen, wenn auch natürlich nicht im erwünschten Ausmaß, so aber trotzdem auch nicht in einem Gießkannenprinzip. Eine Übersicht gibt über den Förderungswerber nähere Auskunft. Es waren nämlich 54 Prozent aller Förderungsansuchen von den Vereinen der drei Dachverbände Union, ASKÖ und ASVÖ gestellt. 23 Prozent der Ansuchen entfallen auf Gemeinden der Steiermark, 15 Prozent aller Anträge kamen von verbandslosen Vereinen, die keinem Verband angehören, und 8 Prozent der Förderungsansuchen entfallen auf Fremdenverkehrsvereine, die auch starke sportliche Zielsetzungen verfolgen. Meine Damen und Herren, auf Grund jahrelanger Gepflogenheiten werden der Landessportorganisation Steiermark, damit auch den Dach- und Fachverbänden, beachtliche Mittel des Landessportbudgets zur Verfügung gestellt. Im heurigen Jahr hat auch bei diesen Beträgen natürlich der Rotstift Kürzungen gemacht. Ich freue mich ganz besonders, mitteilen zu dürfen, daß durch Aufstockungen im Verhandlungsweg einerseits und durch Umschichtungen innerhalb des Sportbudgets andererseits es möglich war, daß dieser Anteil des Sportbudgets für die Landessportorganisation nicht gekürzt werden mußte, sondern sogar geringfügig erhöht werden konnte. Erhöht vor allem deshalb, weil es mir ein besonderes Anliegen ist, daß die Fachverbände eine fünfundzwanzigprozentige Aufstockung ihrer bisherigen Mittel im Rahmen dieses großen Postens erhalten können, und das vor allem deshalb, weil, wenn wir wieder mit dem Spitzensport vorankommen wollen, dann ein ganz wesentlicher Bestandteil davon sein muß, daß die Fachverbände etwas bessere Förderungsmöglichkeiten für ihre hoffnungsvollen Spitzenathleten haben. (Beifall bei der ÖVP.) Es wurde erstmals in den außerordentlichen Haushalt auch die Förderung eines internationalen Bundesfestspieles verankert. Für die internationalen ASKÖ-Bundeswettkampfspiele 1987 in Graz ist somit vorgesorgt in einer sehr beachtlichen Höhe, und wir haben bei dieser Gelegenheit natürlich auch gleichzeitig vereinbart, daß für ähnliche Veranstaltungen der anderen Dachverbände dasselbe in Zukunft zu gelten hat.

Für die Bedeckung, und das ist, glaube ich, ganz wichtig, es ist heute schon über die grenzüberschreitenden Nachbarschaftsbeziehungen gesprochen worden, der internationalen Sportgrenzveranstaltungen 1986 mit Slowenien, Kroatien sind auch die entsprechenden Mittel vorgesorgt, und für den Schulsportgrenzverkehr Steiermark mit dem Komitat Vas ebenso. Ich möchte mich dafür und vor allem an dieser Stelle bei Landeshauptmann Dr. Krainer sehr herzlich bedanken, denn er hat durch sein großes Verständnis für die Anliegen des steirischen Sports wesentliche Impulse im Verhandlungsweg ermöglicht. Der Landeshauptmann hat 1985 noch wesentliche Nachbedeckungsmittel zur Verfügung stellen können, die dem Sportstättenbau steirischer Vereine und Gemeinden zusätzlich zugute gekommen sind. Überdies, und das wird sonst in die Berechnungen nie einbezogen, soll einmal erwähnt werden, werden durch den Landeshauptmann die Bedarfszuweisungsanteile für 408 steirische Gemeinden für Zwecke der Sportförderung im Rah-

men der Gemeinde im Jahre 1986 von 15.000 Schilling je Gemeinde auf 20.000 Schilling erhöht. Dadurch werden dem steirischen Sport zusätzlich 8 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt.

Meine Damen und Herren! Ich habe die Absicht, meine Sportpolitik künftig auch so auszurichten, daß Sporteinrichtungen der gesamten steirischen Bevölkerung in zumutbarer Entfernung angeboten werden können. Ich habe hier meine Erfahrungen bei den zwölf Bezirkssportplätzen, die ich in der Stadt Graz in den letzten zehn Jahren errichtet habe, gesammelt, und es soll dem einzelnen auch dann eine Sportausübung möglich gemacht werden, wenn er nicht unbedingt einem Sportverband oder einem Verein angehören will, wobei ich aber ausdrücklich auf die wertvolle freiwillige und idealistische Tätigkeit der Sportfunktionäre aller steirischen Vereine hinweisen möchte und auch bestätigen möchte, was ein Redner gesagt hat, daß es ohne diese Funktionäre vieles im steirischen Sport überhaupt nicht geben würde. Im übrigen gibt es sehr viel zu tun im steirischen Sportgeschehen, und kurzfristige, mittelfristige und langfristige Maßnahmen sind zu setzen. Ich bin dabei, Realisierungsvorschläge zu erarbeiten. Abschließend möchte ich mich nochmals bei allen Funktionären, Mitarbeitern und Sportlern, bei den Verantwortlichen der Fach- und Dachverbände, den Repräsentanten der Landessportorganisation unter der derzeitigen Geschäftsführung von Präsident Hofrat Dr. Brauchhart und auch seinem anwesenden Kollegen, dem ASVÖ-Präsidenten Dr. Peer, dem steirischen Skiverband unter der Führung von Präsident Winkl. Hofrat Dr. Straub, den Mitarbeitern des Sportreferates der Landesfremdenverkehrsabteilung unter der Führung von Hofrat Dr. Hermann für ihre verantwortungsvolle Arbeit im Dienste des steirischen Sports sehr herzlich bedanken. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth. Ich erteile es ihm.

Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Gruppe 2 bestreicht ein weites Feld. In diesem Feld gibt es auch den Kindergarten, die Schule, die Jugendarbeit und die Erwachsenenbildung. In aller Kürze gestatten Sie mir eine Stellungnahme zu diesem Ressort und zu einigen Äußerungen der Damen und Herren Abgeordneten.

Es ist schon Usus, die Stellungnahme zu dieser Gruppe mit einer kurzen Statistik zu beginnen. Ich möchte es auch heute so halten. Alle, die sich um Kinder und Jugendliche kümmern und die beruflich mit ihnen in Verbindung sind, und schon gar jene, die auf eine Anstellung hoffen, interessiert natürlich in erster Linie die Geburtenziffer des laufenden Jahres. Wir verfolgen sie, wie immer, auch dieses Jahr, und ich kann Ihnen sagen, daß wir leider noch nicht aus dem Geburtental heraus sind. Das Jahr mit der tiefsten Geburtenziffer seit dem Pillenknicke war in der Steiermark bisher das Jahr 1984, also das vergangene Jahr, und nach der Hochrechnung werden es in diesem Jahr etwa 415 mehr Geburten sein als 1984, aber trotzdem ist anzunehmen, daß dieses Jahr noch immer das

zweitschlechteste seit dem Jahre 1970 sein wird. Das heißt, wir haben noch immer Probleme, noch immer Kinderziffern für die nächsten Jahre, die uns aus den Problemen für Kindergärtnerinnen, für Lehrer, für Professoren nicht herausbringen. Auf der anderen Seite ist trotzdem nach wie vor ein steigendes Interesse an den Kindergärten zu beobachten. Wir haben in diesem Jahr ein Dienstrecht für die Kindergärtnerinnen beschlossen. Es wurde aus diesem Anlaß auch über die hervorragende Arbeit an diesen Kindergärten gesprochen. Das kann man nur noch einmal unterstreichen, und ich werde mich im einzelnen nicht mehr darüber verbreiten. Ich möchte nur sagen, daß wir im Vergleich zum vorigen Jahr acht Kindergärten mehr in der Steiermark haben. Es wurden zwar auf der einen Seite neun Gruppen stillgelegt, aber dafür 28 neu gegründet, so daß wir ein Plus von 19 Kindergartengruppen gegenüber 1984 haben, in denen um 912 Kinder mehr als im vergangenen Jahr aufgehoben sind. 20 Kindergärtnerinnen konnten dadurch auch zusätzlich gegenüber 1984 beschäftigt werden. Die Zahl der Kinder, die derzeit in den steirischen Kindergärten in diesem Jahr untergekommen sind, ist 21.817.

Bei den Pflichtschulen haben wir das bekannte Minus. Es sind 1343 Schüler weniger gegenüber dem vergangenen Schuljahr. Daher auch 126 Klassen minus. Es wird, und man kann wirklich ohne Eigenlob sagen, von der Rechtsabteilung 13 und vom Landesschulrat alles unternommen, um die Teilung der Klassen und den Dienstpostenplan so zu halten, daß wirklich ein Maximum an Chancen für die Lehrer und Lehrerinnen, die Stellen suchen oder ihre Stellung in der Steiermark halten wollen, besteht, und das gilt auch wiederum für dieses Jahr. All diese Bemühungen sind wirklich erbracht worden und mit großem Erfolg, aber selbstverständlich sind der ganzen Sache dann letzten Endes Grenzen gesetzt. Zuletzt spricht noch ein entscheidendes Wort das Finanzministerium, denn nach dem Fiananzausgleichsgesetz berappt ja die Bundesregierung im Augenblick die Gehälter für die Pflichtschullehrer. Man kann sich vorstellen, daß diese Hürde nicht ganz einfach zu nehmen ist, aber alles, was nur irgendwie möglich ist, wird weiter versucht und getan werden. Darüber hinaus, und auch das ist schon im Haus gesagt worden, gibt es schon verschiedene Modelle von Beschäftigungen für absolvierte Lehrer und Lehrerinnen, die auf diese Weise, meistens im Zusammenwirken mit der Arbeitsmarktverwaltung, wenigstens auf eine begrenzte Zeit, auf ein Jahr, manchmal auch länger, eine Überbrückung bekommen in der Hoffnung, daß sie nach einer gewissen Wartezeit doch eine Stelle bekommen können. Da funktioniert die Kooperation allseits sehr gut. Das kann man nur unterstreichen, auch mit der Erwachsenenbildung, auch mit unserem Joanneum beispielsweise, wo auch solche Lehrer eingesetzt werden, und nicht zuletzt auch mit der Wirtschaft. Es hat ja dankenswerterweise über die Handelskammer die steirische Wirtschaft sich in einzelnen Betrieben dazu bereit erklärt, ein Wirtschaftspraktikum für absolvierte Lehrer einzurichten.

Nun, meine Damen und Herren, natürlich besteht Schule nicht nur aus Zahlen. Sie besteht auch aus Inhalten. In diesem Jahr hat die neue Hauptschule begonnen. Der Herr Abgeordnete DDr. Steiner hat

darauf hingewiesen. Natürlich wäre es verfrüht, irgendwelche Resultate bekanntgeben zu wollen. Man wird beobachten und sehen, wie sich dieses neue Modell bewährt. Meiner Meinung nach ist es ja noch dringlicher, und das schon seit einiger Zeit, immer wieder über die 15- bis 18jährigen nachzudenken. Es ist ein Faktum, daß wir eine Überzahl an AHS-Maturanten, also von Maturanten an allgemeinbildenden höheren Schulen, haben, die naturgemäß fast alle in die Hochschulen hineindrängen, und wir wissen, wie es um diese Hochschulen und um ihre Studentenzahlen bestellt ist.

Wäre die Auffächerung in der Phase der 15- bis 18jährigen im Hinblick auf mehr berufsbezogene Ausbildung mittlerer und höherer Anstalten größer, bin ich überzeugt, könnte dieser Flaschenhals etwas weiter sein, und diese Überlastung wäre nicht so mächtig. Das ist ein Problem, an das man sich leider nicht recht herangetraut hat und nicht recht herantraut, obwohl es dort wirklich Lösungsmöglichkeiten gäbe. Ich zitiere in dem Zusammenhang immer ganz gerne den derzeitigen französischen Unterrichtsminister, nicht wegen meiner bekannten Liebe zu Frankreich, nicht so sehr deswegen, sondern weil er auch Sozialist ist wie sein österreichischer Kollege Dr. Moritz, aber ganz andere Wege geht, die mir interessanter und zukunftsträglicher scheinen. Er verbindet in seinen Überlegungen einerseits einen großen Hang zur demokratischen Breite. Es wird dort davon gesprochen, daß in absehbarer Zeit 80 Prozent der Geburtenjahrgänge zu einer Matura oder maturaähnlichen Abschlußprüfung mit 17 oder 18 Jahren gelangen sollen. Das ist eine ganz neue Entwicklung und bedeutet natürlich eine viel stärkere Auffächerung. Das sind eben nicht nur AHS-Schulen nach österreichischem Modell. Und auf der anderen Seite aber nimmt er völlig ungeniert und ohne jeden Komplex immer wieder das Wort von den Eliten in den Mund und sagt, wir in unserem Land, in diesem Fall also Frankreich, brauchen unsere Köpfe, brauchen unsere Begabungen, unsere talentierten Menschen. Wir müssen Eliten ausbilden. Wir brauchen Eliteschulen, wir brauchen Eliteklassen, und es wird auch danach gehandelt. Und das ist absolut vereinbar mit der anderen Ansicht, daß der weite demokratische Zugang für jeden Buben und jedes Mädchen auch an der Basis gesichert sein muß. Ich glaube, es ist an der Zeit, in dieser Hinsicht auch in Österreich umzudenken, denn letzten Endes sind unsere Begabungen und unsere Talente ja Österreichs bestes Kapital für die Zukunft.

Meine Damen und Herren, noch ein Wort im Zusammenhang mit der Schule und dem Kindergarten. Nicht nur Ziffern und nicht nur Inhalt und nicht nur Strukturen sind wichtige Probleme, sondern auf eines muß ich auch noch hinweisen. In den Diskussionen mit den Menschen, die dort arbeiten, hört man immer wieder leider in zunehmender Weise die Feststellung, wir haben in unserer Gruppe, in unserer Klasse immer mehr Probleme mit Kindern, die ihrerseits Problemkinder sind. Kinder, die einen gestörten Eindruck machen, Kinder, die entweder sehr aggressiv sind und äußerst unruhig und unfähig sind, sich zu konzentrieren, auf der anderen Seite solche, die sich extrem in sich selber hineinverkröchen und absondern und fast autistisch sind in ihrem Gehaben. Es ist immer wieder die Frage,

woher, was sind die Gründe hierfür, und natürlich kommen sie von außen und werden von außen in die Schule hineingetragen. Es kann die Schule nicht alle Probleme lösen, und es sind sehr oft Probleme, die deswegen entstehen, weil eben die Kinder zu Hause in einer Atmosphäre aufwachsen, die ihrer Persönlichkeitsbildung nicht förderlich ist, weil Eltern im Streit miteinander leben oder weil sie im Streit leider voneinander geschieden sind, weil die Kinder herumgeschickt werden von Onkeln zu Tanten und von Großmüttern zu Großvätern und keine Ruhe finden und vielleicht nur vor dem elektronischen Babysitter, vor dem Fernseher, letzten Endes ihre Tage oder ihre Stunden verbringen, außerhalb der Schule. Wir müssen immer wieder daran denken, wir müssen immer wieder zur Besinnung aufrufen, daß wir als Erwachsene den Kindern gegenüber verantwortlich sind. Wir sind ihnen menschlich verantwortlich, aber wir sind natürlich auch der Gesellschaft gegenüber verantwortlich, denn letzten Endes ist ja ein solches problematisches Kind unter Umständen der Delinquent von morgen, der Süchtige von morgen, der Kranke von morgen und damit sowohl auch eine Belastung für die Gesellschaft. Wir dürfen nicht vergessen, daß wir in dieser Welt voller materieller Sorgen auch immaterielle Werte brauchen; der junge Mensch, das Kind brauchen sie auch. Viktor Frankl, der große Psychotherapeut in Wien, hat sicherlich recht, wenn er sagt, einer der größten Fehler unserer Gesellschaft ist, daß sie so wenig sinnstiftend erscheint. Der Mensch braucht Lebenssinn, braucht Lebensziele. Wenn er sie nicht hat, verfällt er in Langeweile, in Öde, und aus dieser Langeweile und aus dieser Öde entstehen wiederum seelische Krankheiten, die für ihn selbst und für seine Umgebung sehr schlimm sein können. Es ist daher Bildungsarbeit sehr wichtig, aber vieles muß in Wahrheit zu Hause geschehen.

Bildungsarbeit in der Schule ist sehr wichtig, aber auch in der Erwachsenenbildung, auch darauf weise ich nur mit einem Satz hin, Herr Kollege DDR. Steiner hat das ja stärker ausgeführt. Wir müssen auch den Männern und Frauen dankbar sein, die auf diesem Gebiet in der Steiermark tätig sind. Und natürlich auch in der außerschulischen Jugendarbeit. Schwab und Kirner haben darüber gesprochen. Großartige Leistungen, die es im ganzen Land gibt, in kleinen Gruppen oder bei großen Veranstaltungen. Letzten Endes von Erwachsenen hineingetragen in die Welt der Jugend als eine Hilfe, daß sich die jungen Menschen eben selber ein Ziel setzen, Ziele setzen, ein sinnerfülltes Leben finden können. Nicht nur in der Arbeit, sondern noch viel mehr daneben in ihrer freien Zeit. Dafür arbeiten sehr viele Menschen im ganzen Land.

Es ist ein guter Brauch am Ende dieser Budgetgruppe, ihnen Dank zu sagen, den Lehrern und Lehrerinnen, den Erziehern, den Erzieherinnen, den Männern und Frauen, die in der Jugendarbeit, in Jugendgruppen, ob alt oder jung, tätig sind. Ich möchte natürlich auch unseren Beamten danken, meiner Rechtsabteilung 13, Herrn Hofrat Dr. Urabic mit seinem Team, das für die Pflichtschulen in der Steiermark sehr, sehr viel Arbeit zu leisten hat, auch der Kindergartenabteilung, Herrn Oberregierungsrat Dr. Emberger und den Inspektorinnen, die wirklich mit großem Engagement auf diesem Gebiet der Steiermark tätig sind. Es gehört dazu auch das Landesjugendreferat.

Herr Hofrat Dr. Rajakovic mit seinen Mitarbeitern leistet auch sehr, sehr viel, um in einer sehr elastischen, eleganten und offenen Weise möglichst viel Partnerschaft im ganzen Land für junge Menschen aufzubauen. Diesen Dank personifiziere ich mit einem persönlichen Dank an einen Herrn, der dieses Landesjugendreferat in diesem Jahr verläßt, weil er in Pension geht. Er kann leider persönlich nicht anwesend sein, er war dienstlich heute in Wien verpflichtet und hat es sehr bedauert, daß er offenbar nicht früh genug nach Graz zurückkommen kann, aber in Abwesenheit möchte ich doch ein kurzes Wort des Dankes sagen für Fritz Frank, Regierungsrat Fritz Frank, wer ihn kennt, der glaubt es kaum, daß es schon so weit ist, daß er in Pension gehen muß, er schaut noch so jung aus, und er ist auch wirklich noch so jung. Er ist ein Mann, der seit dem Jahre 1946, also seit 39 Jahren, dem Land Steiermark treu gedient hat. Davon 32 Jahre im Landesjugendreferat, in das er mit dem früheren Landesjugendreferenten, Prof. Moser, eingetreten ist. Er hat eine Unzahl von Leistungen vorzuweisen, und ich nenne nur stellvertretend für viele Tätigkeiten in diesem Referat seine große Liebe zur Volksmusik und zum Volkstanz. Er hat diese Aktivitäten wirklich großartig gefördert. Auch knapp nach dem Krieg, in einer Zeit, in der das gar nicht so einfach gewesen ist, denn da waren diese Aktivitäten doch vielleicht ein bißchen in Mißkredit da und dort geraten, weil vorher das Regime der Nationalsozialisten sich zu stark ihres Ausdrucks, des Volksliedes und des Volkstanzes, bemächtigt hat. Er hat das aber mit seinen Mitarbeitern, ich möchte sagen, entschlackt und entstaubt, und wer heute zu einem Volkstanzfest, zu einem Volkstanzkränzchen, ob in Graz oder irgendwo in der Steiermark, geht, der weiß, daß sich die jungen Menschen, die sehr modern sind, sehr wohl fühlen in dieser Geselligkeit, in ihrer Tracht, mit dieser steirischen Musik und mit dieser Fülle von schönen und unterhaltenden steirischen und österreichischen alpenländischen Volkstänzen. Dafür hat Fritz Frank Enormes geleistet in jahrzehntelanger Arbeit. Er hat so vieles weitergegeben an andere, die das wiederum weitertragen und multipliziert haben im ganzen Land, daß man wirklich sagen kann, er hat hier eine breite Saat gestreut, die auch aufgegangen ist.

Dafür und für vieles andere, was er geleistet hat, möchte ich ihm von dieser Stelle aus sehr danken. In seiner offenen Weise ist er auch jederzeit weit über die Parteigrenzen hinausgegangen. Sie wissen das, und jeder, der mit ihm zu tun gehabt hat, kann das bestätigen. (Allgemeiner Beifall.) Wir hoffen, daß er mit uns noch verbunden bleibt, und wünschen ihm alles Gute für einen gesegneten Ruhestand, und damit danke ich nochmals allen Männern und Frauen, die in ähnlicher Weise wie er in der Steiermark wirken, und danke Ihnen, meine Damen und Herren, für Ihre Aufmerksamkeit in dieser späten Stunde. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Abg. Schwab: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich wiederhole meinen um 17.15 Uhr gestellten Antrag und ersuche um Annahme der Ansätze der Gruppe 2.

Präsident: Ich ersuche die Damen und Herren des Hohen Hauses, die mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 2 einverstanden sind, um ein Zeichen mit der Hand.

Die Gruppe 2 ist somit einstimmig angenommen.

Ich unterbreche die Beratungen bis morgen 8.30 Uhr. (Unterbrechnung der Sitzung um 22.15 Uhr. Wiederaufnahme am 5. Dezember 1985 um 8.30 Uhr.)

Präsident Zdarsky: Guten Morgen, sehr geehrte Damen und Herren!

Wir nehmen die gestern unterbrochene Sitzung wieder auf und gehen in die Spezialdebatte zur Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus, ein. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Hermann Ritzinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ritzinger: Sehr geehrte Frau Präsident, Hohes Haus!

Die Gruppe 3 umfaßt Kunst, Kultur und Kultus und enthält sieben wesentliche Ansätze, und zwar Musik und darstellende Kunst, Schrifttum und Sprache, Museen und sonstige Sammlungen, sonstige Kunstpflege, Heimatpflege, Rundfunk, Presse und Film und sonstige Kunstpflege. Die Einnahmen für 1986 wurden mit 16,493.000 Schilling präliminiert. Die Ausgaben dagegen mit 380,808.000 Schilling. Ich ersuche um Annahme der Ansätze der Gruppe 3.

Präsident Zdarsky: Als erstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Pfohl das Wort.

Abg. Dr. Pfohl: Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Der Voranschlag der Ausgaben des Landeskulturbudgets für 1986 ist um 23 Millionen Schilling oder knapp 6,3 Prozent höher als der des Vorjahres und liegt damit nicht unerheblich über dem durchschnittlichen Gesamtzuwachs der Ausgaben des Landesvoranschlages, der bei etwa 5 Prozent liegt. Wenn damit auch bei weitem nicht all die zahlreichen Wünsche erfüllt werden können, so müssen und sollen wir im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des Landes zufrieden sein. Insbesondere sollte das jene Institution sein, die insgesamt etwa 145 Millionen Schilling oder fast 40 Prozent des Gesamtkulturbudgets erhält, nämlich die Vereinigten Bühnen. Mit der Übergabe der neu errichteten Werkstätten und des renovierten Opernhauses ist auch ein neues Theaterübereinkommen zwischen dem Land Steiermark und der Stadt Graz in Kraft getreten, das die finanzielle Situation der Vereinigten Bühnen erheblich verbessert. Stolz hat die Theaterleitung vor einigen Wochen öffentlichkeitswirksam erklärt, die letzte Rate einer jahrelangen Bankschuld von 10 Millionen Schilling endlich getilgt zu haben, aber diskret verschwiegen, daß sie gleichzeitig beachtliche neue Schulden gemacht hat. Seit Jahren wird fast bei jeder Sitzung des Theaterrausschusses auf die Einhaltung des finanziellen Rahmens eindringlich hingewiesen. Nachdem der im Oktober dem Theaterrausschuß vorgelegte Voranschlag 1986 einen Abgang von etwa 6 Millionen Schilling ausgewiesen hat, wurde er vom Theaterrausschuß abgelehnt und ein neuer, ausgeglichener Voranschlag von der Theaterleitung verlangt. In den Erläute-

rungen zu diesem ist der erstaunliche Satz zu lesen: „Die Theaterleitung hat schweren Herzens zur Kenntnis genommen, daß die festgesetzten Budgetrahmen unabdingbar sind.“ Ich weiß nicht, ist das Hohn oder Unvermögen? Eine gute Theaterleitung, vor allem aber ein guter kaufmännischer Direktor muß sein Unternehmen – und, meine Damen und Herren, daß auch ein Theater ein Unternehmen ist, diese Erkenntnis hat sich längst durchgesetzt – so führen, daß seine Gestion im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten bleibt. Was bei einem kaufmännischen Unternehmen eine Bankrotterklärung ist, ist bei einem Theaterunternehmen das Eingeständnis, Produktionen streichen oder wesentliche künstlerische Einsparungen durchführen zu müssen. Das muß hier einmal eindeutig festgestellt werden. Im Klartext heißt das nämlich: Wir, die Theaterleitung, haben falsch geplant und nicht, wie der Öffentlichkeit dadurch suggeriert werden soll, der böse Theaterausschuß ist schuld, daß die beiden Gebietskörperschaften Land und Stadt nicht mehr Geld hergeben.

Die Verträge des Intendanten und des kaufmännischen Direktors laufen mit der Spielzeit 1989/90 aus. Eine weitere Verlängerung ist aus Altersgründen nicht vorgesehen. Daher ist besondere Vorsicht geboten, damit die Ära nach Dr. Nemeth und Dr. Tarjan ohne Schuldenbelastung begonnen werden kann. Planmäßig ist das Rechnungswesen der Vereinigten Bühnen verbessert und eine Kostenstellenrechnung eingeführt worden, so daß ein monatlicher Soll-Ist-Vergleich möglich wurde. Wie wir immer wieder feststellen, leider auch sehr drastisch in diesen Tagen, muß Kontrolle rechtzeitig einsetzen, um eventuelle Katastrophen verhindern zu können. Aus dieser Erkenntnis heraus haben wir, der Landtag, im Rahmen des Landesrechnungshofes mit großem Erfolg die begleitende Kontrolle eingeführt, über die ich im Budgetkapitel Allgemeine Verwaltung gestern berichtet habe. Analog dazu hat der Theaterausschuß in seiner letzten Sitzung beschlossen, eine solche begleitende Kontrolle der Gebarung der Vereinigten Bühnen durch einen gerichtlich beeideten Sachverständigen für das Buch- und Rechnungswesen einzuführen, um monatlich ein ungeschminktes Bild über die finanzielle Lage der Vereinigten Bühnen zu haben. Diese Kritik an der kaufmännischen Gestion soll die Beurteilung der künstlerischen Leistung der Vereinigten Bühnen nicht beeinträchtigen, wobei ich mir des Widerspruches in sich bewußt bin, denn gutes Theater ist natürlich leichter zu machen, wenn man den vorgegebenen finanziellen Rahmen nicht einhalten muß. In die Berichtsperiode ist Anfang dieses Jahres die Opernwiedereröffnung gefallen. Etwa gleichzeitig ist auch die Wiedereröffnung der Theater in Zürich, Bern, Budapest und Dresden erfolgt. Im Vergleich hat Graz hervorragend abgeschnitten, schon allein durch die mutige Entscheidung des Intendanten, eine längst vergessene Barockoper des steirischen Komponisten Johann Joseph Fux aufzuführen. Dafür und für so manch andere gute Opern- und Schauspielaufführung in diesem Jahr sei der Theaterleitung Dr. Nemeth, Dr. Tarjan und Dipl.-Ing. Koßdorff, aber ganz besonders den Künstlern gedankt. Der Dank gilt natürlich auch dem technischen Bühnenpersonal und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Vereinigten Bühnen, die den reibungslosen Spielablauf ermöglicht haben.

Abschließend zum Thema Vereinigte Bühnen möchte ich nur darauf hinweisen, daß unser nächstes Sorgenkind das Schauspielhaus sein wird, wenn wir nicht ähnliche Zustände einreißen lassen wollen, wie sie beim Opernhaus gewesen sind. Wir dürfen nicht vergessen, daß 21 Jahre auch an einem Theater nicht spurlos vorübergehen.

Kurz zum Musikverein für Steiermark. Er hat in der Saison 1984/85 40 Konzerte veranstaltet, die von 39.207 zahlenden Besuchern frequentiert wurden. In der Saison 1984/85 wurde jede verkaufte Karte mit 58 Schilling subventioniert, wozu noch die indirekte Subventionierung durch die Dienste des Grazer Philharmonischen Orchesters kommt. Das Eigenaufkommen des Musikvereines war in dieser Saison außerordentlich hoch. Die zur Verfügung gestellte Subvention von rund 2,4 Millionen Schilling ist nicht nur widmungsgemäß verwendet, sondern auch für die Förderung der musikalischen Jugend genützt worden. Um bei der Musik zu bleiben: Das neue Festival Styriarte. Es hat zwei Wurzeln. Einerseits geht es auf eine Anregung des seinerzeitigen Wirtschafts- und Fremdenverkehrslandesrates Dipl.-Ing. Hans-Georg Fuchs zurück, der gemeinsam mit dem Landeskulturreferenten Landesrat Prof. Kurt Jungwirth Überlegungen anstellte, wie das touristische Sommerloch mit einer hochwertigen künstlerischen Veranstaltung gefüllt werden könnte. Andererseits beschloß die Steiermärkische Landesregierung über Antrag von Prof. Jungwirth, den Joseph-Marx-Musikpreis des Landes Steiermark im Jahre 1982 an den Steirer Nikolaus Harnoncourt zu verleihen. Die feierliche Preisverleihung und das große Abschlußkonzert des Erzherzog-Johann-Jahres mit Händels „Alexanderfest“ waren ein guter Anlaß für Prof. Kurt Jungwirth, mit Nikolaus Harnoncourt über eine mögliche Bindung an seine Heimatstadt zu konferieren. Im April 1984 zündete der Festival-Gedanke: Nikolaus Harnoncourt erklärte seine Bereitschaft, schon im Sommer 1985 für eine größere musikalische Veranstaltung in Graz zur Verfügung zu stehen und darüber hinaus bis 1988 des Kern des neuen Festivals in Graz zu bilden. Die Styriarte war geboren. Vom 23. Juni bis 6. Juli ging die Styriarte 1 über die Bühne. Ein Anlaß zur Freude. Für 1986 ist ein großes Monteverdi-Programm geplant. Styriarte 2 wird am 19. Juni eröffnen und bis 12. Juli dauern.

Das Landesmuseum Joanneum feiert 1986 sein 175jähriges Bestehen. Aus diesem Anlaß ist eine gemeinsame Sonderausstellung aller Abteilungen geplant, die die Aufgaben und die Arbeit des Hauses vorstellen soll. Diese Jubiläumsausstellung soll auf der Grazer Frühjahrsmesse 1986 starten und dann durch die Bezirke wandern. Sie wird von einem entsprechenden Katalog begleitet sein. Die Kosten für das notwendige, neu anzuschaffende Ausstellungssystem, die Beleuchtung, Grafik, Ausstellungsgestaltung, Plakatwerbung und Begleitpublikation, werden teilweise aus dem heuer erhaltenen Europapreis abgedeckt.

Ich bleibe beim Thema Museum. In der Steiermark fehlt die Möglichkeit einer ständigen Präsentation zeitgenössischer Kunst. Im März 1984 brachte der bekannte steirische Maler Prof. Günter Waldorf eine Initiative in die Öffentlichkeit, die das Ziel hatte, ein „Steirisches Museum für moderne Kunst“ ins Leben zu rufen. Ein Jahr darauf lag die in mehreren Besprechun-

gen mit Grazer Künstlern und Kunstfachleuten erarbeitete Konzeption für eine Aufgabenstellung „Steirisches Museum der Moderne“ vor. Wie schon gesagt, es geht um Sammlung und Präsentation der steirischen zeitgenössischen Kunst, beginnend etwa 1945 oder mit 1960, das ist das Jahr, das den Beginn der neuen Tendenzen, die zu „Trigon“ und zum „steirischen herbst“ führten, signalisiert. Der gewählte zeitliche Einschnitt bestimmt auch gleichzeitig die Abgrenzung zur Neuen Galerie. Dieses „Steirische Museum der Moderne“ könnte auch die Aufgabe übernehmen, Kunst aus den „Trigon“-Ländern zu sammeln und zu präsentieren. So besitzt ja das Land Steiermark rund 300 interessante Werke als Resultat der internationalen Malerwochen. Dieses Museum könnte auch Sonderausstellungen größeren Ausmaßes präsentieren und die lästige Teilung von großen Ausstellungen zwischen dem Künstlerhaus und der Neuen Galerie vermeiden. Große internationale Ausstellungen können derzeit mangels Flächen überhaupt nicht nach Graz geholt werden. Weiters müßten in diesem „Steirischen Museum der Moderne“ auch die neueren Medien, Foto und Video, sowie Information über Architektur und Design Platz haben. Eine Galerie der Jugend ist weiter wünschenswert, so wie sie bisher im Keller des Künstlerhauses in Ansätzen existiert. Dazu kämen Räume für museumspädagogische Tätigkeiten und Veranstaltungen des Museums. In weiterer Folge entstand ein Raum- und Funktionsprogramm, das auch eine kluge Abgrenzung zur Neuen Galerie vorsieht. Als Standort kommt ein Teil des Areals am Karmeliterplatz bei der Grazer Burg in Betracht. Im Budget 1986 sind Mittel vorgesehen, um konkrete Planungsunterlagen erarbeiten zu können. Das Land ist nun am Zug.

Nun Themenwechsel. Sowohl die erfreuliche expansive Entwicklung des neuen Grazer Sommerfestivals Styriarte als auch der Wirbel um den gestörten Schlaf der Fledermäuse in der Semriacher Lurgrotte durch eine Veranstaltung des „steirischen herbstes“ zeigen die zwingende Notwendigkeit, ein geeignetes Veranstaltungsareal für Graz zu haben. Es wurde im Verlauf der vergangenen Jahrzehnte verabsäumt, die steirische Landeshauptstadt mit einem Veranstaltungszentrum auszustatten, das seine Darbietungen auch einem zahlenmäßig großen, überregionalen Publikum zugänglich macht, aber auch lokale Veranstaltungen mit großer Zuhörerschaft befriedigend abwickeln kann. Abgesehen von allen künstlerischen Aspekten, scheint es zur nötigen Belebung des Fremdenverkehrs einfach unerlässlich, nicht nur Veranstaltungen zu gründen, deren Inhalte überregionalen Ansprüchen genügen, sondern daß sie auch an eine ausreichende Anzahl überregionaler Besucher verkäuflich sind. Graz braucht ein solches Veranstaltungszentrum, und es wird auch schon die Frage des Standortes ventiliert. Vergessen wir nicht, war hier entstehen soll, sollte kein Adventdorf, sondern ein Architektur-Denkmal sein, das unsere Stadt für die Zukunft prägen und gestalten soll. Bei der Wahl des Standortes sollte nicht nur die Rentabilität eine Rolle spielen, sondern die Würde und Schönheit des Platzes und Baues entscheidend sein. Nicht wie eine Sportstätte an der Peripherie, sondern im Zentrum des Lebensraumes Graz sollte Kunst, welcher Zeit auch immer, ihre neue Stätte finden. Ob auf dem Schloßberg selbst, an seinem Osthang, im Pfauengarten oder auf dem Areal der Landesturnhalle,

der Bau muß sich in das Gesamtbild der Stadt einfügen. Es muß eine Halle für alle sein, wie eine Grazer Tageszeitung geschrieben hat.

Landeshauptmann Dr. Krainer hat bereits grünes Licht gegeben, Planungsunterlagen zu erstellen, dies allerdings unter der Voraussetzung, daß die Stadt Graz bereit ist, die Hälfte der Errichtungskosten sowie die gesamten Folgekosten eines solchen Veranstaltungszentrums zu tragen. Die Stadtgemeinde Graz hat auch schon einen Architekten beauftragt, ein Standortgutachten zu erstellen sowie Nutzungsvorstellungen von wichtigen Grazer Interessenten zu recherchieren. Zweifellos ist ein starkes Interesse an einer Nutzung durch folgende Institutionen geplant:

Das Grazer Kongreßzentrum kann Kongresse, die von mehr als 1500 Personen besucht werden, nicht mehr aufnehmen, vor allem auch nicht im Hinblick auf die damit oft notwendigen begleitenden Fachausstellungen, die ja wesentlich mitfinanzieren. Auch die Universität wäre an einer großen Halle interessiert, in der größere wissenschaftliche Veranstaltungen und wissenschaftliche Präsentationen durchgeführt werden könnten. Weiters hat der „steirische herbst“, der ja immer wieder mit vielen finanziellen Aufwendungen in unterschiedliche Räume ziehen muß, sein großes Interesse angemeldet. Hier ist nun die Stadt Graz am Zug.

Nun ein Themawechsel, die Landesausstellungen. Die steirische Ausstellungspolitik geht seit 1978 einen neuen klaren Weg, der in verschiedene Regionen unseres Bundeslandes führt. Waren die ersten Ausstellungen 1959, 1964, 1966, 1968 und 1970 noch ausschließlich auf Graz beschränkt, so gab es schon 1972 und 1974 mit den Themen „Bildung“ sowie „Baukultur“ erste Versuche, diese wichtigen Themen in der gesamten Steiermark gleichzeitig zu präsentieren.

Nach „Literatur in der Steiermark“, 1976 in Graz, ging der Kulturreferent mit der Ausstellung „Gotik in der Steiermark“ im Jahre 1978 erstmals in den Murauer Bezirk, nämlich nach St. Lambrecht. Dort wurden auf Anhieb über 100.000 Besucher angesprochen. Es folgten „Musik in der Steiermark“ in Admont mit rund 76.000 Besuchern, dann im Jahre 1982 die große „Erzherzog-Johann-Ausstellung“ in Stainz mit rund 230.000 Besuchern und schließlich im Jahre 1984 in Eisenerz die Landesausstellung „Erz und Eisen in der Grünen Mark“ mit 206.000 Besuchern.

Schon in Stainz, vor allem aber in Eisenerz haben die Menschen in der Region die Chance einer solchen Landesausstellung begriffen und im besten Sinne des Wortes „was daraus gemacht“: Durch die Initiative des Landes ist in Eisenerz ein herrliches altes Haus, der Kammerhof, mit einem größeren Aufwand restauriert worden, damit er nun in Zukunft auch der Stadtgemeinde für kulturelle Veranstaltungen zur Verfügung steht. Darüber hinaus wurden Impulse für die Verschönerung des Ortsbildes gesetzt – all das und eine Fülle von Rahmenveranstaltungen führten zu einer deutlichen Wiederbelebung der gesamten Region, und dieses Konzept steckt auch hinter den Standorten für die nächsten großen Landesausstellungen, nämlich 1986 in Schloß Herberstein und 1987 auf der Riegersburg.

Das Thema der Landesausstellung 1986 „Die Steiermark – Brücke und Bollwerk“ wendet sich dem Schicksal dieses Landes zu, das ja schon weit vor den

Römern eine umstrittene Randzone zwischen den Ostalpen und der Pannonischen Tiefebene war. Die große Geschichte der Steiermark im Mittelalter, in der Zeit der Türkenabwehr bis herauf zum Ende des Zweiten Weltkrieges wird in Herberstein dargestellt werden. Erfreulich ist die gute Kooperation des Kulturreferates mit dem Landesfremdenverkehrsreferat. Eine Frucht vieler Gespräche in einem „Arbeitskreis Kultur – Fremdenverkehr“ ist die großzügige gemeinsame Werbung für dieses historische Ereignis im Jahre 1986, das als Glanzlicht in der gesamten Oststeiermark auch wirtschaftliche Impulse setzen soll.

Die schon erwähnte Landesausstellung 1984 „Erz und Eisen in der Grünen Mark“ in Eisenerz hat auch eine langfristige strukturpolitische Initiative gebracht: Die Landesausstellung 1984 war der Anlaß, eine Trägerschaft zu entwickeln, die es sich zur Aufgabe machen wird, wertvolle industriearchaische Denkmäler entlang einer traumhaft schönen Naturlandschaft, die in Leoben beginnt und sich über den Präbichl hinauf in die sogenannte „Eisenwurz“ zur steirisch-oberösterreichischen Landesgrenze hinzieht, zu restaurieren und damit einen interessanten Bildungstourismus anzukurbeln. Der steirische Landeskulturreferent, Landeshauptmannstellvertreter Prof. Kurt Jungwirth, und der steirische Finanzlandesreferent Landesrat Dr. Christoph Klauser haben nunmehr gemeinsam mit den obersteirischen Abgeordneten Kurt Hammer von der SPÖ und Paul Burgstaller von der ÖVP eine Konstruktion ausgearbeitet, in die neben den Gemeinden entlang der steirischen Eisenstraße vor allem das Land Steiermark, aber auch der Bund entscheidende finanzielle Hilfen einbringen werden.

Es wird also in Kürze ein Verein gebildet, dem die Abgeordneten Hammer und Burgstaller vorsitzen, und unterstützt werden von Fachleuten des Landes und des Bundes, aber auch von Vertretern der regionalen Interessensverbände und der wichtigsten Montan- und Kulturvereine der Obersteiermark. Das Sanierungsprogramm wird nach ersten Schätzungen rund 20 Millionen Schilling betragen. Erste Vorleistungen, vor allem in Eisenerz und in Vordernberg, sind bereits abgeschlossen. Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth hat in der vergangenen Woche eine Million Schilling für wichtige Objekte entlang der steirischen Eisenstraße zur Freigabe in der Steiermärkischen Landesregierung beantragt. Sie kommt den Sicherungsarbeiten an der Burgruine Gallenstein zugute, aber auch einer Fassadenaktion in der Gemeinde Hieflau sowie mehreren Projekten in der alten Radwerksgemeinde Vordernberg. Es ist kein Zweifel, daß die Verbindung von Industriearchaische und naturräumlichen Schönheiten eine ganz neue Welle des sogenannten Bildungstourismus mobilisieren wird, die längerfristig dieser schwer geprüften Region nützen wird. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Der Herr Abgeordnete Kirner hat sich zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Kirner: Hochverehrte Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Gestatten Sie, daß ich Ihnen auch einen herzlichen Morgengruß entbiete, und man könnte sagen: Morgenstund' hat Kultur im Mund. Dem Kollegen Dr. Pfohl und mir geht es immer so: Am Abend, wenn wir die

letzten sind, ist fast niemand mehr unter den Zuschauern; in der Früh sind wir die ersten, und da ist fast noch niemand da. Dennoch nehmen wir gerne zum Problem Kunst, Kultur und Kultus Stellung. Über das Problem Eisenstraße wird ja mein verehrter Kollege Hammer, der Vorsitzende ist, sehr ausführlich berichten, nachdem wir ja beide seit vielen Jahren in dieser Projektgruppe tätig sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 18. Juni dieses Jahres konnte nach einem jahrelangen Ringen das Gesetz über die Förderung der Kultur in der Steiermark, das Kulturförderungsgesetz 1985, verabschiedet werden. Die gesetzliche Verlautbarung erfolgte nun endlich, darf man sagen, mit Landesgesetzblatt Nr. 87, Stück 20, vom 29. November 1985. Ich muß feststellen, es war wiederum ein langer Weg von der Beschlußfassung bis zur Verlautbarung. Ich hoffe aber, daß nun wenigstens die im Gesetz vorgesehene Frist zur Bestellung und Konstituierung des Landeskulturbereiches verkürzt werden kann.

Meine Damen und Herren! Wenn unser Landesfinanzreferent Dr. Christoph Klauser in seiner Budgetrede auch wertvolle kulturelle Aussagen tätigte, auf die große Landesausstellung 1986 „Die Steiermark – Brücke und Bollwerk“ im Schloß Herberstein bei Stubenberg hinwies, wie auch der verehrte Kollege Dr. Pfohl, und auch die bereits 1987 stattfindende Ausstellung auf der Riegersburg nannte, so möchte ich dennoch noch einmal mit Bedauern feststellen, ich habe bereits in der Fragestunde zuletzt den Herrn Landeskulturreferenten gefragt und das Bedauern zum Ausdruck gebracht, daß der Auftrag für das Plakat zu dieser Landesausstellung 1986 einem, wie man mir sagte, der ÖVP nahestehenden Graphiker aus Wien übertragen wurde, da laut Aussage des Landeskulturreferenten die steirischen Graphiker nicht fähig und ihre Entwürfe so schlecht waren, daß man sie nicht annehmen konnte. Ich muß wirklich noch einmal diese Frage stellen, wer für diese Abqualifizierung der steirischen Künstler berechtigt war.

Es wurde noch eine Sonderausstellung im Budget vorgesehen und genannt, und zwar die vom Landesmuseum Joanneum geplante Wanderausstellung. Der Anlaß hierfür ist, und das hat bereits Kollege Dr. Pfohl genannt, das 175-Jahr-Jubiläum, denn 1811 wurde das Joanneum als Stiftung Erzherzog Johanns gegründet und ist heute das älteste der Öffentlichkeit gewidmete Museum und zugleich das größte Landesmuseum Österreichs, das 1984, und darüber berichtete ich ebenfalls schon einmal, den Museumspreis 1983 des Europarates verliehen erhielt. Ich halte diese Konzeption als Wanderausstellung für besonders erfreulich und wichtig, damit auch die steirischen Bezirke, nicht nur die Landeshauptstadt, in den Genuß einer solchen Ausstellung kommen und so wiederum ein weiterer Teil der von der Sozialistischen Partei immer wieder geforderten verstärkten dezentralisierten Kulturpolitik im Lande ihre Erfüllung findet. Der Obersteirische Kulturbund in Leoben hat heuer schon im Oktober begonnen, aus diesem nächstjährigen Jubiläumsanlaß alle 14 Abteilungen, einschließlich der Außenstellen, in monatlichen Einzelvorträgen vorzustellen, wobei sich alle Abteilungsvorstände, einschließlich des Direktors, Wirkl. Hofrates Dr. Friedrich Waidacher, mit ganz besonderer Aufgeschlossenheit dieser Information

annehmen und aufzeigen, wie sehr das Museum der Ort der Anregung und der Begegnung sein kann. Ich darf in diesem Zusammenhang auch daran erinnern, daß ich bereits einmal das Modell der Steirischen Kulturinitiative „Lebendes Museum“ vorgestellt habe und, wie ich gelesen habe, findet dieses Projekt nun auch in der Stadt Graz für die Museen statt und soll weitergeführt werden auch für das Theater, um diese jungen Menschen mit diesem Ort der Begegnungsstätte bekanntzumachen. Schade, muß ich dazusagen, daß an einem dieser Montagtermine immer wieder die Fernsehserie „Die Schwarzwaldklinik“ läuft und den wirklichen Kulturinformationen für diese Abteilungen des Joanneums der Rang abgelaufen wird.

Meine Damen und Herren, ein Jubiläum, und zwar ein ganz besonderes, 195 Jahre Stadttheater Leoben, das älteste heute noch bespielte Theater Österreichs, fand im Landesvoranschlag leider nur als verminderte Voranschlagspost Beachtung. Dieses 1790 mit großen Opfern erbaute und, wie es heißt, der Wohltätigkeit und dem Vergnügen gewidmete Theater hat eine faszinierende Geschichte hinter sich und erfüllt auch in der Gegenwart unter Direktor Horst Zander eine große kulturelle Aufgabe, zu der sich die Stadtgemeinde Leoben gerne bekennt. Aus der überaus interessanten Chronik möchte ich nur zwei Aufzeichnungen sozusagen zum Nachdenken nennen. 1801 gab es besondere Schwierigkeiten. „Den im öffentlichen Dienst stehenden Beamten war die Mitwirkung bei den Laienspielen in diesem Theater verboten. Man fürchtete ihre Diskriminierung durch schlechte Kritiken und Vernachlässigung ihrer Amtsgeschäfte“ heißt es wörtlich. Letzteres soll ja angeblich auch heute noch dort und da vorkommen. 90 Jahre später packte die Stadtväter der Ehrgeiz, und das Theater sollte Großstadtformat erhalten, und hier ist wiederum vermerkt: „Schon der Frauen wegen, deren einziges Vergnügen das Theater ist, müsse es zu einem menschenwürdigen Aufenthalt gemacht werden.“ Ende dieser Ausführung. Es geschah dann natürlich auch sehr vieles, aber es wäre noch manches zu tun, und so hoffe ich, daß man wenigstens in den nächsten fünf Jahren bis zum 200jährigen Jubiläum auf dieses obersteirische Kulturzentrum, das auch für ganz Österreich von Bedeutung ist, nicht vergißt. Werner Kraus, der 1949 im Schauspiel „Der öffentliche Ankläger“ von Fritz Hochwälder in Leoben gastierte, hat es auch nie vergessen und nannte es: „Das schönste uralte kleine Theater“. So geht es nicht weiter. Trotz der vernachlässigten finanziellen Hilfe für das Stadttheater Leoben ist mit dieser Schlagzeile „So geht es nicht weiter“ einer steirischen Tageszeitung vom 1. Dezember nicht dieses Theater, sondern die Situation im Opernhaus Graz, eingeschränkt auf das Musiktheater, gemeint. Auch hier hat bereits Kollege Dr. Pfohl einiges ausgesagt. Und auch Finanzreferent Dr. Klauser sagte in seiner Budgeteingleitungsrede: „Das ewige Jammern der Theaterleitung und die Schuldzuweisung an die bösen Politiker, die nicht mehr Geld bewilligen, zeigen nur, daß die Herren nicht fähig sind, mit den gegebenen Bedingungen zu Rande zu kommen, um ihre Aufgabe zu erfüllen.“ Meine Frage und die Frage des Steuerzahlers, wie soll es nun wirklich damit weitergehen?

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte aber nun noch einem weiteren obersteirischen Kulturzentrum, und sicherlich darf ich das auch im Namen

meiner Kollegin Grete Meyer tun, einem Kulturzentrum zum zehnjährigen Jubiläum sehr herzlich gratulieren. Es ist dies die Galerie „Kunst und Literatur“, kurz KUL genannt, in Bruck an der Mur unter seinem Leiter, dem Stahlplastiker und Künstler Hannes Pirker. Sicherlich sind diese zehn Jahre im Vergleich zu den vielen Jahren des Stadttheaters Leoben ein sehr kurzer Abschnitt. Sie sind aber für uns Lebendiges, Miterlebtes und eine sehr bedeutungsvolle Kulturinitiative, Kulturaktivitäten außerhalb der Landeshauptstadt. Ob es sich nun um das eigene künstlerische Schaffen des Leiters oder um seine offenen Worte in der Kulturszenarie handelt oder um die vielen Ausstellungen, Lesungen, Diskussionen, Vorträge oder Kulturfahrten, die aus der Obersteiermark nicht mehr wegzudenken sind, das alles verdient auch, hier im Hohen Haus einmal dankbar erwähnt zu werden.

Und zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Dr. Pfohl zum steirischen „Museum der Moderne“ möchte ich grundsätzlich eine positive Stellungnahme abgeben, hoffe aber, daß rechtzeitig ein sehr ausführliches museumspädagogisches Konzept vorliegt, über das man dann auch diskutieren kann.

Meine Damen und Herren, die Steirische Kulturinitiative plant für das Jahr 1986 in ihrer Arbeit den Themenschwerpunkt „Heimat“ und hat einen sehr interessanten Aufruf erlassen, den ich wörtlich zitiere: „Darum ergeht an Künstler, Schriftsteller, Musiker, ja an alle kreativen und engagierten Mitbürger, die sich um ihre Heimat sorgen, die in der Heimat keine museale Volksbelustigung sehen, die Heimat auch nicht als Kulisse verstehen, sondern als Lebenszusammenhang, als Element aktiver Auseinandersetzung, die Heimat nicht als Rückzug in der Vergangenheit, sondern als Aufgabe für die Zukunft mit all den schwierigen Problemen der Gegenwart sehen, die Heimat genauso im Dorf wie in der Erde erblicken, die Einladung ergeht an all diese Kreise, um hier mitzumachen.“ Ich darf auch persönlich diese Einladung zur Mitwirkung sehr herzlich aussprechen, und im Interesse dieser Heimat wird die sozialistische Fraktion der Gruppe 3 ihre Zustimmung erteilen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Purr. Ich erteile es ihm.

Abg. Purr: Frau Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Erfreulicherweise gibt es überall in der Steiermark sehr viele Veranstaltungen, die Kollegen Dr. Pfohl und Kirner haben das ja bereits zum Teil hervorgehoben und auch aufgelistet, aber ich glaube, im Rahmen des „steirischen Herbstes“ gilt es, zwei dezentrale Veranstaltungen ganz besonders hervorzuheben, nämlich Mürzzuschlag mit der Buchebner-Gesellschaft, aber auch Deutschlandsberg, weil es dort speziell gelingt, Amateure und Profis gemeinsam auftreten zu lassen, gemeinsam zusammenzuwirken, und die Erfolge scheinen derartig eindrucksvoll zu sein, daß auch das Fernsehen, und nicht nur das Österreichische Fernsehen, dafür begeistert werden konnte. Darüber hinaus gibt es überall in der Steiermark, und ich sage das mit Dank an den zuständigen Kulturreferenten, Landeshauptmannstellvertreter Prof. Kurt Jungwirth, viele kulturelle Aktivitäten. Wollte ich alphabetisch begin-

nen, müßte ich zuerst Anger in der Oststeiermark nennen, weil dort in Zusammenarbeit mit den Umlandgemeinden, und das in vorbildlicher Weise, sehr vieles an Kulturellem angeboten werden kann. Es ist gar nicht möglich, alles aufzuzählen, namentlich zu nennen. Ich möchte aber dennoch einige Schwerpunkte hier vorbringen, nämlich die Schloßspiele Arnfels, die Volksbühne St. Josef, die Schloßspiele Wildon, die Volksbühne Turnau, natürlich auch die Neuberger Kulturtage in der Obersteiermark, aber mit einem besonderen Nachdruck auch Pöllau.

Alljährlich wird in Pöllau im Herbst eine Operette aufgeführt. Dort arbeiten zum überwiegenden Teil Amateure, die ganz großartige kulturelle Leistungen erbringen und unerhörte Talente entwickeln. Ich glaube, dieses Entwickeln der Talente ist auch mit ein Gedanke, wenn man solche Veranstaltungen fördert. In Pöllau zum Beispiel gelingt es alljährlich mit dieser Operette, die sechs- bis achtmal aufgeführt wird, jedesmal ein volles Haus zu haben.

Was wäre ein Bericht, ohne Schielleiten mit den Schloßkonzerten zu nennen, mit den Literaturabenden, aber auch Schladming muß mit seinem Musiksommer hier ganz besonders hervorgehoben werden. Denn im Jahre 1976 wurde auf Initiative des Schladminger Ehrenbürgers Prof. Ernst Ludwig Uray der Schladminger Musiksommer geschaffen, und es wurde auch dort unter Mitwirkung der Stadtgemeinde eine ganz große Anstrengung unternommen, das zu einer ständigen Einrichtung zu machen. Ursprünglich war daran gedacht, mit Neuberg abwechselnd zu veranstalten, so muß ich aber hier berichten, zu dieser Vereinbarung ist es nicht gekommen, sondern es finden heuer in Neuberg eben die 10. kulturellen Aktivitäten statt, während in Schladming es zum 9. Musiksommer gekommen ist. Es liegt auch ein umfangreiches Programm bereits für das kommende Jahr in Schladming vor, und ich hebe das auch deshalb hervor, weil hier die Jugend angesprochen ist, die Jugend mit ihren Talenten in Erscheinung tritt. Es ist vorgesehen, daß das österreichische Jugendsymphonieorchester vom 6. bis 8. Juli dort Arbeitswochen veranstaltet. Das Ergebnis des Musiksommers 1985 hat eine derart positive Entwicklung gezeigt, daß es möglicherweise gar nicht mehr notwendig sein wird, unbedingt eine materielle Stütze zu bieten. Darüber hinaus ist es wirklich eine Idee der Kulturschaffenden draußen in den einzelnen Bezirksstädten, draußen im Lande unserer Steiermark, wo sie sich entschlossen haben, Kunstpreise zu verleihen, zum Beispiel in Gleisdorf, in Hartberg. Besonders zu erwähnen ist hier Leibnitz, wobei man Kunstpreise abwechselnd verleiht, einmal für die Literatur, einmal für die Musik, für den Film und für das Theater. Der Einfallsreichtum erscheint unglaublich, und man kann den Leuten für diese Aktivität nicht genug danken.

Wenn ich aber sage, die Kulturereignisse, die von der Jugend geboten, mit der Jugend angeboten werden, so muß ich hier nochmals ganz besonders Leoben hervorheben, weil unter dem Titel „Jugend musiziert“ in Leoben, nach einem vorangegangenen Leistungswettbewerb in den einzelnen Bundesländern, immer das Finale stattfindet. Im Jahre 1969 gab es erstmals Aufführungen dazu, und da war die Teilnehmerzahl in etwa bei 130 Personen. In Österreich sammeln sich etwa 1600 begabte junge Menschen in dieser Idee und

bewerben sich eben in den Bundesländern, um dann in Leoben zum Finale anzutreten. Dabei sind es etwa 500 Jugendliche, und ich darf hier erfreulicherweise berichten, daß gerade aus diesem Bereich dann der Nachwuchs für die Musik, für das Theater, für die Literatur in den späteren Jahren kommt. Es ist ganz wesentlich, wenn damit auch die Freude im Menschen geweckt wird, das Interesse gehoben wird und man dann sehr deutlich erkennt, welche Talente sie dazu eben entwickeln. Es gibt natürlich noch viele kulturelle Aktivitäten, die man hier anführen sollte. Eines ist aber auch wichtig, daß nicht nur die Talentfindung, also der künstlerische Bereich, damit eine solche Bedeutung erhält, sondern daß hier ein Zusammenwirken mit dem Fremdenverkehr stattfindet. Man stelle sich vor, daß diese Programme wunderbar immer wieder in das Fremdenverkehrsangebot hineinpassen und dadurch viele Fremdenverkehrsorte, Kurorte entsprechende Attraktivität bekommen. Ich möchte hier dem Herrn Prof. Jungwirth als zuständigem Referenten einen herzlichen Dank dafür aussprechen, daß er gerade der Jugend immer sein Augenmerk zuwendet und immer Willens ist, so gut er kann, nach vorhandenen budgetären Mitteln diese Aktivitäten zu unterstützen. Ich darf die Gelegenheit benützen, um Herrn Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth auch weiterhin um sein Wohlwollen zu bitten. Danke schön. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Hammerl das Wort.

Abg. Hammerl: Sehr geehrte Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Seit etwa sechs Jahren fassen wir hier im Landtag immer wieder gemeinsame Entschließungsanträge. Auch in die Richtung, daß für die steirischen Musikschullehrer eine eigene dienstrechtliche Regelung gefaßt werden soll. Darüber hinaus habe ich versucht, in Anfragen und in Anträgen eine Regelung in dieser Frage zu erreichen. Nun hat die zuständige Rechtsabteilung bis jetzt entweder nur Halbantworten gegeben oder die Entschließungsanträge überhaupt völlig ignoriert. Ich kann nicht auf Dauer einsehen, daß der Gesetzeslauf im Landtag für irgendeine neue Frage, so wie beim Dienstrecht für Kindergärtnerinnen, einen Zehnjahresverlauf haben muß, bis es dem Landtag zur Beschlußfassung vorgelegt wird. Das kann doch nicht die Latte sein, die man sich bei diesen Fragen zu legen hat. Weil einfach nichts weitergegangen ist, hat die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten einen Entwurf eines Sondergesetzes für ein Dienstrecht für die steirischen Musikschullehrer erstellt und sich dabei an das System des Sondergesetzes für die steirischen Kindergärtnerinnen gehalten. Ich bin sehr dankbar, daß der sozialistische Landtagsklub diesen Gewerkschaftsvorschlag aufgenommen hat und gestern hier im steirischen Landtag eingebracht hat. Ich melde mich deswegen zu Wort, weil ich fürchte, daß nun wieder der zähe Zeitlauf beginnt, daß man nun wieder jahrelang verhandeln wird über völlig klare Dinge, die gar nicht anders gemacht werden können, als wir es vorschlagen. Ich frage mich, ob die zuständige Abteilung diese Anträge einfach nicht behandeln will oder kann. Ich stelle daher das dringliche Ersuchen an Sie, Herr Landeshauptmannstellvertreter, diesen Gesetzes-

entwurf – (Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth: „Ich habe geantwortet!“) Sie haben in diesen Zwischenfragen geantwortet und dabei die Zuständigkeit in dieser Frage beansprucht. Von Ihrer Abteilung werden ja auch die Förderungsmittel gegeben. Wenn eine andere Rechtsabteilung zuständig ist, dann hätten Sie es doch schon eine Zeitlang vorher sagen können, dann hätten wir uns leichtgetan. Die Gewerkschaft hat einige Male versucht, die Zuständigkeit abzuklären, aber da hat es immer Zweifel gegeben. Ich glaube, dem System und der Wertigkeit nach wäre doch Ihre Abteilung zuständig gewesen. Aber wie dem auch sei, ich bitte nun, welche Rechtsabteilung auch immer zuständig ist, diese Vorlage des Sozialistischen Landtagsklubs nun wirklich unverzüglich in Beratung zu nehmen. Wir können von uns sagen, daß die Bürgermeister dieser Gesetzesvorlage praktisch zugestimmt haben, und ich erwarte nun wirklich, daß diese Regelung für einige hundert steirische Musikschullehrer in den nächsten Monaten dem Landtag zur Beschlußfassung vorgelegt wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Zdarsky: Der Herr Abgeordnete Tschernitz hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Tschernitz: Sehr geehrte Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich freue mich, daß gerade hier im Rahmen der Budgetdebatte, und vor allem auch in der Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus, es immer wieder die Möglichkeit gibt, auch zu speziellen Anliegen der Kultur Stellung zu nehmen, nämlich auch deshalb, weil ich glaube, daß gerade auch in unserer Region, in der dem Fremdenverkehr eine so große Bedeutung beigemessen wird, die Kultur einen ganz besonderen Stellenwert einnimmt. Ich glaube auch auf der anderen Seite, daß es nachahmenswert und großartig gewesen ist, welche Leistungen auf kulturellem Gebiet die Menschen in unserer Region gerade hier gezeigt und geleistet haben. Es war eine Initiative einiger Menschen, die bereits bei der Renovierung und Erhaltung des Schlosses Trautenfels eigentlich ihren Anteil geleistet haben und daß sich das Schloß in seiner so ehrwürdigen Form heute stolz im Ennstal sehen lassen kann. Mit der Aktion „Rettet das Schloß Trautenfels“ wurde dazu eigentlich der Grundstein gelegt und viele, viele Menschen aus den verschiedensten Bevölkerungsschichten haben sich an der damals aufgerufenen Spendenaktion beteiligt. Es war erfreulich, daß die Gemeinde Pürgg-Trautenfels mit Unterstützung des Landes dieses Schloß übernehmen konnte und nun Eigentümer dieses Schlosses ist und daß sich daraus wiederum ein Verein „Schloß Trautenfels“ gegründet hat, der natürlich mit ungeheurem Elan daran gegangen ist, die Erhaltung und Renovierung dieses Schlosses in Angriff zu nehmen und fortzusetzen. Es wurde sicherlich mit bedeutenden Mitteln des Landes in den vergangenen Jahren und auch des Bundes 1985 – erfreulicherweise mit einem Zuschuß von 500.000 Schilling – die weitere Grundlage geschaffen, um dieses Schloß eben auch in Zukunft zu erhalten. Es ist auch erfreulich, daß das Landschaftsmuseum des Landes im ersten Stock dieses Hauses diesem Schloß eigentlich jene Impulse als lebendiges Kultur- und Kommunikationszentrum gibt. Rege Initiativen durch Sonderausstellungen und kulturelle Veranstaltungen

prägen das Leben in diesem für die Menschen des Ennstales und natürlich auch für den gesamten Fremdenverkehr so wichtigen Mittelpunkt. Viele Adaptierungsarbeiten in diesen wunderschönen Räumlichkeiten dieses Schlosses, viele Renovierungen an den Fassaden konnten schon durchgeführt werden und werden sicherlich auch weiterhin mit allen Anstrengungen und dem Einsatz letzter finanzieller Mittel auch in Zukunft durchgeführt werden. Dies bedeutet natürlich eben gerade für unsere Region die Erhaltung und Bewahrung dieses so wertvollen Kulturgutes. Ganz in diesem Sinne, und das kann man sicherlich auch heute feststellen, hat sich schon in der Vergangenheit das wunderschöne Landschaftsmuseum im Ennstal verdienstvollerweise seinen so guten Ruf erworben. Seine kulturelle Zukunft wird ja sicherlich nicht nur ausschließlich von der Qualität der laufenden Sanierungsmaßnahmen abhängen, sondern ich persönlich bin sehr zuversichtlich, daß an diesem Ort Wesentliches für die praktischen und geistigen Bedürfnisse der Bevölkerung auch in Zukunft beigetragen werden wird. Es wird sicherlich Aufgabe aller an Kultur interessierten Menschen sein, gerade so, wie es hier am Beispiel dieses Schlosses praktiziert wurde, jene Eigeninitiative der Menschen durch finanzielle Unterstützung durch Bund und Land auch in Zukunft zu sichern. Ich meine aber auch damit, daß die sehr oft in Privatbesitz befindlichen Schlösser, wie zum Beispiel das Schloß Strehau bei Rottenmann, zu ihrer Erhaltung und Renovierung auch von der öffentlichen Hand vielleicht mehr unterstützt werden müßten, weil es eben Aufgabe dieser Generation sein soll, Überliefertes zu erhalten und vor allem jene Wahrzeichen, die weit in das Enns- und Paltental hinausreichen und weit hinaus sichtbar sind, für die Zukunft zu fördern und zu erhalten.

Neben allen diesen Erhaltungsmaßnahmen für Museen und Schlösser glaube ich daher, daß zu einigen unserer wichtigsten Aufgaben die Pflege und Förderung des steirischen Brauchtums und natürlich auch der Trachten gehört. Ich persönlich bedauere eigentlich den sehr niedrigen Ansatz oder relativ geringen Ansatz im Budget 1986 zur Förderung und Erhaltung des steirischen Brauchtums und der steirischen Tracht. Ich hoffe, daß es hier wiederum zu einer Nachbetrachtung, Herr Landesrat, kommen möge, weil es hier Tausende Menschen sind, die aus Liebe zu ihrer Heimat und in uneigennütziger Art und Weise diese zum Teil jahrhundertealte Überlieferung und natürlich auch Bewahrung dieses so wertvollen Gutes aufrecht erhalten. Ich ersuche daher alle, die guten Willens sind, mitzuhelfen und mitzuwirken, daß diese für unsere steirische Heimat, aber auch sicherlich für den Fremdenverkehr so notwendige und heimatverbundene Überlieferung durch verbesserte finanzielle Unterstützung und Förderung aufrechterhalten werden kann und damit vielleicht auch jene Eigeninitiative dieser Menschen und die damit für sie verbundene finanzielle Belastung der Trachtenvereine und ihrer Mitglieder erleichtert werden soll. Ich glaube, es würde sicherlich gerade für unsere Region, die Dachstein-Tauern-Region, das steirische Salzkammergut oder überhaupt im obersteirischen Raum, der gerade von diesem steirischen Brauchtum so geprägt wird, der Dank an alle sein, daß man eigentlich nach den heute hier schon zitierten Landesausstellungen 1986 und

1987, die ja in Herberstein und Riegersburg stattfinden, vielleicht doch, und das ist mein Ersuchen an Sie, Herr Landesrat, die Überlegungen miteinbezieht, daß vielleicht in den kommenden Jahren 1988 und 1989 die Ausstellung auf Schloß Trautenfels stattfinden könnte. Eine Landesausstellung „Barock“ oder eine Landesausstellung in Bad Aussee mit steirischem Brauchtum und steirischen Trachten, wie das auch in einer Anfragebeantwortung sehr positiv schon zum Ausdruck gebracht wurde, um damit die Verbundenheit aller Steirerinnen und Steirer mit dem steirischen Brauchtum, mit der steirischen Tracht zu dokumentieren und noch weiter in den Vordergrund zu stellen. Ich ersuche Sie alle gemeinsam um Ihre Unterstützung und sage Ihnen allen ein herzliches Glückauf! (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Chibidziura. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: Sehr geehrte Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Auch ich möchte mich mit diesem Kapitel beschäftigen und hier gerade einiges einbringen, was gesagt wurde und was gesagt werden muß. Gerade in dieser Gruppe besteht die Möglichkeit, eine Diskussion über Kunstgeschehnisse auf breiter Basis auch zu führen, und es soll diese auch geführt werden. Ich glaube, es ist notwendig, daß Ablehnung und Zustimmung gleichermaßen eine Chance bekommen sollen, gehört zu werden. Wir in dieser Landstube haben die Aufgabe, das Klima, in dem sich Kultur entfalten kann, zu schaffen. Aber sicherlich nicht um jeden Preis, und das ist ja heute schon gesagt worden.

Wir wissen alle, daß sich Kultur nicht nur auf den Geist und Intellekt bezieht und nicht nur auf die Teilnahme an Opernbesuchen oder Konzertbesuchen, sondern, daß Kultur prinzipiell mit dem ganzen Wesen des Menschen zu tun hat, und daß jeder Kulturraum somit seine eigene spezifische Nuance des Kulturausdruckes hervorbringt. Die Aufgabe der Kulturpolitik muß es sein, den geeigneten Umraum für eine sogenannte, nennen wir es Heimatkultur, zu schaffen, die unseren sozialen Gegebenheiten entspricht, unserer seit Jahrhunderten ziemlich kontinuierlichen Entwicklung, unserem Lebensraum und Naturumwelt, natürlich, ohne dabei auf die kulturellen Äußerungen unserer Nachbarn und Weltbürger zu verzichten. Dies führt mich unweigerlich zum „steirischen Herbst“, der ja, wie Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth sagte, „Schrift der Zeit mit wachem Auge sehen soll.“ Mit den Mitteln im Budget werden auch alljährlich die Kontaktlinsen für einen besseren Blick finanziert. Auch dann, wenn keiner mehr durchblicken kann. Wenn das ganze ein Flop ist, wie die Aufführung der Jazzoper in der Lurgrotte, und wenn es dort schon solche Schwierigkeiten gegeben hat und hier auch berechtigterweise vom Naturschutz her ein Einspruch gekommen ist, so hätte ich persönlich es lieber gesehen, daß man vielleicht doch nach Aussee gegangen wäre und dort in einem Salzbergwerk aufgeführt hätte, wenn es schon notwendig ist, daß man diese Oper in einer Grotte oder in einem Berg aufführen muß. Kultur und Natur als Ganzheit in einer Symbiose, und das sollte sicherlich kein Fremdwort sein, aber es bedarf

sicherlich von den Kulturverantwortlichen mehr Einfühlbarkeit. Die Frage, die sich dabei erhebt, ist, braucht die Kultur mit ihrer Dynamik als Ausdruck ursprünglicher und subjektiver Kreativität diese marktschreierischen Dinge, dieses Milieu, das Auffälligkeit, etwas Besonderes bringen? Ich meine, Kultur ist nicht Selbstzweck, sozusagen Freizeitbeschäftigung für selbsterwählte Kulturbeflissene.

Kultur ist und bleibt Aufgabe. Sie besteht außerdem in der Verbreitung von kulturellen Gütern, und hier bin ich bei der Landesausstellung und bei den Landesausstellungen, die diese Aufgabe ja sehr gut erfüllen. Honoriert wird diese Aufgabe sehr durch den Zustrom der Besucher, und hier muß ich sagen, daß es direkt einen Zuschauerboom gibt. 1987 werden wir ja eine Ausstellung in Riegersburg sehen, das heißt, es wird eine Kontinuität sein, 1986 Herberstein „Die Steiermark – Brücke und Bollwerk“; Riegersburg ist natürlich auch eine Wehrburg. Ich glaube, das sollte ein bißchen die Eigenständigkeit der Steirer dokumentieren.

Nun aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, zur Styriarte. Sehr positiv. Wir stellen fest, daß es sehr gut angekommen ist. Man sollte hier prüfen, ob man das nicht noch mehr ausweiten könnte. Der Andrang war sehr groß, und vielleicht wäre es auch möglich, mehr private Sponsoren zu finden.

Nun, ich möchte auch in dieser Gruppe ein Wort zu den Rechnungshofberichten sagen, die natürlich hier in diesem Bereich waren. Unter anderem den Bericht über das Landesmuseum Joanneum, wo man festgestellt hat, daß Sicherungsmaßnahmen unzureichend waren, aber Gott sei Dank gibt es schon Bemühungen, und Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth hat ja Besserung versprochen. Es ist nur zu hoffen, daß man bald weiß, was man überhaupt besitzt, und der Bericht über die Vereinigten Bühnen, der im Jahre 1979 erstellt wurde und erst im Jahre 1983 vorgelegt wurde, hat sich selbst überholt gehabt.

Ein Wort noch zur Halle für alle in Graz, wo im außerordentlichen Haushalt 4 Millionen Schilling eingeplant sind und im Stadtbudget 1986 eine Million Schilling vorgesehen ist. Es ist dies unser alter Vorschlag schon seit Jahren, daß man die Eishalle adaptiert. Die Eishalle Liebenau, das ist eine wirtschaftlich vernünftige Lösung. Uns freut es, daß auch der Vizebürgermeister Edegger seinen Lernprozeß durchgemacht hat und sich dieser Meinung angeschlossen hat. Die Stadt Graz ist ja bereit, 20 Prozent der Kosten zu übernehmen. Eines muß man dabei auch sagen, die Kosten der Errichtung sind ja bald beschafft. Das Problem sind die Kosten der Erhaltung, und gerade im ländlichen Raum, wo sehr viele Mehrzweckhallen erstellt wurden, wird daran von den Gemeinden sehr stark geknabbert.

Nun ein Wort zur Blasmusik. Ich glaube, es wäre falsch, wenn man das vergessen würde und hier nicht ein Wort des Lobes an unsere steirischen Kulturträger anbringen sollte. Der Ansatz ist auch der allgemeinen Kürzung zum Opfer gefallen, aber Gott sei Dank nur in einer Größenordnung, so daß es im ersten Augenblick zwar etwas schreckt, aber doch ausreichend ist. Ich bin zwar überzeugt, daß es nicht ausreichend ist, und wie sich in den Vorjahren gezeigt hat, Herr Landeshauptmannstellvertreter, hat es ja immer eine Nachbedek-

kung gegeben, und ich hoffe, daß dies auch im heurigen Jahr möglich sein wird. Die Qualität ist wieder gestiegen, und hier ist es sicherlich ein Verdienst unseres Landesmusikskapellmeisters Mag. Bodingbauer. Hier wäre ihm, dem Landeskappellmeister, den Bezirkskapellmeistern und den einzelnen Kapellmeistern, Obmännern und Funktionären der Blasmusikkapellen zu danken für ihre Aufgabe, für ihre Leistung, die sie alljährlich zur Verfügung stellen und damit der steirischen Wirtschaft, der steirischen Bevölkerung helfen, auch für den steirischen Fremdenverkehr werben. Natürlich auch Dank an alle Blasmusiker, die bereit sind, sich in der Blasmusik zu betätigen, Jugendarbeit zu leisten, und da bin ich schon bei dem Problem, das der Herr Abgeordnete Hammerl angezogen hat, nämlich bei den Musikschulen. Die Musikschulen haben das Problem, daß sie von den Gemeinden getragen werden und Zuschüsse vom Land bekommen. Die Einstellung der Musiker beziehungsweise der Lehrer wird von der Gemeinde durchgeführt. Da hängt es sehr stark von der Bereitschaft der Gemeinderäte und der Bürgermeister ab, ob man bereit ist, Lehrer einzustellen, die eine große und gute Ausbildung haben und natürlich auch teurer sind.

Natürlich muß man dabei auch sehen, daß die Gemeinden nur bereit sind, den in ihrer Gemeinde ansässigen Schülern oder Eltern einen Beitrag zum Elternbeitrag zu liefern, das heißt, daß sie für die Eltern noch erschwinglich bleiben. Man muß gerechtfertigterweise sagen, das Land zahlt jeden Leiter, das Land zahlt offiziell die Hälfte des Musiklehrers, aber diese Hälfte hat einen Haken, und das stimmt nicht genau. Wir können uns noch an den Rechnungshofbericht erinnern, wo eben ein Schlüssel ausgearbeitet wurde, wo alle Musikschullehrer zusammengezählt wurden in der Steiermark und durchdividiert wurden, ein Schnitt herausgerechnet wurde, und das war mehr oder minder der Verteilungsschlüssel, der Zuschußschlüssel für den einzelnen Lehrer. Natürlich hat das einen Haken in die Richtung, daß der Lehrer, der heute keine volle Ausbildung hat, man soll mich bitte nicht falsch verstehen, ich will keinen diskriminieren, und ich bin froh, wenn jemand bereit ist, Musik zu lehren, bereit ist, sich mit der Jugend zu beschäftigen, aber gerade bei den neuesten Ausbildungen bei den Magistern hat sich das große Problem ergeben, daß die Verträge geändert werden und daß die jungen neuen Nachkommenden eigentlich auf Grund dieser Verträge benachteiligt werden. Die Gemeinde ist auch nicht bereit, höher qualifizierte Musiklehrer anzustellen, weil sie im Grunde genommen als Gemeinde benachteiligt ist. Sie hat den Beitrag über diesen Schlüssel hinaus zu bezahlen. Außerdem gibt es noch die Problematik der unterschiedlichen Stundenanzahl in den Musikschulen. Das alles wirkt aber so, daß natürlich die Möglichkeit besteht, entweder dies abzugelten über das Gemeindebudget, oder es umzulegen auf die Elternbeiträge. Die Gefahr dabei ist, daß die Gemeinden diese Zuschüsse nicht mehr leisten können oder auch nicht wollen. Gerade dann, wenn es Kinder aus anderen Gemeinden sind, wird von der Sitzgemeinde dieser Elternbeitrag, der rund 7000 Schilling trägt, nicht gerne aufgebracht. Es ist auch von den Eltern nicht zu verlangen, daß sie 7000 Schilling im Jahr für eine Schulstunde in der Steirischen Harmonika oder Klarinette oder sonst irgend einem Instrument bezahlen. Daher glaube ich,

daß es notwendig und richtig ist, um eine Förderung unserer Kinder, unserer Jugend zu sichern, daß hier das Land besser einsteigt, daß das Land in seinem Musikschulwerk allgemein diese Problematik löst. Und ich habe schon vor drei Jahren eine Resolution eingebracht oder einbringen wollen, die diese Schwierigkeit lösen soll. Ich bin froh, daß in Wies eine neue Musikschule entstanden ist und damit ein Impuls für unser Grenzland gegeben ist und daß dort die Randgemeinden miteinbezogen sind, so daß die Randgemeinden auch bereit sind, für ihre Kinder und Schüler einen Beitrag zu leisten.

Meine Damen und Herren, die Musik und die Ausbildung in der Musik hat heute einen Wettkampf natürlich mit dem Sport zu bestehen. Und es ist heute so, daß man den Schüler begeistern muß, um ihn zur Musik zu bringen. Ich möchte den Eltern von 16.000 Musikschülern in der Steiermark, so groß ist die Zahl, danken, daß sie die Bereitschaft aufbringen, ihre Kinder in die Musikschulen schicken, um ihnen hier eine künstlerische, eine musikalische Ausbildung zu gewährleisten. (Beifall bei der ÖVP.)

Das ist richtig, den Eltern ist ein Applaus zu geben. Aber die Eltern haben auch ein Anrecht auf gleiche Elternbeiträge steiermarkweit. Aber ich glaube auch, daß den Gemeinden gedankt werden muß, die immer wieder große Gelder aufbringen, um der steirischen Jugend diese Möglichkeit zu bieten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, das Land Steiermark sollte ein Landesmusikschulgesetz machen mit einem Musikschulplan, der diese ausgleichenden Möglichkeiten durchführt. Ich glaube auch, daß das steirische Musikschulwerk reformiert werden soll in die Richtung, daß man mehr Gerechtigkeit und Gleichheit für alle und Chancen für alle unsere Jugendlichen, alle jene, die bereit sind, sich mit Kultur, mit Musik zu beschäftigen, die bereit sind, hier auch einzusteigen in den klassischen Bereich. Mich persönlich hat es sehr gefreut, daß gerade die Abgeordneten Harmtodt, Neuhold, Schrammel, Kröll und Lind hier einen Antrag auf Gleichstellung der Musikschulen eingebracht haben. Meine sehr geehrten Herren, in mir werden Sie sicherlich einen Mitstreiter finden. Es freut mich, daß das zwar etwas verspätet gekommen ist, aber die Problematik ist ja schon länger am Tapet, und greifen wir zusammen, versuchen wir, daß unsere steirische Heimat ein Kulturland bleibt in der steirischen Breite der Pflege der steirischen Kulturgüter. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Karrer. Ich erteile es ihm.

Abg. Karrer: Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Gruppe 3, Kultur und moderne Kunst, ist ein Kapitel, wo sehr viel und sehr Positives gesagt werden, ich sage nicht kann, sondern gesagt werden muß. Der Kollege Purr hat die Aktivitäten des „steirischen Herbstes“ in den Bezirken aufgezeigt und hat sich hier sehr positiv ausgesprochen. Für den Bezirk Mürzzuschlag meinte er, daß die Veranstaltungen gut gelaufen sind. Im wesentlichen ja. Die Neuberger Kulturtage sind ja ein fixes Programm, und auch das Konzert in Krieglach, im Werk Krieglach, in einer Betriebshalle für moderne

Kunst, ist auch abgehalten worden. Dies wurde allerdings mit etwas gemischten Gefühlen aufgenommen. Aber es war ein Beginn. Mein Beitrag heute, meine Damen und Herren, soll aufzeigen, daß im Rahmen des „steirischen Herbstes“ nicht alles so abgelaufen ist, wie es sich unser Kulturlandesrat, der Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth, vorgestellt hat. Es ist nämlich in Kindberg folgendes passiert. Eines Tages ist eine relativ junge Truppe mit verschiedenen Geräten angerückt und hat dort versucht, ihrem Glauben nach die Kultur im Rahmen des „steirischen Herbstes“ der Bevölkerung von Kindberg vorzuführen, indem sie mit den mitgebrachten Geräten begonnen hat, vor dem Volkshausplatz in den Asphalt das Wort „Baum“ einzusägen. Nach dieser Arbeit wurden dann mit weißem Silikon die Fugen ausgespritzt, um hier einen Kontrast zu haben. Soweit so gut. Und das Wort „Baum“, sicher eine Abwandlung oder eine Liebhaberei zu dem Wort „Bruder Baum“, das momentan etwas modern ist, ich persönlich kenne einen anderen Bruder, nicht den Baum, aber bitte.

Der Kollege Brandl hat es gesagt. Für mich ist ein Bruder noch immer der Mensch. Sicher, der Baum ist auch ein wertvolles Lebewesen, wenn Sie das naturwissenschaftlich betrachten, aber das führt zu weit, hier solche Vergleiche anzustellen. Normalerweise, meine Damen und Herren, sollte nun etwas passieren, daß dieses Wort „Baum“ auch mit einer Farbe bekleckst werden sollte. Hier ist bei den jungen Künstlern ein neuer Einfall aufgetaucht, denn daneben lag ein Baum mit einer Länge von 20 bis 30 Meter, und es stand auch ein Autokran zur Verfügung. Der Autokran kam von Niederösterreich. Er wurde angefordert. Er war bereits um zehn Uhr Vormittag in Kindberg mit einer Standgebühr von mehreren hundert Schilling in der Stunde, und am Nachmittag um 16 Uhr trat dieser Kran in Aktion in der Art und Weise, daß er den Baum verkehrt hochgezogen hat, und nun wollten diese Künstler diesen verkehrten Baum in einen bereitstehenden Farbtiegel, wenn ich so sagen darf, eintauchen, um das Wort Baum zur Vollendung zu bringen. Das ist natürlich alles mißlungen. Mit einem solchen Pinsel kann man keine künstlerische Taten erbringen. Der Farbtiegel ist umgestürzt, die braune Farbe ist am Asphaltplatz heute noch zu sehen. (Abg. Schrammel: „Dafür hat es in Fürstenfeld eine rote Brücke gegeben!“) Ich meine, daß dies im Rahmen des „steirischen Herbstes“, wenn es so viel Geld kostet, nicht notwendig ist. Daher habe ich an Sie, Herr Landeshauptmannstellvertreter, als unseren Kulturchef in der Steiermark, die Frage, ob dies im Rahmen des „steirischen Herbstes“ möglich ist und ob Sie der Meinung sind, daß mit einer solchen Aktivität des „steirischen Herbstes“ das Kulturempfinden der steirischen Bevölkerung erlernt werden soll? Ich glaube, daß dem nicht so ist, und ich bitte Sie, wenn solche Aktivitäten auf die steirische Bevölkerung losgelassen werden, daß Sie sich vorher erkundigen und hier das Geld vielleicht doch für andere, nützlichere Zwecke, wenn Sie wollen, für „Licht ins Dunkel“, wertvoller anbringen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Pörtl das Wort.

Abg. Pörtl: Frau Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, da schon mehrmals im Rahmen der Debatte die Landesausstellung auf Schloß Herberstein zitiert wurde, Sie alle herzlich einzuladen, im kommenden Jahr diese Landesausstellung zu besuchen. Sie dokumentiert vor allem die Geschichte und vor allem das bittere Leid speziell der Oststeiermark und unseres Landes in den vier markanten Kulturkreisen. Wir alle wissen sehr genau, daß wir sehr oft Gastland für ungebetene Gäste waren, die Not, Elend und verbrannte Dörfer hinterlassen haben. Ich möchte Sie herzlich einladen, wir haben eigentlich aus unserem Hartberger Land ein blühendes Land gemacht mit zwei Europa-Blumendörfern, mit dem schönsten Markt der Steiermark, Vöran, und vor allem auch mit dem schönsten Dorf am Pöllauberg. Ich sage dies deshalb, weil nicht alle so einen gierigen Kunstgenuß und so ein Bedürfnis nach historischem Wissen haben, wie es zum Beispiel der Kollege DDr. Steiner hat, weil wir damit auch eine echte Verbindung zwischen Fremdenverkehr, Kunst und Kultur draußen am breiten Lande verbinden können.

Meine Damen und Herren! Von dieser Stelle eine herzliche Einladung aus der Region der Oststeiermark, und es erwartet Sie dort eine wunderbare, vor allem herrliche Ausstellung, ein wunderbares Land um den Stubenbergsee, das Ferienland Weiz genauso wie das gesamte Hartberger Land und sozusagen auch eine charmante Gräfin, die auch nicht als Abschreckung dient, sondern für einen Besuch in Wahrheit auf Grund ihrer Charmantheit und Schönheit wirbt. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hammer. Ich erteile es ihm.

Abg. Hammer: Meine Damen und Herren, Frau Präsident!

Kunst und Kultur sind derartig vielschichtig und sind meist ein Spiegelbild der Gesellschaft und der Gesellschaftsordnung, aber auch Kritik an der gegenwärtigen Lebensform. Sie fordern heraus zur Kritik an dieser Lebensform, an der Politik, an der sozialen Haltung, und sie fördern auch die Kritik ihrerseits im eigenen. Genau diese Situation ist es, die die Kultur immer wieder belebt. Im kulturellen Bereich haben wir aber auch die Verpflichtung, Zeugnisse unseres Lebens zu erhalten. Für mich hat gerade die Erhaltung der sozialen, kulturellen und technischen Dokumente der Arbeit und der arbeitenden Menschen Vorrang. Bisher hat man sich mehrheitlich der Erhaltung von Prunkbauten der vergangenen Herrschaftszeit oder der Sakralbauten einschließlich einiger Großobjekte gewidmet. Die Darstellung der Arbeit gab es gerade noch in der musealen Erhaltung der ländlichen Welt und des Kleinhandwerkes, besonders gut zu sehen im Freilichtmuseum in Stübing. Die Darstellung der industriellen Arbeitswelt und des von der mechanischen Arbeit beeinflussten Menschen, seine Möglichkeit, Kunst und Kultur zu konsumieren beziehungsweise sie selbst zu beeinflussen und darzustellen, muß die Aufgabe dieser Erhaltungsarbeit für die Zukunft sein. Wie bereits erwähnt, bietet uns hier die steirische Eisenstraße eine einmalige Gelegenheit. Die Einrichtung eines Museums der Arbeitswelt beziehungsweise der Welt der Arbeit in der oberösterreichischen Stadt Steyr gibt die Möglichkeit, einen ersten Schritt der großräu-

migen Zusammenarbeit auf diesem Gebiet. Für mich ist es ganz besonders erfreulich, und der Herr Kollege Dr. Pfohl hat es bereits sehr ausführlich betont, daß es mit dem Projekt „Steirische Eisenstraße“ gelungen ist, die politische Aufmerksamkeit aller Stellen dafür zu erwecken. Die bisher zielstrebige Arbeit in der Projektgruppe und die großartigen Leistungen von Idealisten und Fachleuten in den einzelnen Vereinen haben die Voraussetzung für die neue Trägerschaft der Eisenstraße geschaffen. Das gemeinsame Auftreten und die Konsensbereitschaft der beiden Verhandlungsführer im Land Steiermark, Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth und Landesrat Dr. Christoph Klausner, führte wohl dazu, daß sich auch der Bund mit dem Wissenschaftsministerium und Minister Lacina mit seinem Ministerium ebenfalls an dieser Trägerschaft entscheidend beteiligen werden. Bundesminister Lacina hat bereits angekündigt, 1,3 Millionen Schilling in diesen neuen Verein einzubringen. Die Gemeinden haben ja bisher bereits wesentlichen Anteil an diesem Projekt, und sie werden auch weiter wesentliche Träger dieser Eisenstraße sein. Entscheidende Erhaltens- beziehungsweise Präsentationsarbeit wurde durch die Möglichkeit des Einsatzes der „Aktion 8000“ gegeben. Trotz der anfänglichen Kritik, hier Arbeitslose zur Denkmalpflege einzusetzen, hat diese Gruppe in Vordernberg und St. Gallen ganz eindeutige Beweise für die Sinnhaftigkeit ihres Einsatzes gebracht. Sie leisteten bisher 35.530 Arbeitsstunden in der Erhaltung und Präsentation von Montandenkmälern beziehungsweise von historisch wertvollen Gebäuden. Das Land Steiermark und die Arbeitsmarktverwaltung haben dafür insgesamt Lohnkosten von 15,3 Millionen Schilling aufgebracht für zwei Geschäftsjahre, und 1,5 Millionen Schilling wurden dadurch im Baustoffhandel beziehungsweise durch Aufträge an private Firmen umgesetzt, so daß auch hier entscheidende Impulse für diese Region ausgegangen sind.

Meine Damen und Herren, in der Hoffnung, daß Sie auch weiterhin dem Projekt Ihre geschätzte Unterstützung geben und damit einer ganzen Region zu neuem Auftrieb verhelfen, bedanke ich mich für Ihre Unterstützung und Aufmerksamkeit im Interesse der „Steirischen Eisenstraße“. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Das Wort erteile ich nun dem zuständigen Referenten, Herrn Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth.

Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth: Frau Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

In der späten Stunde des gestrigen Abends habe ich bei meinem Schlußwort zur Gruppe 2 einen Zettel verlegt, den ich heute morgen gefunden habe. Das war eine kurze Antwort auf zwei Anfragen, die mir der Herr Abgeordnete Freitag gestellt hat. Wenn Sie gestatten, hole ich das ganz kurz nach. Ich hatte es wirklich vor, und es ist offenbar dem späten Abend zu verdanken gewesen, daß ich diese Beantwortung übersehen habe. Es ging um zwei Fragen: erstens die Bezirksschulinspektoren und zweitens die Fünf-Tage-Woche an den Volksschulen.

Zur ersten Frage kann man sagen, daß dieses Problem natürlich eine Anfrage auch an den Bund ist, der ja diese Teilung vorzunehmen und auch zu finanzieren

hätte. Sie wurde bisher noch nicht dringlich an uns herangetragen. Wenn sie aus pädagogischen Gründen heransteht, wird man sich sicherlich damit zu beschäftigen haben, wie das schon in einigen Bezirken der Steiermark geschehen ist. Was die Fünf-Tage-Woche an den Volksschulen betrifft, gibt es ja ein Gesetz, das wir hier in diesem Landtag verabschiedet haben, das einen durchaus demokratischen Vorgang an den Schulen vorsieht. Die Eltern und die Lehrer haben das Recht, mitzubestimmen, ob sie diese Fünf-Tage-Woche an ihrer Schule haben wollen. Nach unseren Informationen funktioniert dieser Vorgang wirklich klaglos. Es sind ja fast 80 Prozent der Volksschulen mit dieser Fünf-Tage-Woche ausgestattet. Sollte es an der einen oder anderen Schule einmal nicht ganz nach Wunsch geklappt haben, dann ist das wahrscheinlich nur darauf zurückzuführen, daß man ganz einfach eine Frist übersehen hat. Denn bis zu einem gewissen Stichtag, Anfang Juni, glaube ich, muß die Sache an der Schule entschieden sein, damit man für das nächste Schuljahr dann selbstverständlich die Vorkehrungen treffen kann. Im allgemeinen, glaube ich, läuft es gut. Die Anträge der Schulen und der Eltern werden von uns natürlich voll respektiert. Ganz im Sinne des Gesetzes, das in diesem Hause beschlossen worden ist. Das wäre ein Nachtrag gewesen zum gestrigen Abend.

Und nun gestatten Sie mir ein paar Worte zur Gruppe 3, die von den Abgeordneten ja sehr umfassend und ausführlich hier besprochen wurde, so daß ich mich wirklich auf einzelne Kommentare zurückziehen muß, schon aus zeitökonomischen Gründen. Natürlich gibt es immer wieder Probleme in einem Ressort wie der Kultur. Oft sind es schlicht und einfach Finanzprobleme. Sie wurden angesprochen von den Herren Abgeordneten Dr. Pfohl und Kirner. Sie können sicher sein, daß wir gerade bei den Vereinigten Bühnen, bei diesem Riesenbrocken im Kulturbudget, sehr, sehr genau hineinschauen und hineinleuchten. Im Theaterausschuß wird wirklich die Kontrolle groß geschrieben. Es ist letzten Endes ja auch das Rechnungswesen im Theater nunmehr so modernisiert worden, daß die Transparenz gegeben ist. Wir sind mit vereinten Kräften, das kann man sicherlich sowohl für das Land wie für die Stadt und auch für die politischen Fraktionen sagen, wirklich daran, hier immer wiederum nach dem Rechten zu sehen, und werden es auch in Zukunft so halten. Wir vergessen darüber hinaus nicht die Finanzsorgen in der Breite, wenn man so sagen darf. Sie wurden angesprochen von den Abgeordneten Tschernitz, Dipl.-Ing. Chibidziura, betreffend Heimatvereine, Blasmusik. Es ist auch hier immer wieder gelungen, nachzuziehen und aufzustocken. Sie wissen, unser Budget ist natürlich auf Grund der allgemeinen Finanzentwicklung eingefroren in den Ermessenskrediten. Das ist ein Problem in vielen Ressorts und speziell auch in der Kultur. Ich glaube aber, es ist immer gelungen, mit Nachbedeckungen, nicht zuletzt mit Mitteln, die auch vom Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer zur Verfügung gestellt wurden und freigeekämpft wurden, für einen gerechten Ausgleich zu sorgen, der uns selbstverständlich gemeinsam am Herzen liegen muß. Über die Aktion in Kindberg, Herr Abgeordneter Karrer, habe ich leider bisher überhaupt nichts gehört und kann daher nicht Ihre sehr konkrete Frage beantworten. Nach der Beschreibung könnte es der „steirische herbst“ gewe-

sen sein oder auch die Kulturinitiative, eines von beiden. Ich bin hier wirklich überfragt. Nach der Beschreibung scheint es sich um die Aktion einiger Naturfreunde gehandelt zu haben, die den Bruder Baum angesprochen haben, so wie anno dazumal der Franz von Assisi, der ja die Schwester Sonne, den Bruder Mond, den Bruder Baum und auch die Tiere als seine Brüder und Schwestern bezeichnet hat, ein früher Grüner gewesen ist. Offenbar hat es sich um eine ähnlich brüderliche Aktion gehandelt.

Die Frage der Musikschulen, Herr Abgeordneter Hammerl, Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Chibidziura, ist von Ihnen angesprochen worden. Ich gehe mit Ihnen voll konform, daß die Probleme der Musikschulen unsere Probleme insofern sind, als sie ja wirklich Fragen der dezentralisierten Kulturarbeit und Kulturpolitik sind. Wir werden uns sehr gerne mit diesen Fragen weiterhin beschäftigen. Für Dienstrechte ist normal die Gemeindeabteilung zuständig. Wir werden sehen, wie das in der Zuweisung erfolgt. Sollte die Rechtsabteilung 6 diesen Antrag erben, wird sie sich selbstverständlich auch damit zu beschäftigen haben. Wir haben uns im Kulturreferat mit diesen Fragen wirklich seit Jahren immer wieder auseinandergesetzt, und ich möchte auch kurz eine Bilanz ziehen.

Als ich im Jahre 1970 dieses Referat übernommen habe, hatten wir in der Steiermark, außerhalb von Graz, ich spreche jetzt von allen Bezirken außerhalb von Graz, 7600 Schüler und Schülerinnen an diesen steirischen Musikschulen. Heute sind es 13.000. Das war nur durch eine große gemeinsame Anstrengung der Gemeinden und des Landes möglich. Wir hatten damals 330 Lehrer und halten heute bei 558. Wir haben das Netz erweitert, um den Musikunterricht erreichbar zu machen, denn der Druck und das Interesse der Eltern ist ja wirklich sehr groß. Wir wissen das sehr genau. Als ich das Referat übernommen habe, hat es in der Steiermark 32 Musikschulen gegeben, heute sind es 43. Und die Landkarte ist wirklich mit den Zweigstellen und dem sogenannten dislozierten Unterricht zusammen praktisch völlig abgedeckt. Das ist ein großer Sprung nach vorne, der hier geschehen ist. Das wird natürlich auch im Budget sichtbar. Sie haben die Steigerungen selbst mitbeschlossen und können sie immer wieder sehen. Ich muß auch dazusagen, daß wir diese Ausweitung immer sehr sorgfältig vorbereitet und durch Regierungsbeschlüsse abgesichert haben. In Zusammenarbeit mit den Gemeinden, mit dem Landesfinanzreferenten konnten diese Beschlüsse gefaßt werden, die auf der anderen Seite auch die Qualifikation der Musiklehrer sehr genau definiert hat, so daß die Qualität des Unterrichtes Schritt um Schritt steigt. Die Musiklehrer, die seit Jahr und Tag treu gedient haben und keine offiziellen Qualifikationen von einer Hochschule haben, werden selbstverständlich nicht hinausgeekelt, aber für die Zukunft, für die neue Generation, gelten diese strengen Richtlinien, und die sind ja im Sinne des Musikunterrichtes für das ganze Land gedacht. In diesem Sinne möchte ich unterstreichen, daß unser Interesse an der Vollständigkeit dieses Netzes und an seiner Qualität selbstverständlich voll gegeben ist, und das werden wir auch in Zukunft gerne so halten.

Auch über den „steirischen herbst“ ein paar Worte. Die Produktion der Lurgrotte können Sie morgen in einer Woche, meine sehr geehrten Damen und Herren,

im Österreichischen Fernsehen sehen. Soweit ich informiert bin, ist es ein sehr schöner, ein sehr ästhetischer Streifen. Es hat sich ja nicht um irgendein Lärmspektakel gehandelt, sondern um etwas ganz anderes. Es haben hier sehr sanfte Künstler eine echte Gralsmusik hineinkomponiert in diese wunderschöne Naturbühne, und es wird sicherlich auch in Zukunft, so wie in anderen Naturgrotten, ich denke nur an Adelsberg, Postojna, in Slowenien, auch diese Bühne weiterhin erhalten bleiben, wie das in der Vergangenheit schon der Fall gewesen ist. Es hat ja schon viele Aufführungen in der Lurgrotte gegeben. Nur, diese hat besonderes Interesse gefunden, weil der „steirische herbst“ immer wieder Interesse anzieht.

Nun zum „steirischen herbst“ selbst noch eine Information, die vielleicht von Interesse ist. Sie wissen, wir sind dieses Jahr mit dem „steirischen herbst“ nach Amerika gegangen, nach New York und Los Angeles. Nicht aus irgendeinem Größenwahnsinn, aber wohl aus dem Wissen heraus, daß dieser „steirische herbst“ und die Künstler, die da auftreten, sehr wohl soviel Qualität haben, daß man sie auch im Ausland herzeigen kann. Dieses Herzeigen hat ja nicht nur den Sinn, sich zu berühmen, sondern diese Stadt und dieses Land bekannt zu machen und im Zusammenwirken mit dem Fremdenverkehr und vielleicht auch mit anderen Referaten für dieses Land dienlich zu sein. Aber was die Künstler selbst betrifft, haben sie ganz erstaunliche Erfolge erzielt. Es gibt Einladungen in die Vereinigten Staaten, es hat Ankäufe gegeben für das „Museum of modern art“, und es war ganz besonders interessant, daß diese neuen Maler, diese neue Generation von Malern, die zum großen Teil aus der Steiermark kommt, an der Westküste drüben sehr großes Interesse gefunden haben. Es haben diese Maler und eine Galeristin nicht weniger als 70 ihrer Bilder in Los Angeles verkauft. Das ist ein Erfolg, der in der Vergangenheit überhaupt nicht möglich gewesen ist, und man muß überhaupt dazu sagen: Wir haben von den siebziger Jahren her unsere steirischen Schriftsteller sehr gut über die Grenzen Österreichs hinaus bekannt machen können. Graz als die stille Hauptstadt der deutschen Literatur ist im deutschen Sprachraum sehr stark im Kurs gestiegen. Was diesen Autoren rund um Alfred Kolleritsch im Forum Stadtpark gelungen ist, scheint jetzt den steirischen Malern zu gelingen. Eine neue Generation von 30- bis 35jährigen, die großes Interesse für ihre Werke im Ausland finden, und zwar im Westen genauso wie auch beispielsweise im Raum Alpen-Adria. Es läuft gerade in Jugoslawien in Laibach, in Agram und in Belgrad eine Ausstellung über moderne österreichische Kunst. 23 moderne österreichische Maler werden dabei präsentiert, im Zusammenwirken mit dem Unterrichtsministerium und dem Kulturinstitut in Agram. Von diesen 23 sind nicht weniger als 19 Maler aus der Steiermark. Wir haben also hier eine ganz interessante Entwicklung, die wir gerne auch verfolgen werden und die sicherlich darauf zurückgeht, daß über den „steirischen herbst“, über die Neue Galerie, über ihren Leiter, Prof. Skreiner, die neue Generation immer wiederum ganz direkt angesprochen wurde und ihr auch die Unterstützung über Ausstellungen immer wieder gegeben wurde.

Über die Landesausstellung auf Schloß Herberstein wurde ausführlich gesprochen. Ich möchte nichts mehr

anfügen. Pferschy und Krenn, diese beiden exzellenten Historiker, sind daran, diese Ausstellung zusammen mit dem Bühnenbildner Lazlo Varvasovczky vorzubereiten. Wir hoffen natürlich, daß sie ein Erfolg ist, für Herberstein, für die Region, für die ganze Oststeiermark von Hartberg bis Vorau, herunter bis Feldbach und Bad Radkersburg. Es ist unsere Hoffnung, daß ein Paket angeboten werden kann zusammen auch mit der Ausstellung des Jahres 1987 auf der Riegersburg, die für die Region auch für die folgenden Jahre gerade im Hinblick auf den Fremdenverkehr, den sie so dringend notwendig hat, vieles bringt. In diesem Zusammenhang hoffen wir schon jetzt ähnliches für die Weststeiermark. Die Vorbereitungen sind im Gange für „Glas und Kohle“ in Bärnbach im Jahre 1988, wo an Ort und Stelle schon sehr aktiv gearbeitet wird und sehr viel Dynamik da ist, und das ist erfreulich. Wir wollen diese Partnerschaft haben, wir suchen sie ja. Ich bin jetzt schon sicher, daß wir mit dieser Ausstellung Erfolg haben werden. Natürlich sind die Überlegungen für die nächsten Ausstellungen auf Jahre im Gange. Wir werden immer wiederum dafür sorgen müssen, daß die Streuung über die steirische Landkarte erfolgt. Wir beschäftigen uns mit dem Thema „Geld und Handel“ für Judenburg. Das ist nicht neu. Wir beschäftigen uns ebenso mit dem Thema „Wein“ für das Grenzland und mit anderen Themen, die auch schon angesprochen wurden. Es drängen sich die Bewerber. Das ist für uns erfreulich, aber natürlich ist dadurch der Zeitplan schwieriger zu erstellen. Eine Nachwirkung einer solchen Ausstellung ist die „Eisenstraße“. Auch sie ist schon angesprochen worden vom Herrn Abgeordneten Hammer. Ich unterstreiche gerne diese Ausführungen. Wir erwarten uns einiges aus diesen Kooperationen, auch mit Wien.

„Styriarte“. Auch hier erfreulich, daß es gelingt, nicht nur einen großen Sohn von Graz, Nikolaus Harmoncourt, wieder zu uns zu holen, sondern auch diese Stadt Graz mit diesen traumhaften schönen Schauplätzen vom Landhaushof bis zum Dom hinauf und zum Schloß Eggenberg besser anzubieten, bekannt zu machen in der Hoffnung, daß hier auch ein qualitätsvoller Fremdenverkehr entsteht und sich gut entwickelt. Ich kann auch sagen, daß die Fernsehauzeichnung, die im Grazer Dom vorgenommen wurde, die Aufzeichnung der Johannespassion von Johann Sebastian Bach, am Karfreitag über das österreichische Fernsehen und voraussichtlich auch über Eurovision zu sehen sein wird. Auch ein erfolgreicher Abschluß dieses „Styriarte“-Jahres 1985. Gerade da ist es auch gelungen, private Mittel anzusprechen. Wir versuchen das immer wiederum.

Es geht ums Geld. Wir wissen sehr genau, daß das öffentliche Geld knapp ist. Wir sprechen private Mittel an. Da und dort mit Erfolg. Bei „Styriarte“ gilt das. Das gilt auch für den ersten Versuch, den wir auf Schloß Plankenwart in diesem Jahr gemacht haben. Sie werden davon gehört haben. Es ist gelungen, aus den Vereinigten Staaten, aus amerikanischem Besitz, eine interessante Ausstellung der Werke von Egon Schiele in die Steiermark zu bringen. Es hat sich der Besitzer von Schloß Plankenwart bereit gefunden, er hat es auf sich genommen, diese Ausstellung zu finanzieren. Wir haben nur eine gewisse Sicherheitsgarantie übernommen. Wir werden sie aber nicht aussprechen müssen,

weil diese Ausstellung so großen Erfolg gehabt hat. Es war die Schallgrenze etwa bei 15.000 Besuchern. Es sind bereits 25.000, es werden noch mehr werden bis zu diesem Wochenende. Es ist durch diesen Besucherstrom so, daß nicht ein einziger Steuerschilling für diese Ausstellung notwendig war, und wir sind dadurch ermutigt, dieses Modell ein anderes Mal wiederum zu spielen. Es wird mit demselben österreichischen Galeristen Sabarsky im nächsten Jahr anlässlich 100 Jahre Oskar Kokoschka auch eine interessante Ausstellung über diesen österreichischen Künstler aller Voraussicht nach im Mai und im Juni auf Schloß Plankenwart mit einer ähnlichen Finanzierungsförmel zu sehen sein. Private Kräfte hereinzuholen, muß auch immer wiederum unser Bestreben sein.

Ich möchte nicht unerwähnt lassen, daß auf diesem Gebiet in Stübing ein großes Werk gelungen ist. Sie kennen dieses Lebenswerk Viktor Pörtl's, dieses Freilichtmuseum in Stübing. Er ist darangegangen, ein Tagungs- und Ausstellungsgebäude quasi als Abschluß dieses Museums hinzubauen, und er ist nicht nur zur öffentlichen Hand gegangen, sondern hat als Privater – es ist ja auch ein privates Museum, es ist ein Verein und wird jetzt allerdings eine Stiftung werden – Mittel aufgetrieben, und das mit Erfolg. Der Neubau hat 11,1 Millionen Schilling gekostet. Davon wurden beim Land nur 3 Millionen Schilling angesprochen. Er hat vom Bund Geld hereingespielt und auch private Eigenmittel in der Höhe von über 5 Millionen Schilling in die Steiermark hereingebracht für dieses interessante Werk. Wir hatten anderswo auch große Besucherzahlen: Hans Adam Weißenkircher in Eggenberg über 40.000 Besucher, das Joanneum meldet eine Steigerung der Besucherzahlen um voraussichtlich 10 Prozent auf etwa 580.000 in diesem Jahr. Wir können sagen, daß auch ein breites Publikum immer wieder angesprochen wird mit Initiativen und Aktionen unserer Kulturpolitik. Wir suchen diese Breite, wir suchen diese Basis, weil wir den Menschen ansprechen wollen und müssen im ganzen Land: den Besucher, den Zuschauer und Zuhörer genauso wie den Aktiven, vom Blasmusiker angefangen bis zum Sänger im Grazer Opernhaus. Wir suchen also diese Breite auf der einen Seite, die Spitzenqualität auf der anderen Seite, um Bewußtsein und Selbstbewußtsein in Mensch und Land zu stärken.

In diesem Jahr 1986, und damit bis ich am Ende meiner Ausführungen, werden wir gerade auch im Rahmen der Ausstellung in Herberstein ein Dokument auszustellen haben, meine sehr geehrten Damen und Herren, das im nächsten Jahr genauso 800 Jahre alt sein wird. Es ist ein Dokument, das diesen Landtag auch interessiert, denn hier wird von Verfassung und Verfassungsreform gesprochen, und dieses Dokument ist praktisch die erste steirische Landesverfassung, zumindest ein Anfang. Man hat sie manches Mal auch die Magna Charta der Steiermark genannt. Sie geht zurück auf die Tatsache, daß im Jahre 1180 dieses Territorium, ich möchte sagen aus dem Schatten der weiten Vergangenheit herauf sich zu formen begonnen hat und zum Herzogtum geworden ist. Ottokar IV. wurde der erste Herzog der Steiermark, Friedrich Barbarossa hat ihm dieses Lehen verliehen. Das war ein großer neuer Anfang für steirische Entwicklungen,

steirische Geschichte. Aber gerade dieser Herzog, der 17 Jahre alt war, als er Herzog wurde, hatte in seinen jungen Jahren schon das Todesurteil in seinem Körper. Er war aussätzig, und diese Krankheit war nicht heilbar, und es war sicher, daß er früh und ohne Nachkommen sterben würde. Er hat sich den Kopf darüber zerbrochen: Wie sieht es mit der Steiermark nach mir aus? Und er hat einen Nachbarn gefunden und mit diesem Nachbarn einen Vertrag geschlossen. Und dieser Nachbar war der Österreicher Leopold von Babenberg. Und dieser Vertrag ist im Jahre 1186 geschlossen worden. Die beiden haben sich getroffen an der Grenze ihrer Länder, für uns hoch im Norden oben, an der Enns, in der Nähe der Donau, am Georgenberg, in der Nähe der Stadt Enns. Im August des Jahres 1186 haben sie dort einen Vertrag geschlossen, und der heißt bis heute die „Georgenberger Handfeste“. Nach diesem Vertrag wurde ausgemacht, daß, wenn die Steiermark oder der steirische Herzog ohne Nachfolger stirbt, Österreich, der Österreicher, die Babenberger dieses Land zum Erbe bekommen. Und das ist sechs Jahre später so gekommen. Im Jahre 1192, sechs Jahre später, ist Ottokar in sehr jungen Jahren gestorben, und die Steiermark kam zu Österreich, und damit ist unsere Geschichte bis heute herauf mit Österreich verbunden. Daran zu denken, wird auch im nächsten Jahr Gelegenheit sein, sicherlich im Rahmen unserer Landesausstellung und sicherlich im Rahmen dieser ganzen Erinnerung; die damit wieder an unsere lange und bedeutende Vergangenheit wachgerufen wird. Ich möchte aus dieser Georgenberger Handfeste zwei Sätze zitieren zum Abschluß, meine Damen und Herren, die Sie auch interessieren werden. Der eine vielleicht nicht ganz neu, aber in diesem Haus ist er, glaube ich, zumindest seit langer Zeit nicht zitiert worden. Es haben sich nämlich die Steirer damals abgesichert dagegen, daß der Babenberger in Wien vielleicht in Zukunft etwas zu übermütig werden sollte. Und es steht schon in diesem Vertrag aus dem Jahre 1186 wörtlich drinnen: „Von jenen Bedrückungen und Steuereintreibungen, wie sie bekanntermaßen durch österreichische Schergen geschehen, soll das Land unserer Herrschaft, die Steiermark, so, wie es bisher war, nach unserem Willen frei sein“. Das ist der eine Satz, der offenbar immer wieder aktuell ist und aktuell bleibt. (Abg. Dr. Strenitz: „Leider ist der Steirer als erster gestorben!“ – Landeshauptmann Dr. Krainer: „Der Vertrag war gültig und ist es bis heute!“) Und das zweite ist ein anderer Satz, der vielleicht auch für dieses Hohe Haus von Interesse ist, weil er, ich möchte sagen, eine Empfehlung an uns geblieben ist, wie wir unsere politischen Auseinandersetzungen austragen sollen. Da heißt es nämlich: „Wenn unter Steirern ein Streit oder eine Auseinandersetzung über irgendeine Angelegenheit entstanden ist, soll darüber nach dem glaubwürdigen Zeugnis erprobter und zuverlässiger Männer entschieden werden, und nicht durch Zweikampf“. Eine Empfehlung an diesen Landtag aus dem Jahre 1186. (Abg. Dr. Dorfer: „Bitte, was heißt das auf die Jetzt-Zeit übertragen?“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am Ende einen großen Dank an viele Männer und Frauen, die in der Kultur des Landes tätig sind, von den Vereinen bis zu uns herein nach Graz, auch an meine Mitarbeiter in der Steiermärkischen Landesregierung, Rechtsabteilung 6, Hofrat Dr. Dattinger, viele Dienststellen, das

Joanneum, das Landesarchiv, die Landesbibliothek, das Künstlerhaus und manche mehr seien miteinbezogen in diesen Dank, und auch das Team in meinem Büro, an viele, die immer wieder mit der steirischen Kultur viel auszuhalten haben, aber ich glaube, es lohnt sich. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen zur Gruppe 3 vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Abg. Ritzinger: Hohes Haus!

Die Debatte der Gruppe 3 hat um 8.30 Uhr begonnen und hat genau bis 10.30 Uhr gedauert, also zwei Stunden. Ich wiederhole meinen Antrag auf Annahme dieser Gruppe.

Präsident Zdarsky: Die Damen und Herren des Hohen Hauses, die mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 3 einverstanden sind, mögen eine Hand heben. Die Gruppe 3 ist somit einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Anton Preamberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Preamberger: Werte Frau Präsident, werte Damen und Herren!

Die Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, umfaßt folgende Ansätze:

Allgemeine öffentliche Wohlfahrt, unterteilt in Einrichtungen und Maßnahmen der allgemeinen Sozialhilfe, Einrichtungen und Maßnahmen der Behindertenhilfe, Maßnahmen der Blindenhilfe, Hilfe für Kriegsoffer und Geschädigte nach dem Opferfürsorgegesetz. Die freie Wohlfahrt ist unterteilt in Entwicklungshilfe im Ausland, Flüchtlingshilfe sowie sonstige Einrichtungen und Maßnahmen. Die Jugendwohlfahrt gliedert sich in Einnahmen und Ausgaben für Erziehungsheime, Jugendhilfe, Jugendfürsorgeerziehung. Weitere Ansätze: die Errichtung zur Behebung von Notständen, Maßnahmen bei Katastrophenschäden und sozialpolitische Maßnahmen in der Altersvorsorge. Die Wohnbauförderung des Landes ist gegliedert in die allgemeine Wohnbauförderung, in die Förderung nach dem Wohnbauförderungsgesetz, die Förderung nach dem Gesetz betreffend die Erhaltung und Verbesserung von Wohnhäusern sowie die Stadterneuerung. In der Gruppe 4 stehen im Voranschlag 1986 insgesamt Einnahmen in der Höhe von 3.662,496.000 Schilling und Ausgaben mit 5.070,356.000 Schilling gegenüber. Ich stelle namens des Ausschusses den Antrag auf Annahme.

Präsident Zdarsky: Meine Damen und Herren des Hohen Hauses. Um die Möglichkeit zu sichern, daß die zuständigen politischen Referenten in jenen Gruppen ihr Schlußwort halten können, in denen mehrere politische Referenten budgetiert haben, schlage ich im Einvernehmen mit den Obmännern der im Haus vertretenen Parteien vor, die Spezialdebatte der Gruppe 4 zu teilen, und zwar soll im ersten Teil die Soziale Wohlfahrt und im zweiten Teil die Wohnbauförderung behandelt werden.

Wird gegen diesen Vorschlag ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Wir beginnen mit dem ersten Teil der Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt. Zu Wort gemeldet hat sich Frau Präsident Klasnic. Ich erteile es ihr.

Abg. Präsident Klasnic: Frau Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Global denken – lokal handeln. Das war der Einleitungssatz unseres Generalredners Dr. Hirschmann, und dieses Motto gilt wohl ganz im besonderen für die Bereiche soziale Wohlfahrt, die die Hilfe für den einzelnen Menschen und die Stützung der Familien enthalten. Im Jahresvoranschlag 1985 waren 18 Millionen Schilling als Sonderbetrag für Privatinitiativen vorgesehen. Unter diesem Ansatz konnten im heurigen Jahr über 100 verschiedene Selbsthilfegruppen und Selbsthilfeprojekte direkte Zuwendungen erhalten, und es konnten damit laufende Sach- und Personalkosten getragen werden, aber besonders auch Starthilfen gegeben werden. Ich möchte an dieser Stelle ganz besonders unserem Landeshauptmann für diese Initiative im Vorjahr danken, weil die Wirkungen für die Zukunft wirklich weitreichend sein werden. Eine lange Liste von privaten Initiativen hätte ich hier vorzuzeigen, von Menschen, die sich wirklich gefreut haben, daß ihre Arbeit anerkannt und auch gefördert wird. Aber auch der Sozialreferent des Landes, Landesrat Gruber, hat mit einer Broschüre, die uns vorliegt und sich „Sozialpolitik im Spannungsfeld zwischen öffentlicher Hand und Privatinitiative“ nennt, und mit einer Tagung gezeigt, daß er sich ebenso als Sozialreferent für diese privaten Initiativen interessiert und bereit ist, diesen Weg der Zusammenarbeit mit diesen Gruppen zu gehen. Für mich ist dies ein Signal, ein Signal über den Standort der Sozialpolitik, über die Auswirkung, aber vor allem über die Bedeutung privater Aktivitäten, die gerade von den Verantwortlichen und Gutmeinenden in diesem Lande erkannt und unterstützt wird. Für die steirische Volkspartei gilt es, das Kleine zu stärken. Da gehen die Uhren wirklich etwas anders. Man kann sagen, daß es wirklich immer mehr Menschen in diesem Lande gibt, Frauen und Männer, die bereit sind, spontan auf Sorgen und Nöte zu reagieren und Nachbarschaftshilfe zu verwirklichen, Nachbarschaftshilfe umzusetzen. Nachbarschaftshilfe heißt im engeren Sinn, so steht es im Modell Steiermark, das Bewußtsein um die eigene Verantwortung für sich und seine Mitmenschen zu erkennen. Die Weckung und Aktivierung von Selbsthilfegruppen, die Unterstützung der Eigeninitiativen wird auch weiterhin unser Anliegen sein, wie zum Beispiel, wenn man darüber nachdenkt, wie man die Hauskrankenpflege flächendeckend in der Steiermark umsetzen kann, daß die Menschen die Möglichkeit haben, in ihrer eigenen kleinen Welt bleiben zu dürfen, daß das Wort von der sozialen Wärme, wie es Dr. Hirschmann gestern genannt hat, nicht nur ein Wort bleibt, sondern weiterhin täglich umgesetzt werden kann. Wir haben uns gerade daher entschlossen, auch im steirischen Sozialdienst die Koordination einzelner privater Organisationen mit Informationsweitergabe, mit Erfahrungsaustausch und den Verhältnissen unseres Landes angepaßt, weiterzugeben. Wir erkennen immer mehr, wie notwendig es ist, beamtete und ehrenamtliche Sozialarbeiter und Sozialhilfe miteinander zu verbinden.

In diesem Jahr 1985 wurden auch Feste und Jubiläen gefeiert. Ich nehme eines heraus: 25 Jahre Lebenshilfe. Das Ziel der Organisation Lebenshilfe, aber auch das Ziel ein Prozent für Behinderte. Diese Vereinigungen bemühen sich besonders um die Anerkennung der Rechte für geistig und mehrfach behinderte Menschen. Sie bemühen sich, Verständnis für behinderte Menschen zu erreichen und zu schaffen, und führen auch Fördereinrichtungen, die auch im ganzen Land gerne angenommen werden. Den wirklich Bedürftigen zu helfen, ist das Motto einer anderen Organisation, die auch ein Jubiläum gefeiert hat: 20 Jahre Katastrophenhilfe österreichischer Frauen. Über 25 Millionen Schilling dieser Privatgruppe konnten im Laufe dieser 20 Jahre in der Steiermark Menschen in Lebens- und Naturkatastrophen übergeben werden, und es ist wirklich sehr, sehr viel Not gelindert und Hilfe geschenkt worden, und vor allem das Gespräch mit den einzelnen hat auch jenen Menschen, die diese Hilfe bringen konnten, immer wieder Kraft gegeben. Die Brücke, auch eine Privatinitiative, ein Begegnungszentrum, untergebracht im Caritas-Kindergarten, ein Begegnungszentrum für behinderte und nichtbehinderte Menschen. Dort treffen sich vor allem jene, die erst kurze Zeit versehrt sind, das heißt im Rollstuhl sitzen und nicht die Möglichkeit haben, andere kulturelle Begegnungsstätten mit dem Rollwagen zu erreichen. Besonders wurden auch kirchliche Organisationen aus diesem Fonds unterstützt. Ich möchte hier stellvertretend der Caritas und all ihren Helfern sehr herzlich für die Sozialarbeit danken, die im ganzen Lande immer wieder geschieht. Der Herr Landeshauptmann hat ein Buch vorgestellt „Nachdenken über Politik“, und in diesem Buch ist ein Artikel vom Senator Ulf Fink aus Berlin, der genau das wiedergibt, was in einem Antrag der Österreichischen Volkspartei, der schon eingebracht wurde, enthalten, aber leider noch nicht umsetzbar ist. Ein Antrag, daß auch Menschen, die vorher nicht berufstätig gewesen sind, aber ehrenamtliche Arbeit leisten, selbst Pensionsbeiträge einzahlen und damit Pensionszeiten erreichen können. In Berlin war es umsetzbar. Wir werden uns weiter darum bemühen. Aber in diesem Buch „Nachdenken über Politik“ steht auch, daß wir handeln sollen. Wir wissen und wir hören es täglich, die Information ist ja so gut, daß trotz Milliarden an Entwicklungshilfe, trotz ungezählter internationaler Konferenzen, trotz wissenschaftlicher Entwicklungsmodelle und dem Einsatz von vielen idealistischen Helfern im Laufe der letzten Jahre sich in der sogenannten dritten Welt nichts gebessert hat, sondern daß es immer dramatisch schlechter wird. Es gibt Modelle, ich nenne heute drei stellvertretend für viele. Die ÖVP-Frauenbewegung hat eine Lehrwerkstätte in Medellín für Frauen, damit sie selbst in der Lage sind, ihre Kinder zu erhalten und ihnen Essen geben zu können. Sie lernen dort arbeiten. Wir haben ein Wasserprojekt in Ghana, wo die Möglichkeit geschaffen wird, daß 145 Kinder, die in diesem Kinderdorf untergebracht sind, auch zu gutem und gesundem Trinkwasser kommen können. Es gibt eine Initiative von Dipl.-Ing. Schaller, Schützenhöfer und Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Riegler, die sich „Solidarität mit Lateinamerika“ nennt, wo 63 Flüchtlingsfamilien konkret geholfen werden soll, um sich wieder eine Existenz aufbauen zu können. Bei all diesen Projekten steht uns Mag. Pumpernig laufend beratend zur Seite,

und der Herr Landeshauptmann sorgt immer dafür, daß auch Mittel im Budget untergebracht sind und wir diese Projekte auch wirklich unterstützen können.

Trotz privater Initiative brauchen wir auch die Hilfe der öffentlichen Hand. Nun ein kurzer Ausflug, Auswirkungen der Bundespolitik auf die Steiermark im sozialen Bereich. Wir haben eine sozialistische Bundesregierung mit freierlicher Unterstützung, und daher möchte ich Sie, die beiden anderen Fraktionen dieses Hauses, um Ihre Unterstützung bitten. Die Gesellschafts- und Familienpolitik, und damit familienpolitische Maßnahmen, werden auf Bundesebene beschlossen, weil Familiengesetze Bundesgesetze sind, sie müssen die Voraussetzungen schaffen, daß die Familien gerecht behandelt werden. Besonders auch jene, die mehrere Kinder haben. Wir hatten heuer am Raiffeisenhof eine familienpolitische Tagung des familienpolitischen Beirates, und es wurden übereinstimmende Ideen ausgearbeitet. Viele Anträge auf Bundes- und Landesebene wurden von Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei eingebracht. Aber jetzt eine konkrete Bitte. Der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Schaller hat gestern erzählt, wie es im landwirtschaftlichen Beratungsbereich aussieht, daß momentan die Mittel nur mehr in einer Form ausgegeben werden, daß jene, die diese Mittel brauchen, und jene, die diese Bildungsstätten benützen können, nicht mehr versorgt sind. Ich muß Sie auf etwas anderes aufmerksam machen. Ende Oktober bekam Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth die Nachricht, daß in der Steiermark zehn Familienberatungsstellen kurzfristig, sie muß sagen kurzfristig, nämlich jetzt schon mit Ende des Monats November, geschlossen werden sollen. Wer geht in eine Familienberatungsstelle? Menschen, die Rat brauchen, Menschen, die Hilfe und Information brauchen. Es gibt sicher dort und da Verbesserungsvorschläge, aber diese Maßnahmen und diese Wünsche, die das Familienministerium an diese Beratungsstellen hat, muß man bekanntgeben, aber nicht einfach sagen, binnen sechs Wochen wird ersatzlos zugesperrt. Der Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth hat ein Telegramm an die Frau Minister geschickt, aufgegeben am 25. November um 9 Uhr. Bis heute noch keine Antwort. Ich bitte Sie mitzuhelfen, daß auch in diesem Bereich eine gute Zusammenarbeit und eine klare Absprache möglich sind.

Ein anderes. Der Herr Abgeordnete Loidl hat gestern ganz kurz die Pensionen angeschnitten. Für uns als Österreichische Volkspartei ist der Zusammenhang zwischen Pensions- und Familienpolitik eine Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des Generationsvertrages. Und die von der ÖVP geforderten 3,9 Prozent für die Mindestrentner in unserem Heimatland wären nur eine kleine gerechte Lösung gewesen. Nein, die Verantwortlichen in der Bundesregierung haben sich anders entschieden. Wir sehen die Pension als Lohnersatz für den älteren Menschen. Als Ergebnis einer Arbeitsleistung eines Lebens, und da kann ich Ihnen sagen, daß die angeklungene gestrige Zufriedenheit bei 3,4 Prozent Erhöhung und der derzeitigen Inflation für mich nicht ganz verständlich ist. Und noch etwas, was ich auch nicht verstehe. Ein neuer Vorschlag, ja, man müßte es anders nennen, ein neuer Anschlag auf die Österreicher ist geplant. Mieter, Hausbesitzer,

Landwirte, Gewerbetreibende, jeder wird davon betroffen sein. Das ist die Änderung des Bewertungsgesetzes. Ich bitte auch in diesem Zusammenhang die beiden anderen Fraktionen, mitzuhelfen, daß nicht wahr wird, was in dieser Regierungsvorlage steht, nämlich daß es Erhöhungen geben soll bis zu 250 Prozent, sondern daß wirklich klargestellt wird, daß die Erhöhung keinesfalls mehr als 50 Prozent beträgt. Ich kenne unzählige Häuslbauer, unzählige Eigenheimbesitzer, die sich unter schwierigsten Voraussetzungen ein Zuhause geschaffen haben, die es aber wirklich treffen wird, wenn diese Erhöhung kommt. Berechnungen gäbe es hier, ich könnte Ihnen eine lange Liste aufzählen. Und weil ich bei der Bundespolitik bleibe, möchte ich mich beim Land Steiermark und besonders beim Herrn Landeshauptmann für die Einführung der Pendlerbeihilfe bedanken. Wer nämlich oft erlebt, welche Belastungen Tages- und Wochenpendler und damit auch ihre Familien tragen, der weiß, daß die vom Landeshauptmann geforderte Pendlerbeihilfe schon im vergangenen Jahr mehr als 30.000 Steirerinnen und Steirer in Anspruch genommen haben und dies ein kleiner Ersatz für die erhöhte Mühe ist, die diese Art des Broterwerbs mit sich bringt. Ist auch eine Bundesaufgabe. Und ich frage Sie, wo bleibt die Umsetzung bei einem Budgetverhältnis von 20 zu 1? Wirklich geholfen wäre den Arbeitnehmern in unserem Heimatland aber nur mit Betriebsansiedlungen. Und es waren alle gestern in diesem Raum betroffen, als der Kollege Loidl in seiner Rede davon gesprochen hat, daß 42 Prozent aller Arbeitslosen in der Steiermark Jugendliche sind. Jugendarbeitslosigkeit. Wir alle kennen die furchtbaren Auswirkungen und auch die Folgen. Dies wären nur einige Anliegen, die ich heute und hier vorbringen wollte. Die Menschen brauchen uns in diesem Land, und wir haben Verantwortung und haben auch Möglichkeiten. Helfen wir weiter zusammen, um neue Ideen zu entwickeln. Beachten wir aber dabei immer, daß Empfänger von sozialen Leistungen keine Almosenempfänger sind, sondern unsere Mitbürger. Und Armut, und man hört immer das Wort von der neuen Armut, ist auch nicht nur auf Einkommensgrößen begrenzt, sondern ausschließlich auch auf die Bestimmung grundlegender Bedürfnisse umzulegen. Mir ist hier eine Studie zugegangen, ein Auszug davon, wo Sie mir glauben können, daß sie nicht von der Österreichischen Volkspartei vorbereitet wurde, sondern vom Bundesministerium für soziale Verwaltung zum Thema Mindestlebensstandard in Österreich. Und hier steht folgendes: Wenn auch der Anteil Nichterwerbstätiger in der Armutsbevölkerung überproportional ist, so sind die meisten Haushalte, die unter der Armutsgrenze leben, solche mit zumindest einem Erwerbstätigen. Dies enthält unter anderem, daß die Bekämpfung der Armut sich nicht ausschließlich, ja vielleicht nicht einmal vorwiegend, auf sozialpolitische Tätigkeiten erstrecken darf. Es gilt auch, die Gewerkschaft und andere Sozialpartner, und da muß sich jeder angesprochen fühlen, für die Armutsbekämpfung zu aktivieren. Das heißt, wir alle müssen unser Bestes geben, die Verantwortlichen, die Helfer, die Beamten und die Freiwilligen. (Abg. Loidl: „Vor allem die, die geben müssen. Wir sind ja die, die verlangen!“)

Es gibt auch Menschen, die arm sind und momentan von der Gewerkschaft nicht vertreten werden, weil sie

keinen Arbeitsplatz haben, die meine ich auch damit. Für das bisher Geleistete danke ich von dieser Stelle aus jedem einzelnen. Denn ihre und unsere Arbeit gibt den jeweils Betroffenen Hoffnung und Zuversicht, und daher auch ein Bekenntnis der Österreichischen Volkspartei zum Teil der Budgetgruppe 4. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Zdarsky: Die Frau Abgeordnete Meyer hat sich zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg. Meyer: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Bevor ich zum Thema komme, darf ich der Frau Präsident Klasnic folgendes sagen: Wir sozialistischen Frauen haben bereits bei der Familienministerin Fröhlich-Sandner in der Sache der Familienberatungsstellen ebenfalls interveniert und angefragt, wie es hier wirklich aussieht. Wir haben die verbindliche Antwort erhalten, daß überhaupt keine Rede davon sein kann, daß diese Familienberatungsstellen ersatzlos zugesperrt werden. Sie werden überhaupt nicht zugesperrt, sondern die Kosten müssen zwar eingeschränkt werden, aber dafür wird besser und effizienter organisiert. Zu den Pensionen kann ich folgendes sagen. Wenn Sie, Frau Präsident, unserem Generalredner gestern zugehört haben, so müssen Sie auch festgestellt haben, daß er im Namen unserer Fraktion ein klares Bekenntnis abgelegt hat und betonte, daß auch wir der Meinung sind und sie vertreten, daß die Pensionsproblematik zugunsten der Mindestpensionisten einer Lösung zugeführt werden muß.

Nun zum eigentlichen Thema. Wenn bis heute in Österreich ein dichtes Netz sozialer Absicherungsmaßnahmen geschaffen wurde, das durch Maßnahmen aus der Sozialversicherung, aus der Arbeitslosenversicherung und aus dem Beihilfensystem gegeben ist, so haben wir in der Welt durch diese Hilfestellungen den Ruf eines sozialen Wohlfahrtsstaates errungen. Ein Großteil dieser Aufgaben fällt in die Kompetenz des Bundes, das ist klar, doch sind ebenso in Ergänzung dazu die Gemeinden und Länder verpflichtet, jenen in Not geratenen Menschen zu helfen, die von den Hilfeleistungen des Bundes nicht erfaßt werden. Wenn die Armut als Massenerscheinung zwar längst der Vergangenheit angehört, so gibt es trotzdem durch das Zusammenreffen besonders ungünstiger Umstände noch immer, und da stimme ich auch mit der Frau Präsident Klasnic überein, soziale und persönliche Notstände und Fälle von Hilfsbedürftigkeit, für die gesetzmäßig aber die Sozialhilfe des Landes zuständig ist. Die Sozialhilfe des Landes Steiermark, wie sie sich heute anbietet, umfaßt große Bereiche. Sie umfaßt die Hilfe zur Sicherung des Lebensbedarfes, die Hilfe in besonderen Lebenslagen, die besondere Hilfe für die betagten Menschen, die sozialen Dienste sowie die Behindertenhilfe und die Jugendwohlfahrt. Welchen Stellenwert all diese Hilfen einnehmen, zeigt wohl die Tatsache am besten, daß die Ausgaben im Landesbudget in den Bereichen Sozialhilfe von 1970 bis 1986 um 148 Prozent, die Ausgaben für die Behindertenhilfe im gleichen Zeitraum um 268 Prozent und die Ausgaben für die Jugendwohlfahrt um 77 Prozent gestiegen sind. Bedingt natürlich durch die seit Jahren bestehende Weltwirtschaftskrise, die auch auf Österreich überge-

griffen hat und auch bei uns die Arbeitslosigkeit ansteigen ließ, werden stärker als je zuvor an die Sozialhilfe Anforderungen gestellt, die relativ neu sind.

Einige Beispiele. Viele Familien können, bedingt durch die Arbeitslosigkeit oder den Entfall sonstiger Einkünfte, oft ihre Verpflichtungen für erhaltene Kredite zum Beispiel nicht mehr einhalten. Deshalb werden in den letzten Jahren vermehrt Anträge auf Hilfe in besonderen Lebenslagen gestellt. Oft ist dies auch deswegen der Fall, weil in vielen Fällen von Kreditunternehmen Kredite gegeben werden, die in keiner Relation zum Einkommen stehen. Auch die unverhältnismäßig hohe Steigerung des Wohnungsaufwandes ist ein allgemeines wirtschaftspolitisches Problem, das aber auch in den Bereich der Sozialhilfe hinüberreicht. Die finanziellen Belastungen der Einkommensschwachen können oft natürlich dadurch ein Ausmaß erreichen, das zur Folge hat, daß der übrige Lebensbedarf nicht mehr gedeckt werden kann. Mittel der Sozialhilfe werden daher vom Land und von den Sozialhilfeverbänden eingesetzt, um Wohnungsprobleme in Einzelfällen zu lösen oder bei der Lösung entscheidend zu helfen. Es wird daher in den kommenden Jahren eine verstärkte Aufgabe der Sozialhilfeträger sein, hierfür mehr Geldmittel zur Verfügung zu stellen. Da aus den angeführten Gründen in naher Zukunft sicher auf die Sozialhilfeverbände große finanzielle Belastungen zukommen, ist es besonders zu begrüßen, daß durch die Behindertengesetznovelle eine Änderung des Kostenschlüssels für die Behindertenhilfe vorgenommen wurde. Wenn früher die Sozialhilfeverbände 75 Prozent und das Land 25 Prozent der Kosten trugen, so ist das durch diese Novelle nun umgekehrt. Eine große finanzielle Entlastung ist dadurch für die Sozialhilfeverbände in den Bezirken gewährleistet. Was die Hilfe für die betagten Menschen betrifft, so wird nach einer Prognose des statistischen Zentralamtes in der Steiermark die Altersgruppe 60 Jahre und darüber bis 1990 um 7 Prozent zunehmen. Das erfordert natürlich eine zusätzliche Vorsorge für die Bedürfnisse der älteren Menschen. Die sozialen Dienste haben sich in letzter Zeit hervorragend entwickelt. Besondere Bedeutung haben hier die Alten- und Heimhilfen, die Essenszustelldienste, die Hauskrankenpflege und ähnliches. Alle diese sozialen Dienste sind deshalb so sehr zu begrüßen, weil gerade die älteren Menschen immer mehr den Wunsch haben, ihren Lebensabend so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden verbringen zu können. Sie leiden oft seelisch ganz furchtbar darunter, wenn sie plötzlich in ein Heim müssen. Trotz der sich immer mehr ausweitenden Altenhilfsdienste ist der Bedarf an Pflegeheimen sehr groß. Es wurden in den letzten Jahren alle vier Landespflegeheimanstalten in der Steiermark durch große Neu- und Umbaumaßnahmen bedeutend in ihrem Standard gehoben. Diese hier aufgezählten Maßnahmen bedeuten den Ist-Zustand. Für die Zukunft wird es nötig sein, die Hilfeleistungen immer individueller zu gestalten.

Der Einsatz der ambulanten Hilfe und Betreuung, der ja den Wünschen so vieler Menschen entgegenkommt, muß verstärkt werden. Der IFES-Studie über die Bedarfstendenzen in der Sozialarbeit im Lande Steiermark ist zu entnehmen, daß fast die Hälfte der befragten Steirerinnen und Steirer bereit sind, ehrenamtlich Nachbarschaftshilfe zu leisten. Es werden daher auch Projekte zu fördern sein, in denen ehren-

amtliche Tätigkeiten in die anderen sozialen Dienste eingebunden werden, um sie zu unterstützen. Wir müssen auch weiterhin dafür sorgen, daß jeder Hilfsbedürftige unabhängig von seinem Einkommen die Sozialdienste in Anspruch nehmen kann. Natürlich ist hier darauf zu achten, daß die, die Hilfe in Anspruch nehmen, auch ihren Einkommensverhältnissen angepaßte Beitragsleistungen dafür zahlen. Es ist sicher nicht einzusehen, daß in jedem Fall die öffentliche Hand alles unentgeltlich zur Verfügung stellt. Es soll auch in Zukunft so wie bisher dafür gesorgt werden, daß für die älteren Menschen, die auf Grund ihres Einkommens zu den sozial Schwachen zählen, die Lebensqualität weiter angehoben wird. Es ist besonders erfreulich, die Begeisterung der Senioren selbst mitzerleben, wenn sie im Rahmen der Altenurlaubsaktion des Sozialreferenten des Landes Steiermark einen 14tägigen Gratisurlaub einmal im Jahr absolvieren können. Wie oft ist das für viele Menschen der erste Urlaub ihres Lebens. Genauso zu begrüßen sind die Aktionen, die Landesrat Gruber schon vor vielen Jahren ins Leben gerufen hat, nämlich, daß behinderte Menschen einmal im Jahr für drei Wochen die Möglichkeit haben, im Landesbehindertenzentrum Andritz unter liebevollster Betreuung und schöner Umgebung einen Urlaub zu verbringen oder wenn Mütter mit behinderten Kindern auf Kosten des Landes Urlaub machen können. Aber auch die Behindertenhilfe nahm in den letzten zehn Jahren in der Steiermark eine überdurchschnittlich große Entwicklung. Wenn es Ziel der Sozialhilfe ist, alles zu unternehmen, um allen Menschen ein menschenwürdiges Dasein zu sichern, so gibt es doch noch eine Gruppe von Mitbürgern, die sicher am meisten der Zuwendung aller bedarf. Es sind dies die Behinderten. Ihr Weg ist oft beschwerlich und die Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen haben, sehr groß. Sie dürfen aber nicht unüberwindbare Hindernisse im Leben eines Behinderten sein. Wir als politische Mandatäre haben alles zur Beseitigung dieser Schwierigkeiten beizutragen. Viele Jahre reichen nun schon die besonderen Bemühungen im Lande Steiermark um diese Menschen zurück, und es wird alles getan, um eine Verbesserung ihrer Lebenssituation herbeizuführen. Die Maßnahmen der Um- und Nachschulungen, die geschützte Arbeit, die geschützte Werkstätte, die in so vorbildlicher Weise vielen Behinderten einen Arbeitsplatz sichert, sowie die Gewährung von Eingliederungshilfen, die Beschäftigungstherapie und das Pflegegeld ab dem sechsten Lebensjahr tragen zur Verbesserung der Lebenssituation wesentlich bei. Jährlich werden beträchtliche Mittel für den Ausbau von Einrichtungen für behinderte Menschen aufgewendet. Waren im Budget 1970 für Behindertenhilfe noch 63 Millionen Schilling vorgesehen, so sind es im Jahre 1986 bereits 583 Millionen Schilling. Die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden, den privaten Hilfsorganisationen und dem Land Steiermark ist außerordentlich gut. Im Vordergrund aller Bemühungen steht sicher die Rehabilitation, damit den Behinderten die Teilnahme am beruflichen, wirtschaftlichen und sozialen Leben nach Möglichkeit wiedergegeben wird. Denn das Gefühl, beruflich etwas leisten zu können, gebraucht zu werden, ist gerade für behinderte Menschen mehr als für jeden anderen ein ganz wichtiger Faktor für die seelische Gesundheit. In der Steiermark sind derzeit 1150 Behinderte auf einem

geschützten Arbeitsplatz in der freien Wirtschaft, und 266 auf einem des Landesdienstes untergebracht. Ein Drittel aller geschützten Arbeitsplätze Österreichs liegen somit in der Steiermark. Aus dieser Zahl kann man wohl am besten die langjährigen Bemühungen von Landesrat Gruber erkennen, den Behinderten eine Integration zu ermöglichen. Auf Grund der schwieriger gewordenen Arbeitsmarktverhältnisse, bei denen in erster Linie die leistungsschwächeren Gruppen auf der Strecke bleiben, war es in den letzten Jahren nicht mehr möglich, der steigenden Nachfrage nach geschützten Arbeitsplätzen gerecht zu werden. 1500 Mitmenschen, denen auf Grund ihrer Behinderung eine geschützte Arbeit zuerkannt ist, warten zur Zeit auf einen Arbeitsplatz. Aus diesem Grunde hat das Land Steiermark im Jahre 1982 mit dem Bau einer geschützten Werkstätte in Graz begonnen. Die Baukosten betrugen 60 Millionen Schilling, davon trug das Land Kosten von 23,2 Millionen Schilling. Derzeit sind in der geschützten Werkstätte Graz 162 Personen, davon 131 zum Teil schwer Behinderte, beschäftigt. Natürlich wurde hier der Wunsch nach geschützten Werkstätten auch in den Bezirken laut. Es ist deshalb so erfreulich, daß im heurigen Jahr mit dem Umbau des Werkstättengebäudes des ehemaligen Felten-Werkes in Kapfenberg-Diömlach begonnen wurde und nun bereits sechs Behinderte dort einen Arbeitsplatz haben. Ende 1986 werden schon 50 Personen, davon 40 Behinderte, einen Arbeitsplatz in Felten-Diömlach gefunden haben. Und für diese Initiative darf ich im Namen der Bevölkerung des Bezirkes Bruck und der angrenzenden Bezirke herzlich danken. (Beifall bei der SPÖ.)

Eine große Bedeutung fällt im Rahmen der Erfüllung der sozialen Aufgaben aber auch den privaten Wohlfahrtsorganisationen zu – das hat ja auch schon Frau Präsident Klasnic erwähnt –, die heute überhaupt nicht mehr wegzudenken wären. Die in diesen Organisationen Tätigen zeichnen sich durch ein hohes Maß an Idealismus und Hilfsbereitschaft aus. Die Keimzellen der privaten Wohlfahrtsträger waren und sind oft heute noch initiative Eltern behinderter Kinder, die mit viel Verständnis und Einsatz in berechtigter Sorge um das Wohl ihres Kindes an die Arbeit gehen. Die gute Arbeit, die hier geleistet wird, führt auch zu dieser hervorragenden und verständnisvollen Zusammenarbeit zwischen der öffentlichen Hand und den privaten Wohlfahrtsträgern. Besonders im Bereich der sozialen Dienste haben sich die Organisationen der privaten Wohlfahrt sehr bewährt. Und in Ergänzung zu den privaten Initiativen, die Frau Präsident Klasnic hier anführte, erwähne ich hier das steirische Altenhilfswerk, das heute 39 Altenhelferinnen und -helfer in der Steiermark beschäftigt. Von diesen wurden in den neun Jahren ihres Bestehens insgesamt 4700 alte Menschen betreut und dafür zirka 438.000 Arbeitsstunden aufgewendet. Und wenn man den Leistungsbericht der Caritas durchliest, die bereits ihren 60jährigen Geburtstag feierte, so ist dieser Bericht ein einziges Bekenntnis zur Nächstenliebe und zur Hilfe für bedürftige Menschen in allen Lebensbereichen.

Der Verein „Jugend am Werk“ hat sich am Anfang seines Bestehens, er besteht seit 1946, um Jugendliche bemüht, die auf Grund der damaligen ungünstigen Arbeitsmarktlage nach der Pflichtschule sehr schwer

vermittelbar waren. Wenn diese Aufgabe in der Zeit der Hochkonjunktur viel leichter zu bewältigen war, so ist es heute wieder in der Zeit wirtschaftlicher Schwierigkeiten nötig, sich um die Versorgung der Jugend mit Ausbildungs- und Arbeitsplätzen zu beschäftigen. Somit hat sich für den Verein „Jugend am Werk“ wieder der Kreis seines ursprünglichen Gründungsgedankens geschlossen.

Zu den besonders aktiven privaten Wohlfahrtsorganisationen zählt wohl auch die Volkshilfe. Ihr kommt eine große Bedeutung in der Altenbetreuung zu. Nicht vergessen darf man die großen Leistungen des Zivilinvalidenverbandes, der sein 25jähriges Bestehen im Jahre 1985 feierte. Galt es zuerst, die wirtschaftliche Not der Mitglieder zu lindern und Unterstützungen in mannigfaltiger Form zu gewähren, so bemüht sich dieser Verband auch ganz besonders darum, daß die Behinderten von dem Außenseiterdasein befreit werden, daß ihnen mehr Selbstbewußtsein gegeben wird. Und gerade in der heutigen, so unendlich harten und oft herzlosen Welt müßte man den Behinderten mehr denn je sagen, daß nicht der Grad der Behinderung zählt, sondern das Durch-und-durch-Mensch-Sein ist eines der wichtigsten Kriterien der heutigen Zeit. Mit behinderten Menschen kann man bestens zusammenleben, aber Menschen ohne Herzlichkeit, ohne Wärme und Humanität sind unerträglich.

Und wenn ich zum Schluß noch die Lebenshilfe als eine nicht mehr wegzudenkende private Hilfsorganisation erwähne, so deshalb, weil diese Organisation sich mittlerweile zur größten Hilfsorganisation Österreichs ausgeweitet hat und sie dank ihrer Mitarbeiter immer wieder alles tut, um die Not hilfsbedürftiger Menschen zu lindern. Die Arbeit aller dieser Organisationen, der freien Wohlfahrt, sind unendlich wichtig und unentbehrlich geworden. Sie tragen alle dazu bei, das Verantwortungsgefühl für Mitmenschen, die der Hilfe bedürfen, wach zu halten. Daß diese Organisationen auch wirklich voll anerkannt werden, zeigt wohl die Tatsache, daß in den Jahren 1980 bis 1985 152 Millionen Schilling als Förderungsbeiträge gewährt wurden. All diesen Vereinen mit ihren Mitarbeitern muß hier einmal der Dank im Namen aller, die diese Hilfe brauchen, ausgesprochen werden. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Abschließend meine ich, daß unsere Aufgabe als Politiker es weiterhin sein muß, sinnvolle Betreuungsmaßnahmen für Hilfsbedürftige, Ältere, Kranke und Behinderte zu fördern, damit alle nur erdenklichen Fälle von Hilfsbedürftigkeit erfaßt und so die Lücken im sozialen System geschlossen werden. Der Mensch muß im Mittelpunkt aller unserer politischen Bestrebungen stehen, und danach müssen wir als Mandatäre unsere Zielvorstellungen richten. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Präsident Klasnic: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Schrammel. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrammel: Frau Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, Hohes Haus!

Es ist erfreulich, daß von den beiden Hauptsprechern zu diesem Budgetkapitel Übereinstimmung bewiesen wurde, und das gerade beweist, daß in den letzten Jahren in der sozialen Sicherheit im Lande

Steiermark über alle Parteigrenzen hinweg eine volle Übereinstimmung gegeben ist und dazu sicher auch die Behindertengesetznovelle aus dem Jahre 1984 eine Grundlage ist. Ich möchte lediglich zu einigen Teilbereichen kurz Stellung nehmen, und zwar möchte ich eines herausgreifen, das vielfach übersehen wird. Wir haben in der Steiermark rund 3500 Pflegekinder in etwa 2000 Familien untergebracht, und es soll anerkennend hervorgehoben werden, daß diesen armen Kindern, die meistens Waisen oder auch Kinder aus sozial schwachen Familien sind, weggegeben wurden und daß sie dann auch eine Nestwärme finden konnten, ein Eltern Glück erleben können, eben von einer Familie aufgenommen werden konnten. Ich möchte diesen 2000 Eltern in der Steiermark vorerst einmal herzlich danken, daß sie den 3500 Pflegekindern ein Zuhause und eben eine Elternschaft gegeben haben. (Allgemeiner Beifall.) Bei dieser Gelegenheit möchte ich aber eines nicht unerwähnt lassen. Wir haben im Laufe des heurigen Jahres einen Landtagsantrag eingebracht, daß gerade für ältere Pflegekinder über das Land Steiermark ein erhöhter Förderungssatz gewährt werden soll. Soweit mir berichtet wurde, ist diesem Ersuchen auch schon entsprochen worden, und es werden die steirischen Pflegeeltern ab einem gewissen Lebensalter, und zwar ab dem 12. Lebensjahr, für ihre Pflegekinder einen erhöhten Pflegesatz bekommen. Das ist auch begründet, denn gerade ab diesem Alter werden die Bedürfnisse für die Kinder, nicht nur für die eigenen, auch für diese Pflegekinder, größer, und dadurch ist es gerechtfertigt, daß die Zuwendungen des Landes angehoben werden.

Ich möchte einer Organisation danken, die heute noch nicht erwähnt wurde, und zwar dem Pflegeelternverein, der in den letzten Jahren ohne jegliche Hilfe eine sehr nutzbringende Organisation aufgebaut hat, und dabei einen Namen nennen, nämlich den der Geschäftsführerin dieser Organisation, Frau Helga Baumann, und sie besonders hervorheben und ihr und all ihren Helfern herzlich danken, daß sie Hilfestellung und Beratung zur Unterstützung der Pflegeeltern und letztlich auch der Pflegekinder geleistet haben.

Ein weiterer Teilbereich sei kurz erwähnt, das steirische Mutterhilfswerk oder die Familienhilfe, die unter Landeshauptmann Krainer vor einigen Jahren gegründet wurde, wo das Land Steiermark 50 Prozent an Förderungen gewährt und die Gemeinden angehalten werden, auch den gleichen Betrag von 50 Prozent an Finanzierung aufzubringen. Es ist erfreulich, daß über die Sozialversicherungsverbände weitgehend dieser Restbetrag, eben diese 50 Prozent, erbracht werden konnten. Ich möchte aber an die Stadtgemeinde Graz im besonderen appellieren, daß sie nach dem Vorbild der anderen Gemeinden und Sozialverbände der Bezirke des Landes Steiermark gleichfalls bereit ist, eben diesen anteilmäßigen Beitrag von 50 Prozent zu leisten, um die sehr nutzbringende und sozial sehr wirksame Familienbeihilfe erhalten zu können und sie auch griffig zu gestalten.

Ein weiterer Bereich, den ich herausgreifen möchte, der zwar nicht in die steirische Sozialhilfe, aber doch in die Sozialpolitik gehört, ist ein Bereich der bäuerlichen Sozialversicherung. Der Kollege Loidl, der bekannt ist als ein sehr sachlicher Sprecher, hat in der Generalrede erwähnt, fast ein bißchen vorwurfsvoll, daß die Bauern-

schaft einen sehr beachtlichen Beitrag des Bundes für die Finanzierung der bäuerlichen Sozialversicherung bekommt. Wir wissen das. Ich möchte das in der Relation hier in diesem Hause klarstellen. Etwa 70 Prozent bezahlt der Bund für die soziale Sicherheit an die Bauernschaft. 30 Prozent, eben den Rest, die Bauernschaft selbst. Gerne würden die Bauern die gleichen Beiträge erbringen wie andere große Sozialversicherungsträger, wenn nicht das Verhältnis, und das muß man eben der Sache wegen klarstellen, zwischen Beitragspflichtigen und Beitragsempfängern sich so verändert hätte, daß seinerzeit bei der Schaffung der bäuerlichen Sozialversicherung das Verhältnis noch 1 zu 4, also vier Beitragspflichtige und ein Beitragsempfänger oder Pensionist, war und heute das Verhältnis, und das ist gar nicht so lange her, sich auf 1 zu 1 entwickelt hat. Das heißt, auf einen Beitragszahler kommt bereits ein Pensionist. Das ist eine sehr kritische Entwicklung. Ich möchte diese kritische Entwicklung deshalb besonders herausstellen, weil ich damit auch zum Ausdruck bringen möchte, daß die Zeitbombe der sozialen Versicherung auch tickt. Nicht nur wirtschaftliche Bereiche werden uns in den nächsten Jahren und Jahrzehnten Sorgen bereiten. Ich würde meinen, daß es verabsäumt wurde, in der Zeit der Rezession, zu Beginn der siebziger Jahre, schon eine Sozialreform anzustreben. Wir müssen mit der jetzigen Sozialpolitik, für die eben ein Sozialist, Minister Dallinger, zuständig ist, zur Kenntnis nehmen, daß nicht über das Jahr 1990 hinausgedacht wird, denn es gibt zur Zeit statistische Unterlagen, die uns besagen, daß beispielsweise die Pensionsversicherung im Jahre 1990 mit etwa 80 bis 100 Milliarden Schilling defizitär sein wird. Das sind Zahlen, die uns sehr zu denken geben müssen, zumindest auch einer VOEST-Krise nahekommen, ich würde sagen, weit darüber hinaus sogar die gesamte österreichische Bevölkerung betreffen, und hier eben gerade die Pensionisten. Wenn dann ein Bereich in der sozialen Sicherheit für die Bauernschaft immer noch vernachlässigt wurde, eben die Bauernpension, so möchte ich hier auch ein ganz offenes Wort sprechen. (Abg. Loidl: „Spät ist sie gekommen. Das ist der Grund!“) Ich weiß, wie schwer eine solche Pensionsregelung zu finanzieren ist, und ich muß gleich einleitend dazu sagen, es wäre undenkbar, der Bauernschaft neue Belastungen aufzubürden, gerade in sozialer Hinsicht. Es ist aber notwendig, wenn man bedenkt, daß die gemeinsame Pension für den Bauern und die Bäuerin bei einem Einheitswert von 50.000 Schilling, das ist ein Betrieb mit etwa 5 Hektar landwirtschaftlicher Gesamtfläche, 2165,40 Schilling ausmacht.

Also etwas über 2000 Schilling für zwei Pensionisten, und wenn die Bäuerin und der Bauer das bäuerliche Einkommen erarbeiten und natürlich auch die Sozialversicherungsbeitragsleistung gemeinsam erbringen, so ist es sicher gerechtfertigt, daß zumindest eine getrennte Auszahlung für die Bäuerin und für den Bauern erfolgt. Und es müßte das auch durchzusetzen sein. Ich möchte noch ein weiteres Beispiel herausgreifen, damit nicht die irrige Meinung entsteht, na, bei den größeren Besitzern schaut es ja wesentlich günstiger aus. Bei einem Einheitswert von 100.000 Schilling, das ist ein Besitz mit etwa 10 Hektar Gesamtfläche, bekommt die Bauernfamilie, also der Bauer mit der Bäuerin, beide zusammen, eine Pension bei Erreichung des 60. Lebensjahres von 4355 Schilling. Also etwas

mehr als 4000 Schilling. Das sind Pensionsleistungen, die sicher nicht in die heutige Zeit der sozialen Sicherheit, wo wir das immer wieder rühmend zum Ausdruck bringen, passen. Ich möchte daher ersuchen, daß hier diese Ungerechtigkeit beseitigt wird, daß uns aber von seiten der Bauernschaft keinesfalls Vorwürfe gemacht werden, daß wir zu wenig an Beiträgen erbringen. Ich habe hier einen Zeitungsausschnitt aus einer österreichischen unabhängigen Zeitung aus dem Jahre 1984, wo auf dem Titelbild zu lesen ist: „Unsere Bauern zahlen für Pensionen doppelt.“ Und zwar eben deshalb diese Überschrift, weil die Bauernschaft eben für jene über ihre Kinder auch Beiträge erbringt, die als weiche Erben oder eben über die Nebenerwerbslandwirte in andere Sozialversicherungsträger Beiträge erbringen.

In dieser Hinsicht möchte ich zum Schluß noch einmal appellieren, daß es ohne zusätzliche Belastung zustandegebracht werden muß, als nächste Sozialleistung für die Bauernschaft auch die Bäuerinnenpension zu schaffen, und zumindest als erster Schritt eine getrennte Auszahlung der Bauernpension an den Bauern und an die Bäuerin erfolgt. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Präsident Klasnic: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Erhart. Ich erteile es ihm.

Abg. Erhart: Werte Frau Präsident, Hoher Landtag!

In die Zuständigkeit des Sozialreferenten der Steiermärkischen Landesregierung fällt, die Sozialhilfe, Behindertenhilfe und Jugendwohlfahrt, deren Einnahmen und Ausgaben zusammen im Landesvoranschlag in der Gruppe 4 unter dem Titel „Soziale Wohlfahrt“ ausgewiesen sind. Meine Vorredner haben bereits umfassend zu diesem Thema gesprochen. Ich will nun einige Gedanken zu einem Teilbereich, nämlich zur Jugendwohlfahrt, bringen. Zunächst einmal einen Blick auf die Budgetziffern. Mit 113,7 Millionen Schilling, das sind um 0,5 Prozent mehr als im Vorjahr, ist dieser Betrag für die Jugendwohlfahrt vorgesehen. Das sind 10 Prozent Anteil am ordentlichen Haushalt der Rechtsabteilung 9. Wenn wir nun die prozentuellen Veränderungen der letzten 15 Jahre ansehen, so wurden für die Jugendwohlfahrt 1970 noch 18 Prozent ausgegeben, dafür damals für die Behindertenhilfe nur, unter Anführungszeichen, 29 Prozent, heute sind es 49 Prozent. Und damals für die allgemeine Sozialhilfe noch 53 Prozent gegenüber heute mit 41 Prozent. Die Schwerpunkte haben sich also verlagert. Heißt dies, daß die Jugendwohlfahrt heute weniger wichtig geworden ist? Sicherlich nicht, aber die Umstände haben sich geändert. Und zwar insofern, als mittlerweile, bedingt durch neue Strömungen in der Sozialarbeit sowie auch durch Geburtenrückgänge, die Zahl der Heimeinweisungen ebenso wie die Zahl der Pflegekinder zurückgegangen ist. Um gleich beim Pflegekinderwesen zu bleiben. Im Laufe der letzten zehn Jahre hat ein bedeutender Umdenkungsprozeß in Richtung der Aufwertung der Pflegefamilie und vermehrter Verantwortung für das Pflegekind stattgefunden. Die Zahl der Pflegekinder fiel in der Steiermark von rund 7000 im Jahre 1975 auf 3000, der Kollege Schrammel hat diese Zahl schon erwähnt, im Jahre 1984. Das hat, wie schon gesagt, verschiedene Ursachen, wie Geburtenrückgang, aber vor allem Ver-

besserung der Arbeit im vorbeugenden Bereich und eine möglichst lange Belassung des Kindes in der eigenen Familie. Daher nimmt aber allerdings auch dann der Anteil erziehungsschwieriger Kinder auf den Pflegeplätzen zu. In der Steiermark wurde in den letzten Jahren die Situation am Pflegekindersektor wesentlich verbessert. Es wird vor allem ein verstärktes Ausmaß auf die Auswahl und die Schulung von Pflegeeltern gerichtet. Der Pflegeelternverein, der im Jahre 1981 konstituiert wurde, hat seine Tätigkeit bereits auf die gesamte Steiermark ausgedehnt, und es bestehen nun mittlerweile bereits in fast allen Bezirken Pflegeelternrunden, und über Initiative des Vereines werden Pflegeelternberater ausgebildet, die in den einzelnen Bezirken zur Verfügung stehen. Eine wichtige Aufgabe der kommenden Jahre wird es sein, zusätzlich Pflegeeltern besonders zu schulen, um auch erziehungsschwierige und verhaltensgestörte Kinder in einem Familienverband betreuen zu können. Hier kann auch gesagt werden, daß mittlerweile aus der Erkenntnis heraus, daß ältere Pflegekinder einen erhöhten Lebenskostenaufwand haben, ab 1986, und das wurde auch von meinem Vorredner schon angerissen, es ein erhöhtes Pflegegeld für Pflegekinder über dem zwölften Lebensjahr geben wird. Es wird also 3010 Schilling betragen und für Pflegekinder unter zwölf Jahren 2610 Schilling, das heißt, ab dem zwölften Jahr gibt es eine Steigerung um 400 Schilling.

Doch nun zum Konträren, wenn wir so wollen, zur Heimerziehung. Die Heimerziehung entwickelte sich in den letzten Jahren, wie anfangs schon angedeutet, ebenfalls in eine vollkommen neue Richtung. Die Zahl der im Rahmen der Fürsorgeerziehung betreuten Jugendlichen sank in den letzten zehn Jahren insgesamt um 54 Prozent. Bei den Knaben um 43 Prozent, bei den Mädchen um 77 Prozent. Dieser zahlenmäßige Rückgang ist auf den erfolgreichen Einsatz der Erziehungsberatung und anderer Instrumentarien sowie auf die Tatsache auch geburtenschwacher Jahrgänge zurückzuführen. Infolge des Sinkens der Belagszahlen in den Heimen war es möglich, die maximale Belagszahl und die Größe der Gruppen den internationalen Normen anzupassen. Das heißt, daß die Intensität der erzieherischen Betreuung in der Gruppe nun eigentlich durch diesen Rückgang erhöht werden konnte. Dem Bestreben auf Öffnung der Heime wurde seit dem Jahre 1981 insofern Rechnung getragen, als Jugendliche im Rahmen der freiwilligen Erziehungshilfe nach Maßgabe freier Plätze die Lehre in heimeigenen Lehrwerkstätten bei internatmäßiger Unterbringung im Heim nun ermöglicht wird. Voraussetzung für diese Fälle ist die Fähigkeit, eine Lehre zu besuchen und eine Bestätigung des Arbeitsamtes, daß der Jugendliche zur Zeit eben nicht vermittelbar ist. In den letzten Jahren stieg die Zahl besonders schwieriger Jugendlicher mit höherem Durchschnittsalter in die Eingliederung ins Arbeitsleben sehr deutlich. Daher wurde der Betreuungsschwerpunkt auf den Ausbildungssektor verlagert. Die Jugendlichen haben die Möglichkeit, sowohl, wie schon erwähnt, in den heimeigenen Lehrwerkstätten oder auch in der freien Wirtschaft eine Lehre zu absolvieren. Diesem Bedarf entsprechend wurden bestehende Lehrwerkstätten ausgebaut und neue errichtet, so daß zur Zeit neben der schulischen

Ausbildung folgende Lehren möglich sind. So zum Beispiel im Landesjugendheim Hartberg: Gärtnerei, Herrenkleidermacher, Kfz-Mechaniker, Koch, Landwirtschaft, Maler und Anstreicher, Schlosser, Schuhmacher, Tischler und Tapezierer. Im Landesjugendheim Blümelhof, wo die Mädchen untergebracht sind: Damenkleidermacher, Fußpflege, Friseur, Gärtnerei, Koch, Kosmetik, Strickwarenerzeuger und Wäschezeuger. Sie sehen, auch sehr gefragte Berufe der Jugend, wie Kfz-Mechaniker, Koch, Schlosser, Tischler, Friseur oder Kosmetik, sind im Rahmen dieser Ausbildung möglich, und im Landesjugendheim Rosenhof gibt es auch noch ein paar Lehrstellen für Koch. Der Wandel vom einstigen geschlossenen Erziehungsheim mit Aufbewahrungs- und Isolierungscharakter zum heute offenem Heim mit Berufsausbildung als Schwerpunkt ist hiebei wohl offensichtlich. Aufschluß gibt auch die Zahl der Lehrlinge. Sie werden im Rosenhof drei Lehrstellen finden, im Blümelhof 80, in Hartberg 72, also in den Landesjugendheimen 155 Lehrstellen, beziehungsweise besuchen die Lehrlinge von dort aus private Lehrstellen. Dazu kommen noch 12 Lehrlinge in der Landesbildungsanstalt für Gehörgeschädigte, 24 im Landesbehindertenzentrum in Andritz, was letztlich zu 191 Lehrlingen insgesamt führt. Vergleichen wir diese Zahl mit der Gesamtzahl der Lehrlinge des Landes, also mit 450, so heißt das, daß über 40 Prozent aller Lehrstellen im Bereich des Sozialreferates liegen. Ich glaube, daß diese Bestrebungen, nämlich vermehrt die berufliche Ausbildung im Rahmen der Jugendwohlfahrt zu forcieren, sicherlich neben dem soziologischen pädagogischen Effekt auch einen wertvollen Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit darstellt. Ich würde den Rahmen meiner mir freiwillig vorgenommenen Redezeit sprengen, wollte ich noch auf die vielen weiteren Aspekte der Jugendwohlfahrt im Detail eingehen. So wäre noch zu den Möglichkeiten der freiwilligen Erziehungshilfe für Lehrlinge und Schüler, den Schulversuchen in den Landesjugendheimen, der ambulanten und externen Betreuung von Jugendlichen und vielem anderen viel zu sagen. Ich möchte aber zum Schluß kommen und allen, die sich um die Jugendwohlfahrt im besonderen annehmen und bemühen, sei es im privaten oder öffentlichen Bereich, ob als Pflegeeltern oder als Heimerzieher, als Mitarbeiter privater Vereinigungen oder als zuständige Beamte für ihre Leistungen im Rahmen der Jugendwohlfahrt besonders danken, und natürlich auch dem Sozialreferenten der Landesregierung, dem dieser Teil der sozialen Wohlfahrt auch besonders am Herzen liegt. Für die Zukunft sehe ich in Fortsetzung der bisher eingeschlagenen Richtung vier Hauptpunkte. Erstens: vermehrte Einbindung privater Träger in die Jugendwohlfahrtsarbeit. Zweitens: weitere Öffnung der Heime durch Aufnahme von Minderjährigen außerhalb der Fürsorgeerziehung. Drittens: Ausbau der Ausbildungsmöglichkeiten im Lehrwerkstättenbereich. Viertens: intensivere Bemühung und Verbesserung des Pflegekinderwesens. Ich bin überzeugt, daß wir damit in der Jugendwohlfahrt auf dem richtigen Wege sind. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Klasnic: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Mag. Rader das Wort.

Abg. Mag. Rader: Frau Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Kurz vor der Mittagspause, wenn Sie mir erlauben, noch ein paar grundsätzliche Sätze zur Sozialpolitik, wobei ich, was eigentlich unnötig ist, vorausschicke, daß ich mich zu einem Sozialstaat bekenne, der Großzügigkeit und menschliches Gefühl vermittelt, daß ich mich zu einem Sozialstaat bekenne, der Sozialhilfeempfängern das Odium der Befürsorgten nehmen möchte, und daß ich mich weiters zu einem Sozialstaat bekenne, der lieber einige, die es nicht verdienen, mehr unterstützt als einige durch den Rost fallen läßt, die es verdienen. Auf der anderen Seite, meine Damen und Herren, hat es diese Entwicklung aber mit sich gebracht, und die meisten Redner haben das heute angedeutet, daß es für alle Gebietskörperschaften in dieser Frage finanziell eng zu werden beginnt. Wir hatten im vergangenen Juni oder Juli einen Bericht hier im Hause über die Entwicklung der Sozialhilfeverbände, der zwar Verbesserungen gezeigt hat, aber trotzdem feststellen mußte, daß die jährliche Mehrbelastung der Gemeinden doch etwa rund 34 Millionen Schilling beträgt. Wir sahen ebenso in diesem Bericht die Aussage, daß die Rückzahlungen zurückgehen. Wenn wir einmal einen Besuch in der Arbeitsmarktverwaltung machen, dann sehen wir volle Gänge und volle Wartesäle, und überall beginnen wir, so auch hier in unserem Bereiche, in den Aufnahmen in den öffentlichen Bereich den Vorrang für Langzeitarbeitslose zu formulieren. Ich frage mich allerdings, meine Damen und Herren, wenn es eng zu werden beginnt auch mit den Arbeitsplätzen und wir überall den Auftrag erteilen, daß Langzeitarbeitslose bevorzugt werden, die in Wahrheit ja schwerer vermittelbar sind als diejenigen, die kurzfristig wieder vermittelt werden, auf wessen Kosten geht diese Bevorzugung? Ich bestreite überhaupt nicht die Quantität dieses Problems. Ich bin felsenfest überzeugt, daß es nicht nur so viele bedürftige Menschen gibt, die wir kennen, sondern sogar noch mehr. Aber erlauben Sie mir die Frage, ob es, wenn man weiß, daß sehr viele, die es zwar notwendig hätten, trotzdem den Weg zu den Sozialhilfestellen nicht finden, weil sie nicht wollen, weil sie es noch immer als persönlich negativ betrachten, dorthin zu kommen, ob es wirklich unbedingt diejenigen sind, die wir kennen, die die Unterstützung des Staates in höherem Maße verdienen, als die, die es nicht bekommen. Ich weiß, daß das eine kritische Anmerkung ist, die man in den falschen Hals bekommen kann, aber erlauben Sie mir, gerade in einer Situation, wo es eng wird, auch finanziell eng wird, solche Anmerkungen zu machen. Dann, meine Damen und Herren, gibt es auch noch eine andere Seite. Ich habe in den letzten drei Wochen eine Veranstaltungsserie in der Landeshauptstadt gehabt, in der ich mich bevorzugt mit den Menschen über die Frage der Ladenöffnungszeiten unterhalten habe, und habe bei dieser Gelegenheit sehr viele kleine Gewerbetreibende und Geschäftsleute gefragt. Nachdem es mir die ersten zwei oder drei gesagt haben, habe ich es nicht so ernst genommen, aber in jedem Bezirk, in dem ich war, habe ich welche getroffen, die mir gesagt haben: Irgendetwas muß bei diesem System nicht stimmen. Ich versuche schon seit Wochen und Monaten, Mitarbeiter zu bekommen, und ich bekomme keine. Ich bekomme keine Mitarbeiter. Und wenn es einmal gelingt, jemanden zu bekommen,

dann bleibt er drei bis vier Tage, eine Woche höchstens, und hört dann wieder auf. Wo ist da die Schwierigkeit im System? Und dann sehe ich den nächsten, der sagt, ja wissen Sie, ich habe das Gefühl, daß diejenigen, die vermittelt werden, in Wahrheit diese Vermittlung gar nicht wahrnehmen wollen, sondern es ihnen nur darum geht, aufgetaucht zu sein, und dann diesen Posten gar nicht haben wollen. Ich kann es verstehen. Es gibt einige, die in der Situation sind, daß das, was sie an Entgelt haben, summiert mit einigem, nennen wir es „Nachbarschaftshilfe“, Erarbeitetem, unter dem Strich sinnvollere und größere Ergebnisse bringt, als die Annahme dieses Postens. Nur frage ich mich, meine Damen und Herren, wir können das tolerieren im kleinen Ausmaß. Aber ist es wirklich so, daß diese Entwicklung so weitergeht, daß es immer mehr sind, die gar nicht wollen, sondern sich ständig vermitteln lassen und damit die Ziffern, die wir in der Arbeitslosigkeit haben, von vorn bis hinten nicht mehr stimmen. Wir müssen das deshalb aufgreifen, meine Damen und Herren, weil wir zur Kenntnis nehmen müssen, daß in Zeiten steigender Steuerlast, und in der sind wir, die Bereitschaft der Menschen, diese Dinge zu finanzieren, geringer wird. Und weil wir wissen, meine Damen und Herren, daß jegliche gesetzliche Grundlage nur so viel wert ist, wie sie tatsächlich vom Gefühl der Menschen draußen getragen wird, müssen wir alles tun, um diese Bereitschaft wieder herbeizuführen, um zu sagen, wenn es Auswüchse gibt, dann stellen wir sie ab, und ihr habt schon recht, wir müssen diese Dinge wirklich finanzieren. Ich weiß, meine Damen und Herren, es gibt keine Patentrezepte in diesen Fragen, die Auswege darstellen. Aber ich würde von meiner Warte aus folgendes sagen:

Es ist undenkbar, daß wir notwendige Leistungen zurücknehmen, und niemand sollte das überlegen. Es ist sicher möglich, daß wir verschiedene Leistungen verbilligen, indem wir teure stationäre Behandlungen, die es gibt, durch unter Umständen günstigere ambulante Behandlungen ersetzen. Es ist sicher möglich, daß wir verstärkt darauf drängen, daß es mehr Koordination und Kooperation zwischen den einzelnen sozialen Diensten gibt, und es ist sicher auch möglich, und das gehört zur psychologischen Frage; daß wir einen falschen Professionierungseifer zurücknehmen und wieder beginnen oder besser gesagt wieder aufhören, den Menschen einzureden, daß ein gesunder Hausverstand nicht ausreicht, um soziale Dienste und soziale Probleme zu lösen. Und da bin ich bei diesem Thema, mit dem ich mich in den vergangenen zwei Jahren fast ausschließlich in diesem Hause beschäftigt habe, mit den Selbsthilfegruppen. Die sind aber heute schon so sehr Zentrum der Ausführungen gewesen, daß ich mich darauf beschränken kann, daß ich froh bin, daß im vergangenen Jahr hier ein neuer Impuls gelungen ist. Ob sich dieser neue Impuls langfristig entwickeln wird, wird sich erst in den nächsten Jahren herausstellen. Es ist völlig richtig, daß Impulse im Selbsthilfebereich ja nicht nur finanzieller Natur sein dürfen, weil das ja dann keine Selbsthilfe mehr ist, sondern inhaltlicher und psychologischer Natur. Es ist heute, meine Damen und Herren, hier in diesem Hause auch die Jugendarbeitslosigkeit angeschnitten worden. Und es ist wirklich dramatisch, wie sich das entwickelt. Wir sollten uns nicht trösten, wirklich nicht trösten, aber ich habe mir die Situation in anderen Ländern aus dem

Jahre 1984 angesehen, und zwar immer im Vergleich Jugendarbeitslosigkeit und generelle Arbeitslosigkeit. Wir hatten in Österreich bei 4,5 Prozent Arbeitslosigkeit 4,6 Prozent Jugendarbeitslosigkeit im Jahre 1984. In den Vereinigten Staaten hatten wir bei 7,5 Prozent Arbeitslosigkeit 13,0 Prozent Jugendarbeitslosigkeit, also die Schere wird größer. Wir hatten in der Bundesrepublik Deutschland bei 9,1 Prozent genereller Arbeitslosigkeit 10,5 Prozent Jugendarbeitslosigkeit, also doch deutlich höher. Wir hatten in Frankreich bei einer Arbeitslosenrate von 9,2 Prozent eine Jugendarbeitslosenrate von 26,1 Prozent. Eine ungeheure Schere. Wir hatten in Großbritannien bei einer Arbeitslosenrate von 12,7 Prozent eine Jugendarbeitslosenrate von 21,8 Prozent, ebenfalls eine große Schere, gar nicht zu reden von Italien, wo wir bei 10,4 Prozent Arbeitslosenrate eine Jugendarbeitslosenrate von 33,5 Prozent gehabt haben. Das soll uns nicht trösten, meine Damen und Herren, um Gottes willen nein. Aber es soll uns zeigen, daß das doch eine Problematik ist, mit der andere noch viel weniger fertig geworden sind wie wir in Österreich.

Meine Damen und Herren, die Frau Präsident Klasnic hat als einen Schwerpunktausweg aus dieser Situation die Gründung neuer Betriebe genannt. Und ich stimme ihr bei. Man muß ganz einfach sehen, daß wir mit Produktionssteigerungen nicht weiterkommen. Wenn zum Beispiel im Jahre 1984 wir eine Produktionssteigerung in Österreich von 5,2 Prozent gehabt haben und das schlußendlich dazu geführt hat, daß wir 0,7 Prozent weniger Arbeitnehmer hatten, dann wissen wir, daß der Ausweg durch Produktionssteigerungen nicht reicht, sondern daß es darum geht, neue Betriebe zu finden, und zwar kleine Betriebe, und da wiederhole ich das, was ich schon gestern gesagt habe, nach meiner persönlichen Auffassung sollen es private sein. Ich habe daher auch soeben telegrafisch an unseren Bundesparteivorstand, der sich am Nachmittag mit der VOEST-Frage beschäftigen wird, angemerkt, daß ein Beschluß herbeigeführt wird, daß bei Alternativstrategien im verstaatlichten Bereich bei Betriebsansiedlungen primär der Schwerpunkt auf Ansiedlungen von Privatbetrieben gelegt werden muß. So ein Debakel wie in Judenburg, daß Pertsch nicht kommen konnte, weil man ihm zu viele Schwierigkeiten gemacht hat, das darf es ganz einfach nicht mehr geben. So kommen wir aus dieser Situation nicht heraus.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich diese kurzen Anmerkungen zum Sozialkapitel mit einem Appell schließen. Ich glaube, daß ein großer Teil der Entwicklung zur Unfinanzierbarkeit des Sozialstaates dazu beigetragen hat, daß wir auf der politischen Ebene, und da können wir uns alle bei der Nase nehmen, daher ist das kein Angriff gegen irgendjemanden, daß wir uns auf der politischen Ebene zu leicht haben hinreißen lassen, in solchen Debatten, jemanden, der verlangt hat, daß bestimmte Maßnahmen überdacht werden sollen, weil sie möglicherweise der jetzigen Realität nicht mehr entsprechen, gleich mit dem bösen Odium des Unsozialen gebrandmarkt haben. Wenn wir von dieser Haltung wegkommen, wenn wir jedes Nachdenken, jedes Überdenken einer sozialen Leistung so verstehen, daß man sagt, daß man damit Mittel freibekommt, um andere sozialpolitische Entwicklungen voranzutreiben, dann bin ich sicher, daß wir auch die Unfinanzierbarkeit in den Griff

bekommen werden, weil es ganz einfach viele Dinge gibt, die umgeschichtet werden können, wenn das politisch ermöglicht wird, und wenn nicht jeder, der sagt, denken wir doch einmal darüber nach, sofort mit dem Odium des Unsozialen, des Bösen, des Feindes aller sozial bedürftigen Menschen gestempelt wird. Mit diesem Appell darf ich schließen, und wir werden dieser Gruppe unsere Zustimmung geben. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Klasnic: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Horvatek. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Horvatek: Frau Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Es gehört fast schon zur Tradition unserer dreitägigen Budgetdebatten, daß unter den rund 100 Reden, die sich mit den wichtigen Problemen und Aufgaben unserer engen Heimat befassen, eine oder zwei sind, die den Blick auf das globale Elend, auf die unvorstellbare Not im Weltmaßstab richten, und Frau Präsident Klasnic hat heute auch darauf hingewiesen. Wir, die wir zu den wenigen Satten, ja manchmal Übersättigten dieser Erde zählen, haben nämlich weder die Möglichkeit noch das Recht, uns von dem Hunger und der Kritik am Rüstungswahn geistig und moralisch einfach abzukoppeln, auch wenn ich schon weiß, daß Entwicklungshilfe nicht immer etwas Populäres ist. Das Volkseinkommen der 7,5 Millionen Österreicher ist ungefähr gleich hoch wie das gesamte Volkseinkommen von 35 afrikanischen Staaten mit 260 Millionen Einwohnern. 34 Afrikaner müssen im Schnitt vom selben Einkommen leben wie ein Österreicher. Der kleine Ansatz, meine Damen und Herren, im Landesbudget für Entwicklungshilfe ist ein symbolischer Akt der Solidarität. Es gibt aber wieder Gelegenheit, den vielen zu danken, von Amesty International, der Volkshilfe, die zur Zeit ein beachtliches Projekt in Rio Juan in Nicaragua durchführt, der Caritas, über Städtefreundschaften bis hin zu den Entwicklungshelfern. Sie alle haben sich außerordentlich verdient gemacht. Und doch bin ich über den Wert der Entwicklungshilfe, die weltweit geschieht, im Laufe der Jahre immer nachdenklicher geworden. Wir leben immer noch in einer Welt der 50.000 Atomsprengköpfe. Nach den Berechnungen seriöser Wissenschaftler reicht das für einen 100-fachen Overkill. Der Krieg im Weltraum ist längst nicht mehr Science Fiction. Die Waffenschmieden der USA und der UdSSR werden 30 Jahre tätig sein, wenn der Wahnsinn des Weltraumwetttrüstens Wirklichkeit wird. Allein in den Vereinigten Staaten werden in den nächsten fünf Jahren dafür 26 Milliarden Dollar ausgegeben werden. Heuer werden weltweit eine Billion Dollar für die Rüstung ausgegeben, während die globale Entwicklungshilfe nicht einmal 5 Prozent dieser Summe ausmachen wird. Es wurde vor kurzem bei einem Friedensfest in Weiz ein Vergleich gebracht. Der Weltgesundheitsorganisation ist es mit einem gewaltigen Programm, das jahrelang gedauert hat, gelungen, auf dieser Erde die Pockenkrankheit auszurotten. Seit vier Jahren hat es keinen Pockenfall mehr auf der Welt gegeben. Dieses erfolgreiche Programm hat genausoviel gekostet, wie weltweit in drei Stunden für Rüstung ausgegeben wird. Ich glaube, Hohes Haus, es könnten alle satt werden. Aber im heurigen Jahr des Kindes starben und sterben 15 Millionen Kinder im

Alter unter fünf Jahren. Das sind 41.000 in einem Tag, 28 in jeder Minute; auch in diesen Minuten. Nur zehn Prozent der Kinder in den Entwicklungsländern werden gegen die sechs wesentlichen Kinderkrankheiten wirklich immunisiert, 600 Millionen leben in verseuchten Gebieten und sind von Krankheiten bedroht. 300 Millionen leiden an Wurmkrankheiten. 1984 – auch das ist ein interessanter Vergleich – kam in den USA ein Arzt auf 520 Menschen. In der Bundesrepublik auf 450, in Indonesien ein Arzt auf 11.500 und in Äthiopien ein Arzt auf 58.000 Menschen. Wo bleibt der Aufschrei über dieses Unrecht? Wenn ein Mensch stirbt, ist es eine Tragödie. Wenn 100.000 sterben – Statistik.

Hohes Haus, meine Damen und Herren! Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden über 120 bewaffnete Konflikte in den Ländern der dritten Welt gezählt. Die Militarisierung der Entwicklungsländer nimmt in abenteuerlicher Geschwindigkeit zu. Bevölkerungsexplosion, Analphabetentum, Schuldenkrise der dritten Welt im Ausmaß von fast 900 Milliarden Dollar, ökologische Katastrophen in weltweitem Maßstab. Deshalb werden viele nachdenklich, und Brigitte Erler, eine Politikerin, die sich zehn Jahre aktiv in der Entwicklungspolitik beschäftigt hat, fordert in dem jüngst erschienenen Buch „Tödliche Hilfe“ die Regierungen der Industrieländer auf, daß sie die Entwicklungshilfe überhaupt einstellen. Denn in fast allen Ländern der dritten Welt sind Politiker an der Macht, die mit dem Wohl ihrer Bevölkerung relativ wenig im Sinn haben. Ich zitiere sie: „Wir geben Geld an Eliten, die für die ausbeuterischen Verhältnisse in ihrem Lande verantwortlich sind. Wir exportieren ziemlich unkritisch eine Technologie in die Entwicklungsländer, mit deren Folgen wir in den Industrieländern selber nicht mehr fertig werden. Ein Großteil wird aus Ignoranz, bürokratischer Fehlplanung oder, um der Exportindustrie der Geberländer einen Gefallen zu tun, in unsinnige Projekte verschwendet, die für die Entwicklungsregionen oft mehr Schaden als Nutzen anrichten“. Es gibt also im zunehmenden Maße Stimmen, die meinen, daß es den Menschen in der dritten Welt ohne Entwicklungshilfe besser ginge. Man meint, Entwicklungshilfe sei längst eine riesige Behördenmaschinerie geworden, von Schmarotzern und Betrügern gar nicht zu reden. Ganz kann ich diese Sicht nicht teilen. Willi Brandt, der Vorsitzende der Nord-Süd-Kommission, kommt in seinem neuesten Buch „Der organisierte Wahnsinn“ zu positiveren Schlüssen. Indien kann sich mittlerweile selbst ernähren. Früher hat es dort gigantische Hungerkatastrophen gegeben. In China hat eine Milliarde Menschen genügend zu essen. Früher waren Hungersnöte an der Tagesordnung. In Südostasien ist eine industrielle Explosion vonstatten gegangen, die ihre objektive Bedeutung auch dort behält, wo soziale Reformen zu kurz gekommen sind.

Hohes Haus, meine Damen und Herren. Popkonzerte und Opernabende für Entwicklungshilfe werden nicht ausreichen. Auch ich halte viel von den zahlreichen kleinen Beträgen, wie jene, die wir leisten, Hilfe zur Selbsthilfe. Weltweit gesehen muß auf den unleugbaren Zusammenhang zwischen Hochnäht, Schuldenkrise und Armut reagiert werden. Will der Norden überleben, wird er um eine große Anstrengung um den Süden nicht herumkommen.

Österreich, und das sage ich sehr kritisch zum Schluß, gibt nur 0,23 Prozent seines Bruttosozialproduktes für Entwicklungshilfe aus. Das ist zu wenig. Die USA nur 0,24 Prozent. Vom Ostblock will ich gar nicht reden. Die Niederlande aber geben wenigstens über ein Prozent, Norwegen über ein Prozent und Schweden fast ein Prozent für Entwicklungshilfe aus.

Meine Damen und Herren! Wir dürfen ruhig ein schlechtes Gewissen haben. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Klasnic: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Stoppacher. Ich erteile es ihm.

Abg. Stoppacher: Frau Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, Hohes Haus!

Ich muß ehrlich sagen, Herr Kollege Dr. Horvatek, es ist nicht leicht, nach Ihrer Rede wieder nach Österreich zurückzukehren. Vor allem auch deshalb nicht, wenn man in unseren Augen berechtigt über das oder jenes spricht und jammert und seine Sorgen zum Ausdruck bringt. Im Vergleich zu dem, was Sie hier dargestellt haben, sind unsere Sorgen wahrlich keine Sorgen. Trotzdem. Wenn man hier hört, was sich in der weiten Welt tut, so wird man kaum genau feststellen können, wie weit die Ziffern von der Kindersterblichkeit, von der Säuglingssterblichkeit, vom Hungertod reichen. Ich glaube, es ist an sich auch nicht bedeutungsvoll, ob es Tausende, Hunderttausende oder Millionen sind. Jedenfalls, es sind zu viele. Das, glaube ich, steht einwandfrei fest.

Trotzdem lassen Sie mich wieder nach Österreich zu unseren Problemen, zu unseren Sorgen, zu unseren Wünschen und Nöten zurückkehren. Wenn wir das Landesbudget für 1986 in der Gruppe 4 ansehen, so können wir feststellen, daß mit Ausnahme der Ansätze 41 bis 46 insgesamt 1,572 Millionen Schilling an Ausgaben 712,6 Millionen Schilling Einnahmen gegenüberstehen. Ich möchte auch erwähnen, daß von diesen Einnahmen immerhin durch die Sozialhilfefverbände, die steirischen Sozialhilfefverbände, sprich die Gemeinden unserer steirischen Heimat, fast 206 Millionen Schilling als Ersätze zurückkommen.

Und lassen Sie mich nun bei diesen Sorgen, die wir auch haben, insbesondere aus einer Sicht zu diesem Kapitel sprechen, nämlich von der bäuerlichen Bevölkerung in unserem Lande Steiermark. Ich möchte einmal damit beginnen, daß wir ein wenig Umschau halten, wie schaut es mit der Gesundheit der bäuerlichen Bevölkerung in unserer steirischen Heimat aus. Es gibt hier Untersuchungen, die uns auch zu denken geben sollten, nicht zuletzt die Stellungskommissionen und die Ergebnisse der Stellungen zeigen uns immer wieder, daß eigentlich die Söhne und Töchter jener, wo wir glauben sollten, es ist der gesündeste Teil unseres Volkes, daß dem leider nicht so ist. Eine Untersuchung aus 1973 gegenübergestellt 1981 zeigt, daß schließlich von 1981 1478 Untersuchten 40,5 Prozent, und man sollte es nicht glauben, an Erkrankung der unteren Extremitäten leiden, was eine Steigerung von 27 auf 40 Prozent innerhalb dieser acht Jahre bedeutet. Die Schäden an Wirbelsäulen sind von 8 auf 33 Prozent, die Verminderung des Sehvermögens von 9 auf fast 23 Prozent gestiegen, die Halserkrankungen von 16 auf 22 Prozent, die Gebißschäden, Gott sei Dank, zurückgegangen von 13,5 auf 9 Prozent, die Verminde-

rung des Hörvermögens von 1,5 auf 1,2 Prozent, und schließlich der mangelhafte, ich betone, der mangelhafte Ernährungszustand – es klingt wie ein Witz in einer Zeit des Überschusses, und trotzdem ist es scheinbar so – ist von 22 auf 7,8 Prozent zurückgegangen. Das der Zustand unserer Jugend.

Ein Zweites bitte. Schauen wir auch ein wenig die ärztliche Versorgung an. Der Herr Dr. Strenitz hat die ärztliche Versorgung in Österreich der ärztlichen Versorgung in den Entwicklungsländern gegenübergestellt. Lassen Sie mich diese Gegenüberstellung in gleicher Art tun, und zwar eine Gegenüberstellung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum zur Stadt Graz. Im ländlichen Raum sind 510 praktische Ärzte angesiedelt. Von diesen haben 462 einen Vertrag, also 91 Prozent, mit den Krankenversicherungsanstalten. Dem gegenüber in Graz praktische Ärzte, einerseits die Krankenhäuser, andererseits auch die Fachärzte, ich komme dann darauf, 159, das sind 70 Prozent. An Fachärzten haben wir im ländlichen Raum 208, das sind 69 Prozent gegenüber 300 in der Stadt Graz. An Zahnärzten und Dentisten 251, und in Graz 128. Meine Damen und Herren, ich möchte nur grob gegenüberstellen. In etwa 250.000 Einwohner Graz, und dem gegenüber rund eine Million Menschen im ländlichen Raum. Die Herren aus den größeren Städten, wie Leoben und Bruck, mögen entschuldigen, daß ich diese zum ländlichen Raum zähle. Dann kommt noch dazu, wenn man gegenüberstellt, insgesamt 969 im ländlichen Raum und 587 in der Stadt Graz.

Meine Damen und Herren, daraus ist ersichtlich, daß hier einiges zu tun ist und daß es der Wunsch ist, daß wir auch im ländlichen Raum in den kleineren und größeren Städten und Märkten alles unternehmen und versuchen sollten, Fachärzte anzusiedeln, damit gerade auch jenem Bevölkerungsteil, der leider nicht zum gesündesten zählt, hier die ärztliche Hilfe relativ leicht gemacht wird.

Ein Nächstes, das ich gerne angezogen hätte, ist die Frage der Entwicklung der Leistungsaufwendungen. Seit 1979 ist in der Bauernkrankenversicherung der Aufwand für ärztliche Hilfe um 21,2 Prozent gestiegen, der Aufwand für die Heilmittel um 25,5 Prozent und für die Anstaltspflege um 32,6 Prozent. Man freut sich darüber einerseits, daß man sagen kann, daß der Aufwand für die ärztliche Hilfe in Relation zu den Heilmitteln zurückgegangen ist, nur hoffe ich, daß nicht allzu viele Heilmittel, die zwar geholt worden sind, eingekauft worden sind, aber dann nie gebraucht worden sind, dabei sind. Das möchte ich hoffen.

Und schließlich noch ein Wort zur Entwicklung der Beiträge. Die Beiträge rekrutieren und entwickeln sich ja aus den Einheitswerten. Dazu noch ein Wort. Die Einheitswerte im ländlichen Raum, insbesondere in der Land- und Forstwirtschaft, haben seit 1970 eine Entwicklung genommen, und zwar sind sie immerhin um 39,9 Prozent angestiegen. Sie hören richtig, 39,9 Prozent. Das bedeutet natürlich auch, daß dementsprechend auch die Beiträge zur Sozialversicherung sowohl der Krankenkasse, der Unfallversicherung, wie natürlich auch die Pensionsbeiträge entsprechend angestiegen sind. Und wenn man nunmehr hört, daß abermals eine Erhöhung der Einheitswerte, man hat hier gesprochen bis zu 250 Prozent, vorgesehen ist, so wäre das für die Landwirtschaft, sollten die Einheitswerte, die Hek-

tarsätze auch für die Landwirtschaft im gleichen Ausmaß erhöht werden, einfach tödlich. Ich sage das als Bürgermeister. Ich weiß schon, daß wir uns als Bürgermeister auch sehr freuen, wenn der Hebesatz beziehungsweise die Steuergrundlage, die Abgabengrundlage für die Grundsteuer höher wird, daß wir natürlich mehr Einkommen hätten, aber ich meine, es hat nur einen Sinn, dort etwas zu verlangen, wo auch noch etwas zu holen ist. Ich glaube, daß hier einfach das Limit, die Grenze erreicht ist, daß der Einheitswert im landwirtschaftlichen Bereich erhöht werden könnte.

Und lassen Sie mich abschließend vielleicht noch ein Wort sagen. Die soziale Wohlfahrt auch der Bauernschaft und der Menschen im ländlichen Raum muß immer unzureichend sein, wenn die Existenzfähigkeit der Bauernschaft, ihrer Betriebe und der Menschen, die in diesen Betrieben arbeiten, in Frage gestellt ist. Meine Damen und Herren, wir hörten von großen und größten Sorgen in der Land- und Forstwirtschaft. Denken wir an die Situation des Holzpreises, denken wir an den Milchsee, denken wir daran, daß der Herr Landwirtschaftsminister die Meinung vertritt, daß der Absatzförderungsbeitrag von 39 Groschen pro Liter auf 64 angehoben werden soll, denken wir an die erheblichen Mittel, die nicht nur der Bund, sondern auch die Bauernschaft und auch das Land Steiermark für den Viehabsatz aufzubringen haben. Denken wir an die Sorgen mit dem Getreideexport, denken wir auch hier daran, daß hier sowohl Mittel des Bundes als auch Mittel der Bauernschaft Verwendung finden müssen, und schließlich an die Finanzierung der Hofberater bei den Kammern. Und noch eines sei gesagt, denken wir auch daran, und das ist ein großes Problem, es würde einer Mehrheit, wie sie seit immerhin mehr als 15 Jahren die Sozialistische Partei bis 1983 gehabt hat und nunmehr einer Sozialistischen Regierung mit Hilfe der Freiheitlichen Partei Österreichs eine kleine Koalition, nicht schaden und nicht schlecht anstehen, wenn sie auch die Interessen der Opposition und eines Teiles, auch wenn sie heute eine Minderheit in Österreich ist, mit etwa 8 Prozent, wenn man die Interessen dieser Minderheit entsprechend berücksichtigen würde. Wenn ich an das Ergebnis der gesetzlichen Interessensvertretung denke, ich nehme an, daß ihr wißt, wie die Bauernkammerwahlen überall ausgegangen sind. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Die Bauern sind ja nicht in Opposition!“) Ich sage frei heraus. Der größte Teil der österreichischen Bauernschaft steht nicht in den Regierungsparteien, sondern steht in der ÖVP, in der derzeitigen Oppositionspartei. Das würde sowohl der SPÖ als Mehrheit in der Regierung, wie auch euch nicht schlecht anstehen, wenn man bereit wäre, die Sorgen und Nöte dieser Bauernschaft und die Ansichten der gesetzlichen Interessensvertretung – (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Das stimmt!“) Ich weiß nicht, Sie gehören auch dem Steiermärkischen Landtag an, aber ich kann mich erinnern, daß er bei der FPÖ angeblich kandidiert hat. Sie zählen sich ja heute noch dazu.

So glaube ich, würde das sowohl den beiden Regierungsparteien nicht schlecht anstehen, würde man die Interessen der Bauernschaft in entsprechender Weise würdigen und auch einsehen, daß es sich hier um einen Teil unserer Bevölkerung handelt, die durch Fleiß, Ausdauer und jederzeit im Wiederaufbau ist,

und daß die Bauernschaft im vermehrten Ausmaß von der Regierung ihre Unterstützung hätte. Insbesondere bitte ich Sie, von der Sozialistischen Fraktion, Ihren eigenen Minister Haiden, der für die Landwirtschaft sein soll, manchmal hat man den Eindruck, daß er auf das Wort „für“ vergißt. Ich bitte Sie um Ihre Unterstützung. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Klasnic: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Rainer das Wort.

Abg. Rainer: Frau Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Teil der Landwirtschaftsdebatte wird dann später behandelt werden, und auch jener Teil mit seinen Auswirkungen für die Sozialversicherung. Ich möchte mich daher nur mit jenen Aussagen beschäftigen, die zum Sozialversicherungsgesetz getätigt wurden. Das Jahr 1985 ist ja auch das Jahr des 30jährigen Bestandes des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes. Es ist sicher unerfreulich, wenn wir in den letzten Wochen damit konfrontiert wurden, daß 0,4 Prozent weniger Pensionssteigerung zu einer Darstellung in den Massenmedien geführt haben, daß dem Bürger allenfalls hier eingeredet werden soll, daß ihm was weiß ich wie große Beträge genommen werden. Vielleicht darf man das herausstellen. Völlig falsch ist aber das, was von der verehrten Frau Präsident Klasnic dargestellt wurde. Tatsache ist, daß im Hauptausschuß des Nationalrates am 28. November 1985 die ÖVP der Pensionssteigerung um 3,5 Prozent zugestimmt hat und daß erst danach die Forderung vom Abgeordneten Schwimmer und vom Herrn ehemaligen Vizekanzler Witthalm in der Öffentlichkeit verlangt wurde. Vielleicht darf man dazu (Abg. Präsident Klasnic: „Die Differenz hat es schon vorher gegeben. Das möchte ich ausdrücklich deponieren!“ – Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Der Abgeordnete Loidl war ehrlich und hat zugegeben, daß die steirische SPÖ enttäuscht war!“) einen historischen Bezug herstellen, als Witthalm zum Beispiel Vizekanzler war, es ist schon eine sehr lange Zeit her, ich weiß nicht, ob Sie sich daran erinnern, wir wissen es nicht mehr genau, wann es war, jedenfalls hat damals Witthalm zur Forderung der Sozialdemokraten hinsichtlich der Pensionssteigerung im Parlament folgendes wortwörtlich gesagt: „Da rühren wir nicht einmal ein Ohrwaschl.“ Hier sieht man sehr deutlich, wie diese Probleme auch behandelt werden können. Wir behandeln sie so sicher nicht. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Du redest von der Vergangenheit, wie immer!“) Wenn hier die relative Zufriedenheit des Abgeordneten Loidl in seiner Generalrede angesprochen wurde, dann sei mit aller Deutlichkeit unterstrichen: Es ist eine relative Zufriedenheit mehr als angebracht, weil wir im Gegensatz zu vielen anderen Staaten in der Lage sind (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Von der Unzufriedenheit hat er gesprochen. Du drehst ihm das Wort im Mund um!“), unser soziales System auch nach einem 30jährigen Bestand zu finanzieren. Wir sind dazu in der Lage, und wir sind in der Lage, so zu finanzieren, daß wir glauben, daß das weit über die neunziger Jahre hinaus möglich sein wird. Die Gründe liegen in der 40. ASVG-Novelle, und daher läuft ja die Darstellung des Abgeordneten Schrammel falsch. Es werden 1990 nicht 90 Milliarden Schilling gebraucht werden, sondern nach den Vorausberechnungen 76,1 Milliarden Schil-

ling. Das ist gegenwärtiger Stand der Vorausberechnungen.

Das ist beängstigend, aber die Entwicklung aller Sozialversicherungssysteme in der sogenannten freien westlichen Welt. Interessant in dem Zusammenhang ist aber die Entwicklung der letzten neun Jahre. Hier gab es eine Steigerung immerhin bei den Ausgaben auf 133,2 Milliarden Schilling von ursprünglich vor neun Jahren 55,4 Milliarden Schilling. Darin sieht man diese Entwicklung, die zugegebenermaßen sehr schwierig ist, die große Probleme verursacht, Finanzierungsprobleme auftut, die sich strukturell wie folgt ergeben: Der Bundesbeitrag betrug für das Jahr 1985, und hier unterscheide ich mich gegenüber dem Generalredner unserer Fraktion, weil es das aktuelle Jahr 1985 betrifft, für die Bauern 6,5 Milliarden Schilling, und um die Zahlen klarzulegen, für 179.000 Pensionsbezieher. Für das Gewerbe 7,7 Milliarden Schilling für 140.000 Pensionsbezieher. Nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, also Arbeiter, Angestellte, knappschaftliche Pensionen 1,290.000 Pensionsbezieher ein Aufwand von 20,9 Milliarden Schilling Bundesbeitrag. Ausgleichszulagenersatz für die Bauern 1,9 Milliarden Schilling, für den gewerblichen Bereich 850 Millionen Schilling, nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz 3,7 Milliarden Schilling. Insgesamt ergibt dies einen Beitrag von 41,55 Milliarden Schilling. Hier sieht man, wie gewaltig diese Auswirkungen sind und wie gewaltig diese Beiträge sind. Vielleicht kann man das besser erfassen mit absoluten Zahlen. Gestern wurde es mit relativen dargestellt. Ich weiß schon, Sie werden wieder unruhig werden, aber es ist eine faktische Zahl, die existiert. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Das ist nicht richtig!“) Nach dem ASVG werden 1985 pro Pension 6000 Schilling jährlich aufgewendet werden. Nach dem Gesetz für die Bauernpensionsversicherung werden es 60.000 Schilling sein. Hier sehen Sie die zehnfache Ausgaben Summe pro Pensionsbezieher in einem Jahr. Die Gründe liegen tatsächlich hier in der strukturellen Situation, die vom Abgeordneten Schrammel angesprochen wurde. Gegenwärtig eins zu eins, ein Aktiver, ein Pensionsempfänger. Etwa 1990 bereits eins zu eins zu eins, also eine Steigerung bei den unselbständig Erwerbstätigen. Wenn wir 1979 nehmen, sind pro 1000 aktiv Beschäftigten 526 Pensionen gezahlt worden. Wenn wir 1990 betrachten, werden es 648 Pensionen sein. Hier liegen die Gründe der Explosion der Kosten. Aber es gibt weitere strukturelle Gründe, die dafür besonders maßgeblich sind. Die Pensionsfälle sind sehr stark steigend, wie ich es eben dargestellt habe, bei allen Versicherungsträgern, verteuert ungemein die Kosten. Was aber weniger sichtbar wird, ist, daß die geringeren Pensionen wegfallen und daher immer teurere Pensionen anfallen und zusätzlich die Kosten erhöhen. Was ganz besonders beachtlich ist, daß wir auch aus den verschiedensten Sonderbereichen zusätzliche Pensionssteigerungen haben, und etwa in folgender Form: Wir haben in den letzten 15 Jahren neben der normalen Steigerung eine zusätzliche Steigerung bei den Pensionen von rund 30.000 zu verzeichnen gehabt. Das ist der wahre Grund der Kostenexplosion.

Jetzt zu der Steigerung 1986. Diese 3,5 Prozent Steigerung, die gewährt werden, sind in Wahrheit Ausgaben für die Pensionsversicherungsträger, die

zwischen 8, 10 bis zu 11 Prozent betragen werden. Die Gründe liegen eben in den dargestellten strukturellen Bedingungen, daß der Pensionsaufwand der einzelnen Versicherungsträger dadurch weitaus höher ist als die Steigerung für die einzelne Pension. Dennoch, weil auch das hier in einer Form dargestellt wurde, wie es zumindest nicht richtig ist, ist eine gewaltige Steigerung in den letzten Jahren eingetreten. Auch wieder einen längeren Zeitraum als Betrachtung herangezogen. 1970 bis 1985 Steigerung der Pensionen 187 Prozent, Steigerung des Verbraucherindex 135 Prozent. Effektive Steigerung der Pensionen 52 Prozent. Und wenn man jetzt den nächsten Wert nimmt, eine Steigerung für 1986 3,5 Prozent, und wir werden eine Preissteigerungsrate haben 1986, die mit Sicherheit, meine Damen und Herren, bei nur 3 Prozent, aber weitaus eher unter 3 Prozent liegen wird. Es wird also wieder eine reale Steigerung der Pensionen geben.

Und noch ein Wort zu diesem Abschlag für die Arbeitslosen von 0,4 Prozent. Ein Prozent Arbeitslosigkeit, meine Damen und Herren, kostet den Staat an Einnahmenentfall und an direkten Transferleistungen 5,2 Milliarden Schilling. Die Auswirkungen sind aber nicht nur für den Bundeshaushalt gegeben, sondern für jeden einzelnen unselbständig Erwerbstätigen. Es mußte daher, auch im ASVG, in den übrigen pensionsversicherungsrechtlichen Bestimmungen Auswirkungen geben, weil wir tatsächlich Finanzierungsprobleme haben und weil auch aus dem sozialen Risikenausgleich heraus das gerechtfertigt ist. Nun gibt es Überlegungen in der Öffentlichkeit, vielleicht könnte man überhaupt andere Modelle schaffen, und hier hat ja der Herr Abgeordnete Mag. Rader einen Appell ausgesprochen, der nur voll zu unterstreichen ist. Meine Damen und Herren, es wird ja hoffentlich noch erlaubt sein, über Modelle, über Finanzierungsmodelle, über Änderungen nachdenken zu dürfen, auch dann, wenn es allenfalls öffentlich passiert. Und da gibt es zum Beispiel ein Modell, das sehr stark aktualisiert wird, auch von den Massenmedien. Das ist das Modell der privaten Vorsorge. Ich weiß nicht, ob Sie es wissen, aber im Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz gibt es ja bereits diese Institution, nämlich der freiwilligen Höherversicherung mit steuerrechtlicher Begünstigung. Das wäre es ja, was ohnehin beansprucht werden kann. Es gibt auch Modelle, wo wir durch größere Einheiten im Bereich der verstaatlichten Industrie davon bereits doch einigermaßen Gebrauch machen, und mit Erfolg für die Versicherten. Aber die übrigen Überlegungen rein auf privatwirtschaftlicher Ebene mit den Privatversicherungen und jenen Vorsorgemodellen, die etwa folgendes vorsehen, daß Steuerbegünstigungen für jene gewährt werden, die es sich leisten können, private Vorsorgen in einem erheblichen Ausmaß zu tätigen, würde ja nichts anderes bedeuten, als daß es eine Umverteilung von unten nach oben gibt. Und dieser, bitte schön, wollen wir tatsächlich nicht das Wort reden. Hier sollte man ernsthaft überlegen, wer über diese freiwillige Höherversicherung hinaus noch Möglichkeiten der Vorsorge hat, der soll es tun. Hier gibt es ohnehin auch wieder steuerrechtlich für Versicherungen entsprechende Möglichkeiten. Eine weitere Überlegung, die zu großem Disput – (Abg. Ing. Stoisser: „Private Vorsorge nicht!“) Doch, Herr Präsident, schon. Aber gemessen

nach den heute gegebenen rechtlichen Grundsätzen, und nicht so, wie die Vorstellungen da sind, weitere erhebliche Steigerungen, weil ja sowieso auch für die älteren Mitbürger über 50 zusätzliche Möglichkeiten der Versicherung steuerrechtlich noch gegeben sind. Eine weitere Überlegung, die zu einer sehr polemischen Auseinandersetzung geführt hat, aber die es wert ist, auch überlegt zu werden, das ist die sogenannte Wertschöpfungsabgabe. Meine Damen und Herren, wie diese Überlegungen aufgetaucht sind, ohne daß sie jetzt nur den Hauch einer Realität bereits hätten, ist in der Öffentlichkeit eine unglaubliche polemische Diskussion ausgebrochen. Nachdenken wird man wenigstens noch dürfen. Wenn wir davon auszugehen haben, daß auf Grund der demographischen Kurve das Bevölkerungswachstum zurückgehen wird, wenn wir davon auszugehen haben, daß diese strukturellen Gegebenheiten, die ich dargestellt habe, zu einer Situation führen werden, daß die Finanzierung der Pensionen immer schwieriger wird, dann wird man auch Modelle überlegen dürfen. Ich bin zum Beispiel der katholischen Sozialakademie sehr, sehr dankbar für ihre Überlegungen, die weit darüber hinausgegangen sind, die sogar ein Einkommen ohne Arbeit überlegt, weil eine Gesellschaft ohne weiteres denkbar ist, wo ein derartiges Erfordernis gegeben erscheint. Auch diese Überlegung ist miteinzubeziehen. Niemand hat im Moment ein Modell der absoluten Lösung, aber das, was wir momentan vorgesorgt haben, reicht so weit, meine Damen und Herren, daß wir ausreichend und genügend Zeit haben, Lösungsmodelle zu finden, die die soziale Sicherheit auch in der Zukunft gewährleisten. Ich danke Ihnen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Klasnic: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Chibidziura. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: Keine Angst, meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrte Frau Präsident, ich werde nicht lange sein, aber Zeit zur Richtigstellung muß sein. Und zwar hat mich der Kollege Stoppacher zu einer Entgegnung herausgefordert. Es ist schlichtweg falsch, wenn man behauptet, daß die Einheitswerte der bäuerlichen Anwesen erhöht werden sollen. Es ist lediglich gedacht, daß die Wohnhäuser neu berechnet werden sollen, und darüber gibt es noch Gespräche. Eines kann ich Ihnen auch sagen, daß wir uns bemühen werden, daß das auch ausgeklammert wird. (Abg. Buchberger: „Ich habe in den letzten Jahren genug miterlebt!“) Zum zweiten, weil uns gerade ein Vortrag gehalten wurde über die Notwendigkeit der Wahrnehmung der bäuerlichen Interessen. Im Budgetüberschreitungsgesetz waren 1,5 Milliarden Schilling für die Bauern beinhaltet. Wissen Sie, wer dagegengestimmt hat? Die ÖVP. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ.)

Präsident Klasnic: Als nächster Redner hat der Herr Landesrat Gruber das Wort.

Landesrat Gruber: Sehr geehrte Frau Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Die Sozialpolitik und die soziale Wohlfahrt haben in den letzten Jahren zweifelsohne unter geänderten

wirtschaftlichen Rahmenbedingungen tätig sein müssen, man muß das zweifelsohne auch in der Gegenwart und in der Zukunft berücksichtigen. Diese geänderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen können und dürfen aber nicht dazu führen, daß sofort mit einer entsprechenden Kritik am sozialen Wohlfahrtsstaat und an den sozialen Leistungen eingesetzt wird und Versuche unternommen werden, die sozialen Leistungen einzuschränken oder sie überhaupt außer Kraft zu setzen. Ich glaube, daß gerade in einer Zeit wirtschaftlicher Schwierigkeiten ein Sozialsystem seine Nagelprobe zu bestehen hat und unter Beweis gestellt werden muß, daß die Verantwortungsträger der öffentlichen Sozialpolitik bereit sind, sich ihrer gesellschaftlichen Gesamtverantwortung im sozialen Bereich immer wieder bewußt zu sein. Wenn wir, an diesen Grundsätzen orientiert, die Sozialpolitik in Österreich, in den Ländern und in den Gemeinden, beurteilen, glaube ich, daß wir auch in diesem Jahr und mit dem Ausblick auf das nächste sagen können, daß diese Verantwortungsträger dafür gesorgt haben, daß die Sozialpolitik nicht nur im bisherigen Umfang weitergeführt werden kann, sondern, daß es immer wieder auch gelingt, neue und zusätzliche Leistungen zu übernehmen und damit die soziale Sicherheit weiter auszubauen. Wenn man die Budgetziffern betrachtet, so sind es im Bereich der sozialen Wohlfahrt steigende Budgetziffern, und es wird auch damit festgeschrieben, daß die sozialen Erfordernisse den laufenden Gegebenheiten angepaßt werden.

Wenn gerade im Hinblick auf jenen Personenkreis, der das geringste Einkommen in Österreich hat, in den letzten Jahren immer wieder eine besondere Diskussion geführt wurde, so können wir auch feststellen, daß es trotz aller Bedenken heute doch in Österreich so ist, daß die Massenarmut beseitigt wurde und daß im hohen Maße ein sozialer Wohlstand geschaffen wurde, wie er vielleicht vor zwei Jahrzehnten noch nicht einmal denkbar gewesen wäre. Sicherlich gibt es aber auch zum Zeitpunkt in unserem Lande noch immer Armut. Wir würden hier die Realität verkennen, wenn wir nicht diesem Problem unsere Aufmerksamkeit zuwenden würden. So haben schon die Sozialreferenten der Bundesländer sich Ende der sechziger Jahre mit dieser Thematik auseinandergesetzt, und die sozialistische Bundesregierung unter Dr. Kreisky hat in ihren jeweiligen Regierungserklärungen immer wieder den Kampf gegen die Armut deklariert und Bemühungen gesetzt, um die Armut zu verkleinern. Es ist interessant, wenn wir Mitte der achtziger Jahre einen Blick in gewisse Studien werfen, die für dieses Thema angestellt wurden, weil hieraus neue Erkenntnisse für diesen Aufgabenbereich deutlich werden. Es gibt hier den neuesten Forschungsbericht aus Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. In diesem Forschungsbericht, der ja bekannt ist und in den letzten Monaten herausgekommen ist, schreibt im Vorwort der Sozialminister: Die Bekämpfung der Armut ist nicht ausschließlich eine Frage staatlicher Sozialpolitik, sondern ein umfassendes Problem der sozialen Ungleichheit und gesellschaftlichen Solidarität. Die Studie möge dazu beitragen, die Fragen sozialer Benachteiligung wieder stärker in die öffentliche Diskussion zu bringen. Der Nachrichtendienst der katholischen Sozialakademie, der sich auch mit dieser Studie auseinandergesetzt hat, hat in einer interessanten Schlußfolgerung eine Fest-

stellung getroffen, die zweifelsohne den Kern dieser Frage trifft, indem man die Aussage macht: Armutsbekämpfung müßte also primär Sache der Sozialpartner sein. Bei den alljährlichen Kollektivvertragsverhandlungen sollten sie diesen Aspekt stärker berücksichtigen und für die Niedrigstverdiener entsprechende Einkommenssteigerungen abschließen. Es ist also zweifelsohne von vielen damit Befassten festgehalten, daß diese Aufgabe der Armutsbekämpfung keine ausschließliche Aufgabe der Sozialpolitik ist, sondern hiezu sind viele gesellschaftliche Kräfte aufgerufen. Wir mit unserem Landesbudget, dem Budget der Sozialhilfeverbände, den Budgets der Gemeinden können zweifelsohne auch einen bestimmten Beitrag leisten. Diesen Beitrag immer wieder zu erbringen, sind auch wir selbstverständlich aufgefordert. So sind in dieser Haltung auch in den entsprechenden Budgetansätzen für das Landesbudget 1986 und auch in den Verbandsbudgets der Sozialhilfeverbände die entsprechenden Erhöhungen vorgesehen. Es ist zweifelsohne eine interessante Feststellung, wenn wir darauf hinweisen, daß die Ausgaben des Landes, der Sozialhilfeverbände und der Landeshauptstadt, des Magistrates Graz, die Jahr für Jahr die Aufgaben der Sozialhilfe, der Behindertenhilfe und der Jugendwohlfahrt wahrnehmen, steigend sind, im nächsten Jahr die Ausgaben Summe von etwa zweieinviertel Milliarden Schilling erreichen werden. Damit können die traditionellen Aufgaben erfüllt werden, und damit kann all denen, die bisher soziale Leistungen aus diesem Verantwortungsbereich in Anspruch genommen haben, zur Beruhigung gesagt werden: Auch im nächsten Jahr sind diese Leistungen sichergestellt. Interessant ist auch, wenn man einen längeren Zeitraum überblickt, wie sich die Gewichtungen der finanziellen Aufwendungen innerhalb der Sozialhilfepolitik, der Behindertenhilfe und der Jugendwohlfahrt verschoben haben. Schon einige Debattenredner, die in dankbarer Weise auf viele Probleme im spezifischen hingewiesen haben, haben dazu Bemerkungen gemacht, und ich darf daher auch nur in einer ganz groben Gegenüberstellung festhalten, daß heute die Behindertenhilfe im Hinblick auf die finanziellen Aufwendungen wirklich ein Schwerpunkt der gesamten Ausgaben aus dem Landesbudget und den Budgets der Sozialhilfeverbände geworden ist. Die Entlastung, die den Sozialhilfeverbänden durch den Beschluß des Landtages im vorigen Jahr zugute kam, war daher für die Sozialhilfeverbände eine wahrlich notwendige Maßnahme. Bei einem Vergleich dieser Leistungen für die drei Gruppen Sozialhilfe, Behindertenhilfe und Jugendwohlfahrt zeigt sich, daß 1970 53 Prozent für die Sozialhilfe aufgewendet wurden, 1986 nur mehr 41 Prozent aufgewendet werden müssen. Für die Behindertenhilfe mußten 1970 29 Prozent aufgewandt werden, 1986 sind es 49 Prozent, und für die Jugendwohlfahrt wurden 1970 18 Prozent aufgewandt und werden 1986 nur mehr zehn Prozent aufzuwenden sein. Mit dieser Schwerpunktentwicklung ist wohl mit aller Deutlichkeit unterstrichen, daß wir uns der Behindertenhilfe im hohen Maße verpflichtet fühlen und auch eine Unzahl von Maßnahmen gesetzt haben, um den behinderten Menschen in unserem Lande mehr als bisher das Leben zu erleichtern.

Durch die Zusammenarbeit der öffentlichen und der privaten Wohlfahrt wurde in der Steiermark ein Netz

von Behinderteneinrichtungen geschaffen, das heute zweifelsohne regional gut strukturiert ist und in allen Bezirken gut zum Tragen kommt. Unsere Landesaufgabe selbst, die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen und Landeseinrichtungen zu schaffen, hat dazu geführt, daß wir unsere eigenen Einrichtungen ebenso entsprechend ausgebaut haben. Eine Schwerpunkteinrichtung des Landes für die Behindertenarbeit ist unser Landesbehindertenzentrum in Graz-Andritz für Berufsausbildung. Dieses Behindertenzentrum wurde durch eine Reihe von Baumaßnahmen immer weiter entwickelt und stellt heute eine ganz wichtige Einrichtung für die Berufsausbildung unserer Behinderten dar. 1974 haben wir im Behindertenzentrum 67 Behinderte gehabt, die in fünf Berufssparten ausgebildet werden konnten. 1977 waren es 114 in neun Berufssparten, 1980 155 in zehn Berufssparten, und 1985 haben wir 209 Behinderte in zwölf Berufssparten, denen wir eine Ausbildung anbieten können.

Auf Grund der starken Nachfrage mußte ein Werkstättenneubau gemacht werden, der im Laufe des Jahres nun fertiggestellt sein wird und eine weitere Erhöhung der Zöglingzahl ermöglicht. Zu dieser positiven Entwicklung des Behindertenzentrums hat ein Mann, ein Landesbediensteter, im hohen Maße beigetragen, der mit Ende dieses Jahres aus dem Landesdienst ausscheidet, dem für diese seine Leistung wahrlich auch hier im Landtag ein Wort des Dankes gesagt werden muß. Direktor Richard Fink, der 1974 mit der Leitung des Landesbehindertenzentrums betraut wurde, hat durch eine Vielzahl von Ideen und Initiativen und durch sein soziales Engagement dieses Landesbehindertenzentrum mit Hirn und Herz geführt und zu dem gemacht, was es heute geworden ist. Herr Direktor Richard Fink, der eine vielfältige Berufslaufbahn hinter sich gebracht hat, bevor er ins Landesbehindertenzentrum gekommen ist, befindet sich heute auf der Zuhörerergalerie, und ich möchte ihm daher auch von diesem Platz aus einen herzlichen Dank für seine Leistungen für die steirischen Behinderten sagen. (Allgemeiner Beifall.)

Ein zweiter Schwerpunkt unserer Behinderteneinrichtungen ist die Hörbehindertenanstalt. Die Hörbehindertenanstalt, die eine lange Tradition hat und die zweifelsohne zeitweise mit sehr beengten Raumverhältnissen leben mußte, kann nun durch den Auszug der III. Chirurgie voll entwickelt und ausgebaut werden. Wir haben schon in dem letzten Jahrzehnt zur Behebung der Raumnot neue Gebäude im Gelände der Hörbehindertenanstalt errichtet. Ich darf an die Errichtung des Schulgebäudes, an die Errichtung des Kindergartens erinnern und darf in diesem Zusammenhang sagen, daß alle verfügbaren Räumlichkeiten der III. Chirurgie jetzt von der Hörbehindertenanstalt in Anspruch genommen werden, weil einfach ein echter Bedarf dafür gegeben ist.

Meine Damen und Herren, wenn im letzten Jahrzehnt die Behindertenhilfe einen Schwerpunkt im Budget dargestellt hat, was ich an zwei Beispielen und am Gesamtaufwand demonstriert habe, so sehe ich für die Zukunft vielleicht, daß wir einen weiteren finanziellen Schwerpunkt im Bereich der privaten Wohlfahrt setzen müssen. Die private Wohlfahrt übernimmt enorme Leistungen in diesem Land. Tausende freiwillige Mitarbeiter sind in diesem Bereich tätig, aber auch Ange-

stellte und hauptamtlich bezahlte Mitarbeiter, weil es zum Teil große Organisationen sind. Und es hat sich im Laufe der Diskussion und auch bei der Enquete, die wir im heurigen Jahr veranstaltet haben, gezeigt, daß diese Organisationen weiterentwickelt werden können und kostengünstig und unter humanen Bedingungen einen wichtigen Teil der Sozialarbeit in unserem Lande übernehmen können. Ich bin daher nicht ganz glücklich gewesen mit der Aufteilung jenes Sonderbetrages, den wir zur Förderung privater Wohlfahrtsorganisationen im diesjährigen Landesbudget gehabt haben. Mir ist es jedenfalls sympathischer, daß wir im nächsten Jahr auch aus dieser Sonderdotierung fließend zehn Millionen Schilling im Budget haben für den Ausbau und für die Erneuerung der Pflegeanstalt der Barmherzigen Brüder in Kainbach. Denn diese wichtige Pflegeeinrichtung, für die der Orden selbst 70 Millionen Schilling zum Umbau aufbringt, beherbergt behinderte Insassen, die uns im Lande keine andere Einrichtung abnimmt. Um diesen Menschen auch ein menschenwürdigeres Leben in dieser Anstalt zu ermöglichen, dazu dient dieser Umbau. Dazu einen entsprechenden finanziellen Beitrag des Landes zu leisten, halte ich für eine wahrlich soziale Verpflichtung.

Zu den anderen Dingen, die im Zuge der Debatte angeschnitten wurden, habe ich nur zu sagen, daß ich mich grundsätzlich nahezu zu allem bekenne. Zum Herrn Abgeordneten Schrammel möchte ich nur ergänzend sagen, der Pflegeelternverein hat bisher eine Million Schilling an Förderungsmitteln erhalten, und ich glaube, sagen zu können, es gibt natürlich und es kann keine private Wohlfahrtsorganisation geben, wenn sie nicht von uns, von der öffentlichen Hand, gefördert wird. Denn die finanziellen Voraussetzungen müssen wir zu einem bestimmten Teil aus den öffentlichen Budgets schaffen.

Insgesamt glaube ich aber sagen zu können, und es ist hier keine besondere Kritik aus den bisherigen Debattenreden für mich herauszuhören gewesen, daß wir eine gute Sozialarbeit in unserem Lande geleistet haben und daß wir natürlich nicht, wenn wir eine gute Sozialarbeit geleistet haben, zur Diskussion in den Medien kommen oder in die Öffentlichkeit, sondern nur dann, wenn tragische Ereignisse oder offensichtliches Versagen in diesem Bereich auftreten. Dann wird in der Öffentlichkeit darüber geredet. Ich bin daher durchaus zufrieden, wenn über diese Sozialarbeit nicht so umfangreich diskutiert und berichtet wird, weil ich schon daraus entnehme, daß gute Sozialarbeit von Beamten und von Mitarbeitern, von freiwilligen Helfern und von Engagierten in der privaten Wohlfahrt gemacht wird. Diese können eben damit doch unter Beweis stellen, daß sie eine gute, im Interesse aller Steirer wichtige Arbeit geleistet haben. Ich danke daher als Sozialreferent allen, die hier tätig sind, auch natürlich meinen Mitarbeitern in der Rechtsabteilung 9 mit Hofrat Dr. Herbert Knapp an der Spitze, meinen Mitarbeitern im Büro, weil nur im Zusammenwirken aller eine wirklich gute Sozialarbeit in diesem Lande geleistet werden kann. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Klasnic: Meine Damen und Herren, es ist 12.45 Uhr. Ich unterbreche die Sitzung für eine Stunde, das heißt, um 13.45 Uhr wird die Sitzung fortgesetzt. (Unterbrechung von 12.45 Uhr bis 13.45 Uhr.)

Präsident Wegart: Hohes Haus! Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schützenhöfer. Ich erteile es ihm.

Abg. Schützenhöfer: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

„Die steirische Wirtschaftspolitik steht während einer strukturpolitischen Übergangsperiode vor ganz besonders schwierigen Aufgaben. Sie muß die Folgen auf die Beschäftigungslage so gut wie möglich abwehren. Das wird auch durch eine relativ expansive Budgetpolitik versucht, die insbesondere auf dem Bausektor unterstützend wirkt, um maximale Beschäftigungseffekte zu erzielen. Diese Entscheidung ist mutig und ökonomisch sicherlich zu vertreten.“ Das, meine Damen und Herren, sind nicht meine, sondern die Worte des steirischen Wirtschaftsberaters, Universitätsprofessor Dr. Gunther Tichy, zum vorliegenden Budget, insbesondere zum Baubudget. Für die Wohnbauförderung sieht unser steirischer Landesvoranschlag insgesamt 3,5 Milliarden Schilling vor. Das ist gegenüber 1985 eine Steigerungsrate von plus 13 Prozent. Und das ist umso beachtenswerter, weil ja schon 1985 gegenüber 1984 eine starke Steigerung auf Grund der bekannten Wohnbauoffensive des Landes möglich war. In der Analyse zum steirischen Landesvoranschlag 1986 stellt der Budgetexperte des Wirtschaftsforschungsinstituts, Dr. Gerhard Lehner, fest, daß aus dieser kräftigen Aufstockung der Mittel für den Wohnbau starke Impulse für die Bauwirtschaft insgesamt zu erwarten sind, weil die öffentliche Förderung erfahrungsgemäß etwa ein doppelt so großes Bauvolumen ermöglicht, was dann insgesamt eine Baunachfrage von etwa 7 Milliarden Schilling bedeutet.

Es darf wiederholt werden, daß rund 54.000 Arbeitsplätze direkt und indirekt durch den steirischen Landeshaushalt 1986 gesichert werden können. Das ist eine Steigerung um mehr als 1000 Beschäftigte im Vergleich zu 1985. Der Schwerpunkt der zusätzlichen Beschäftigung liegt in der Bauwirtschaft, wo unter Berücksichtigung der Produktionseffekte mehr als 10.000 Personen beschäftigt werden können. Das wiederum ist insbesondere auch eine Auswirkung auf das steirische Wohnbausonderprogramm 1985/86, durch das insgesamt 2000 neue, zusätzliche Wohnungen gebaut werden. Ich möchte dem Herrn Landeshauptmann und dem zuständigen Landesrat Dipl.-Ing. Riegler für diese großartige Initiative, die wir auch alle erwartet haben, nochmals herzlich danken. Eine absolut erfreuliche Entwicklung, über die wir uns freuen können. Überhaupt kann festgestellt werden, daß durch die steirischen Anstrengungen auch in den schwersten Jahren der Bauwirtschaft das Menschenmögliche getan wurde und wird.

In der vor wenigen Wochen vorgelegten Steiermark-Studie der CA werden diese Aussagen bestätigt, wenn es heißt, daß in der Zeit der Konjunkturinbrüche Mitte der sechziger und siebziger Jahre sowie zu Beginn der achtziger Jahre die steirische Bauwirtschaft ein beträchtlich über dem österreichischen Durchschnitt liegendes Wachstum erzielen konnte.

So betrug das Wachstum der steirischen Bauwirtschaft in den Jahren 1973 bis 1981 durchschnittlich jährlich 1,2 Prozent gegenüber dem durchschnittlichen

Wachstum der österreichischen Bauwirtschaft von nur 0,34 Prozent. Diese vergleichsweise günstige Entwicklung ist auf einige Sondereinflüsse, wie etwa den Ausbau der Süd- und Pyhrnautobahn beziehungsweise der Schnellstraße in der Mur-Mürz-Furche, und eben auf die Sonderbauprogramme des Landes zurückzuführen. Dadurch kann die Bauwirtschaft, und zwar sowohl das Baugewerbe als auch die Bauindustrie, in der Steiermark auf eine einigermaßen zufriedenstellende Entwicklung zurückblicken. Denn während sich der Bauproduktionswert bundesweit um 0,3 Prozent verringerte, stieg er in der Steiermark um 7,3 Prozent beträchtlich an. Diese unsere steirische Landespolitik kommt allen zugute. Den steirischen Bauarbeitern, denen unsere Solidarität gilt und die wir mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln vor größerer Arbeitslosigkeit bewahren wollen, unseren Bauunternehmungen und ganz gewiß im besonderen auch jenen steirischen Familien, die ein Häusl bauen oder eine Wohnung erwerben wollen. Ich möchte jetzt auf die einzelnen Zahlen im zu Ende gehenden Jahr in bezug auf Geschosßbau, Eigenheime, Wohnungsverbesserung, Althausinstandsetzung, Eigenmittlersatzdarlehen, Hausstandgründungsdarlehen und Wohnbauhilfen nicht eingehen. Es wird in der Debatte noch darauf eingegangen und verwiesen werden.

Ich möchte, meine Damen und Herren, diese Budgetdebatte aber auch nützen, um mich mit einer Frage auseinanderzusetzen, die ich mir und uns allen stelle: ob und wie eine sozial schwache Familie, also ein Alleinverdiener mit mehreren Kindern, sich heute überhaupt noch eine sozial geförderte Wohnung leisten kann und wie er eine solche erwerben kann. Mir paßt es nicht nur aus ideologischen Gründen nicht, daß Bezieher von kleinen Einkommen heute oft nur mehr Mietwohnungen, und die deshalb, weil die Finanzierung im Verhältnis 65 Prozent Landesdarlehen und 35 Prozent Kapitalmarktdarlehen erfolgt, so daß hiefür zunächst einmal keine Eigenmittel nötig sind, erwerben können. Auch wenn die Errichtung von Mietwohnungen für das Land billiger wäre, die Gesamtbaukosten würden, weil die Mehrwertsteuer nicht anfällt, um 18 Prozent niedriger sein. Ich möchte zum Ausdruck bringen, daß alles darangesetzt werden muß, daß sich eine junge Familie auch dann, wenn der Sparstrumpf der Eltern nicht vorhanden ist, eine Eigentumswohnung leisten kann. Erlauben Sie mir zu begründen, warum mir dieses Problem besonders am Herzen liegt, und einige Zahlen zu nennen, die auch in die Sozialdebatte gepaßt hätten. Heute leben in Österreich an die 790.000 Menschen an der Armutsgrenze. Wohl kletterte das durchschnittliche Bruttoeinkommen seit 1979 auf dem Papier um rund ein Drittel, der ausbezahlte Nettobetrag nahm immerhin noch um 28 Prozent zu. In Wirklichkeit aber, also unter Berücksichtigung der Inflations- und Steuerprogression – und jetzt werden Sie verstehen, warum wir die Frage einer raschen Steuersenkung so sehr in den Mittelpunkt unseres politischen Handelns stellen –, liegt das Durchschnittseinkommen heute um mehr als 3 Prozent unter jenem von 1979. Das sind die Fakten, die wir leider zur Kenntnis nehmen müssen. Inflation, Steuerprogression und massive Verteuerung der Energie und Wohnungskosten führen in vielen Fällen zu einem dramatischen Absinken des Lebensstandards. Ich habe es schon gesagt: 790.000 Österreicher müssen mit 4500

Schilling im Monat auskommen und leben damit an der Armutsgrenze. (Abg. Dr. Hirschmann: „Das ist Sozialismus!“) Das ist ein Ergebnis von 15 Jahren sozialistischer Hauptverantwortung in Österreich. Denn jene Partei, die 1970 angetreten ist, um die Armut zu beseitigen, muß heute zur Kenntnis nehmen, daß es mehr als 10 Prozent der Bevölkerung sind, die an der Armutsgrenze leben. Und was mich als Gewerkschafter und Arbeitnehmervertreter besonders berührt, ist, daß in jedem zehnten Arbeitnehmerhaushalt das Monatseinkommen sogar unter 4100 Schilling pro Kopf liegt. Bei den Hilfsarbeitern sind es sogar über 21 Prozent der Haushalte. (Abg. Erhart: „Ich dachte, du redest von der Wohnbauförderung!“) Ja, Kollege Erhart, ich rede von der Wohnbauförderung und zu den Wohnbauproblemen, und nun frage ich dich und auch mich: Wie sollen sich diese Gruppen, um die wir uns besonders zu bemühen hätten, und auch deine und meine Bundesregierung, aber von mir jedenfalls nicht gewählte Bundesregierung, sollte sich um sie besonders bemühen, hat das aber in einem furchtbaren Ausmaß nicht getan, überhaupt noch zurechtfinden? Dazu kommt, daß alle Kosten, die Wohnung betreffend, immer teurer werden. Das sind einmal die Betriebskosten, das ist ja heute ein ganz entscheidender Punkt. Die Gebühren für die Müllabfuhr sind von 1973 bis 1985 um 197 Prozent gestiegen. Die Kanalgebühr um 360 Prozent. Die Wassergebühr um 146 Prozent und das Heizöl um 342 Prozent. Das ist das Ergebnis der sozialistischen Steuerpolitik, was denn sonst, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.)

Nachdem am Vormittag schon von den Einheitswerten die Rede war. Dieser Punkt spielt ja auch hier herein, meine Damen und Herren. Die sozialistische Regierung mit Wurmfortsatz, wie es der freiheitliche Parteiobmann Haider gesagt hat, das ist nicht mein Ausdruck, diese sozialistische Regierung mit Wurmfortsatz FPÖ hat in ihrem Entwurf für ein Bewertungsänderungsgesetz (Abg. Erhart: „Wieso sind die Heizkosten teurer geworden? Wegen der Mehrwertsteuer!“), und jetzt bitte ich, mir solange zuzuhören, bis ich ausgesprochen habe, das wird Ihnen sehr schwer fallen – das mit Jänner 1986 beschlossen und 1989 in Kraft treten soll, die Einheitswerte für Grund und Gebäude im Schnitt um 250 Prozent (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Wann ist das beschlossen worden?“), in Einzelfällen sogar um über 600 Prozent erhöht. Meine Damen und Herren, es ist ein Irrtum, zu glauben, daß das nur die Großen, die sogenannten Großen trifft. Nein, das trifft die Mieter, das trifft die Eigentumswohnungswerber und -besitzer, das trifft die Häuslbauer und das trifft die älteren Mitbürger. Und ich möchte Ihnen dazu nur zwei Beispiele, die niemand widerlegen kann, anführen, damit Sie es wissen und Ihrer Bundesregierung sagen können, was Sie im Begriffe ist, mit diesem Bewertungsänderungsgesetz wieder einmal anzurichten. (Abg. Ofner: „Wer bekommt das? Die Gemeinden, die den Wohnbau fördern!“)

Erstens: Wenn sich eine junge Familie zum Beispiel eine 90-Quadratmeter-Wohnung erwirbt und jetzt etwa 2000 Schilling Betriebskosten bezahlt, so bezahlt sie in Zukunft auf Grund dieses Bewertungsänderungsgesetzes monatlich um 150 bis 200 Schilling mehr Betriebskosten, die ja noch dazu in keiner Weise der Förderung durch die öffentliche Hand unterliegen und

daher voll auf den Wohnungsinhaber zurückschlagen. Ein zweites Beispiel. Wenn etwa ein Ehepaar, das sich in der aktiven Zeit eine Wohnung gekauft hat und sich nunmehr im Ruhestand befindet, die Kredite zurückgezahlt hat, dann können diese Leute, die sich ihr Hab und Gut zum beträchtlichen Teil vielleicht sogar vom Mund abgespart haben, jetzt auch noch Grund- und Vermögenssteuer zahlen, nur weil sie eine ausfinanzierte Wohnung haben. Meine Damen und Herren, ich möchte es Ihnen von unserer Warte aus ganz klar sagen, für eine solche, die Schwächsten der Schwachen treffende Politik sind wir nicht zu haben, und wir werden alle demokratischen Mittel ausschöpfen, um dieses geplante Unrecht nicht Wirklichkeit werden zu lassen. (Beifall bei der ÖVP.) Ich möchte jetzt auf die Frage der Erhöhung der Kreditkosten, die Mehrwertsteuer, die von 1,8 bis heute 20 Prozent gestiegen ist, die Verwaltungsgebühren, die sich verdoppelt haben, gar nicht mehr näher eingehen. Nur ein Punkt noch. Nach der derzeitigen Rechtsprechung wird seitens des Finanzministeriums die für eine Neubauwohnung vorgesehene Grunderwerbssteuerbefreiung beim Erwerb einer Eigentumswohnung für Dachausbauten nicht gewährt. Der Mehraufwand für einen Eigentumswohnungswerber beträgt dadurch allein für eine 90-Quadratmeter-Wohnung 120.000 Schilling. Gerade durch diese steuerliche Zusatzbelastung wird das Bauen in den Zentralräumen, also in den großen Städten, fast unmöglich und für den einzelnen unfinanzierbar gemacht.

Trotz allem, was kann getan werden, um einkommensschwachen Familien den Erwerb einer sozial geförderten Wohnung noch stärker zu erleichtern? Nur ein paar Gedanken, wenn Sie wollen, ungeordnete Gedanken dazu. Ich glaube, man müßte auch neben einer anderen Steuerpolitik bei den Grundstücks- sowie Betriebs- und Heizungskosten ansetzen, weil es hier ja absolut keine Subjektförderungen gibt und daher diese Aufwendungen reduziert werden müßten. Also zu den Grundstückskosten, zu den Gründen. Ich hätte hier zwei Gedanken. Kollege Ofner, ich würde mich an Ihrer Stelle mit dem Problem befassen und dann darüber reden.

Erster Vorschlag: Ich frage mich, ob wir nicht darüber nachdenken könnten, die Grundstückskosten durch gemeinnützige Bauträger bzw. Banken vorzufinanzieren und sie in einem Zeitraum von etwa 25 Jahren bei einer Eigenmittelverzinsung von derzeit ein Prozent über den Eckzinsfuß, das sind 4,75 Prozent, zurückzuzahlen. Wäre eine Möglichkeit, über die man zumindest diskutieren sollte, und zweitens in Anwendung des Baurechtsgesetzes aus dem Jahre 1911, und hier komme ich auf einen Vorschlag des allseits anerkannten Wohnbauexperten, unseres Dipl.-Ing. Hermann Schaller, zurück, bestünde doch die Möglichkeit, daß Wohnbauträger über die Gemeinden oder auch die Gemeinden selbst für die Errichtung von Eigentumswohnhäusern Gründe zur Verfügung stellen, also Baurecht verleihen, das eben dann nach etwa 70 Jahren erlöschen könnte. Für den Wohnungswerber entfallen damit die Grundstückskosten, er bezahlt einen Baurechtszins. Dieses Gesetz kann sofort angewendet werden und käme eben jenen, die es besonders schwer haben, sehr entgegen und wäre eine, meines Erachtens, entscheidende Hilfe für bestimmte Gruppen von Wohnungswerbern.

Und nun zu den Fragen der Reduzierung von Betriebs- und Heizkosten nur zwei kleine Punkte. Ich glaube, daß durch eine solidarische Selbstreinigung etwa der Wohngebäude die Betriebskosten, weil man ja dann nicht für jedes Haus einen Hauswart anzustellen hat, zwischen 30 und 40 Prozent, da gibt es genaue Berechnungen, gesenkt werden können, und es könnte auch für die erste Zeit der Betriebskosten eine Entlastung sein, wenn man den Reparaturfonds absenkt, etwa von 220 Schilling pro Quadratmeter und Jahr auf, in den ersten fünf Jahren, einen Schilling. Es gibt wirklich sehr ernst zu nehmende Berechnungen, die besagen, daß aus diesen wenigen Maßnahmen allein der durchschnittliche Aufwand für Betriebs- und Heizkosten sowie für die Verwaltungsgebühr je Quadratmeter und Monat von 32 auf 22 Schilling abgesenkt werden könnte. Ich weiß schon, das sind keine alleinseligmachenden Ideen, aber durchaus ernst gemeinte Vorschläge von mir zu manchen Details, und ich glaube, daß da vielleicht doch auch einige Ansätze drinnen sind, und ich würde mich freuen, wenn wir diese Punkte gemeinsam weiter überlegen könnten. Denn auch für den Wohnungsbau gilt ja das, was für alle anderen Bereiche gilt, wie es unser Landeshauptmann immer wieder sagt, großflächig und alles über einen Kamm schierend werden wir unsere Probleme nicht lösen können. In der kleinen Einheit vielleicht doch.

Meine Damen und Herren, schon zum Schluß kommend, noch ein paar wenige Sätze zu den Fragen Wohnbau und Kontrolle. Bei der letztjährigen Budgetdebatte habe ich die Kontrolle mit einer Zitrone verglichen, die nicht jedem schmeckt, insbesondere meistens denen nicht, die gerade kontrolliert werden. Daran mußte ich wieder denken, als ich gehört habe, daß diejenigen, denen der Landesrechnungshof aus verschiedenen Gründen nicht paßt, darüber jammern, daß diese Kontrolleinrichtung natürlich auch Geld kostet. Besonders interessant ist, daß sich der Kreis dieser Kritiker mit dem Kreis der permanenten Kostenüberschreiter im Landesbereich sowie derjenigen, die das Geld des Steuerzahlers für Prestigeprojekte ausgeben, durchaus deckt. Auch die verstärkte Kontrolle im sozialen Wohnbau kostet zweifelsohne Geld. Ich glaube aber, daß dieses Geld im Interesse der Wohnungswerber gut angelegt ist. Wie bekannt, haben diverse Vorfälle im sozialen Wohnbau dazu geführt, daß Landeshauptmann Dr. Krainer im Jahre 1983 die Kommission „Kontrolle im sozialen Wohnbau“ eingesetzt hat. Sowohl der Landeshauptmann als auch der Wohnbaureferent, Landesrat Dipl.-Ing. Riegler, haben sich mit den Vorschlägen dieser Kommission identifiziert, und es wurden in der Steiermark die strengsten Förderungsrichtlinien aller österreichischen Bundesländer erlassen. Der Landesrechnungshof hat vor drei Jahren ebenfalls mit einer stichprobenweisen Kontrolle von Wohnbauträgern begonnen. Ich bin zu all diesen Kontrollberichten meistens mit dem Kollegen Loidl einer der beiden Referenten im Kontroll-Ausschuß. Da der Landesrechnungshof bisher 27 Überprüfungen durchgeführt hat, gibt die Durchsicht der Berichte einen tiefen Einblick in die Entwicklung des sozialen Wohnbaues in der Steiermark. Ich glaube, daß es weitgehend gelungen ist, die Außenseiter im sozialen Wohnbau zu lokalisieren und sie zu eliminieren. Man merkt, daß die neuen Förderungsrichtlinien und die

strengen Kontrollen bereits zu greifen beginnen. Unbestritten ist allerdings, daß es noch Relikte aus der Vergangenheit gibt, nämlich Bauten, mit deren Errichtung vor der Einführung des neuen Systems begonnen wurde. Ich halte allerdings in einer Zeit, in der es eindeutig und glücklicherweise bergauf geht, nichts vom nutzlosen Aufrechnen alter, bereits bekannter Vorfälle, bin allerdings bereit dazu, wenn jemand damit anfangen will – denn das Schwergewicht liegt sicherlich nicht im Bereich der ÖVP-nahestehenden Genossenschaften.

Abgesehen von der präventiven Wirkung des neuen Kontrollsystems – man traut sich eben gewisse Dinge nicht mehr – waren für mich in diesem Jahr diejenigen Überprüfungen des Landesrechnungshofes von besonderem Interesse, bei denen Bauvorhaben dahin gehend durchgecheckt wurden, ob die den Wohnungswerbern in Rechnung gestellten Leistungen auch tatsächlich erbracht wurden.

Die Konsequenz dieser Prüfungstätigkeit war, daß pro Wohnhaus oft sehr hohe Beträge an die Wohnungswerber zurückbezahlt werden mußten, weil nichterbrachte Leistungen verrechnet wurden. Der Landesrechnungshof hat hier jungen und sozial schwachen Familien viel Geld erspart.

Durch das harte Durchgreifen im sozialen Wohnbau und strenge Kontrollen ist auch ein Bereinigungsprozeß im Bereich der Wohnbaugenossenschaften in Gang gekommen. Wohnbauträger, die schlecht gewirtschaftet haben, werden liquidiert beziehungsweise mit anderen fusioniert. Dies ist besonders deswegen notwendig, da bei einem Insolvenzverfahren einer Wohnbaugenossenschaft immer die große Gefahr besteht, das wissen wir aus der Vergangenheit, daß die unschuldigen Wohnungswerber unter die Räder kommen, und die wollen wir ja besonders schützen. Dieser Bereinigungsprozeß darf allerdings nicht, und das möchte ich aus meiner Warte sehr ausdrücklich sagen, zu einer Monopolstellung weniger großer Wohnbauträger mit allen negativen Konsequenzen, wie Anonymität und mangelnde Durchschaubarkeit, führen. Gerade bei der Durchsicht von Kontrollberichten kann man immer wieder feststellen, daß auch kleine überschaubare Wohnbauträger bei guter Führung durchaus auch in der heutigen Zeit lebensfähig sind.

Das ist ein ganz wichtiger Aspekt. Und wir alle sollten tun, was wir tun können, damit es auch in Zukunft zumindest einige kleinere Wohnbauträger in unserem Bundesland gibt. Und im übrigen sollte man nicht immer von den Außenseitern im sozialen Wohnbau sprechen, sondern im besonderen von jenen, und das haben wir schon in den letzten Monaten immer wieder getan, die gute und seriöse Arbeit leisten. Der Großteil unserer Wohnbaugenossenschaften erfüllt seine „Treuhandfunktion“, wenn ich das so ausdrücken darf, gegenüber den Wohnungswerbern in großartiger Weise. Das muß sehr deutlich festgehalten werden.

Ich möchte von hier aus allen unseren steirischen Bauarbeitern, den Unternehmungen, den Wohnbaugenossenschaften, mit deren Geschäftsführern und Mitarbeitern wir oft in Kontakt sind und konstruktiv diskutieren, den Mitarbeitern in der Rechtsabteilung 14, dem Landesrechnungshofdirektor und allen, die dort mit den Fragen des Wohnbaues beschäftigt

sind, einen herzlichen Dank für ihre Arbeit sagen und auch für die Zukunft um gute Zusammenarbeit bitten. Glück auf! (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Meyer. Ich erteile es ihr.

Abg. Meyer: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Der Herr Abgeordnete Schützenhöfer hat sich als mein Vorredner unter der Gruppe 4, Wohnbau, fast mehr mit Einkommensfragen beschäftigt als mit dem Wohnbau selbst. Wenn ich Lehrer wäre, würde ich sagen, er hat das Thema verfehlt. (Abg. Dr. Hirschmann: „Ist das ein Glück, daß Sie eine Dame sind!“) Die Einkommen, von denen er geredet hat, zahlen die Unternehmer, und jeder Schilling wurde von den Gewerkschaften den Unternehmern abgerungen. Er ist selbst Gewerkschafter und müßte auch wissen, wie schwer es oft ist, den Unternehmern Lohnerhöhungen für die Leute abzurufen. (Abg. Schützenhöfer: „Wenn 790.000 Leute an der Armutsgrenze leben, so ist das eine schlechte Politik!“ – Abg. Loidl: „Die ganze Nacht sitzen wir um ein halbes Prozent, und dann sagst du, Herr Schützenhöfer, das ist alles nichts!“ – Präsident: „Meine Damen und Herren, seien Sie Kavaliere. Es spricht eine Frau!“) Mir fiel auf, daß Herr Abgeordneter Schützenhöfer nur von Eigentumswohnungen gesprochen hat, so als ob es keine andere Kategorie von Wohnungsbauten geben würde. Es gibt ja die Möglichkeit für Genossenschaften, und das müssen Sie ja wissen, auch Mietwohnungen zu bauen, und die können sich einkommensschwache Familien sehr wohl leisten. Darauf werde ich später noch zurückkommen.

Darf ich mich nun mit dem Wohnbau befassen. Der Wohnungspolitik wurde seit 1945 stets eine besondere Bedeutung beigemessen, und beachtliche Leistungen am Wohnungssektor wurden seit diesem Zeitpunkt erbracht. Das wird sicher niemand bestreiten. Wenn sich nach dem Krieg, durch den Tausende Familien ihr Dach über dem Kopf verloren haben, die Notwendigkeit ergab, in möglichst kurzer Zeit möglichst viele Wohnungen zu bauen, und zwar so, daß diese Wohnungen auch für die sozial Schwachen zugänglich waren, so führte diese Notwendigkeit zwangsläufig damals zu einem Wohnungsbau der Standardwohnungen bei gleichen Wohnungstypen. Erst vor zirka 15 Jahren begann man sich intensiv zu bemühen, die Wohnungsqualität zu heben. (Abg. Ritzinger: „Warum gerade vor 15 Jahren?“) Da hat es dann die sozialistische Bundesregierung gegeben. (Abg. Brandl: „Das war ein historischer Zeitpunkt!“) Das Motto heißt auch bis heute noch nicht mehr ausschließlich Quantität, sondern vor allem Qualität. Das Wohnbauförderungsgesetz 1968 hat sich viele Jahre hindurch mit seinen Novellierungen bewährt, aber die neuen Herausforderungen, wie etwa die sich immer mehr wandelnden Ansprüche an Wohnungsqualität und Wohnformen, ergaben die Notwendigkeit, sich wiederum Gedanken zu machen, wie man die vorhandenen Geldmittel der öffentlichen Hand am besten und zweckmäßigsten zur Erfüllung dieser Wünsche einsetzen kann. Das Land Steiermark ist als erstes Bundesland, und das wissen wir, in Österreich einen neuen Weg in der Wohnbau-

förderung insofern gegangen, als die Annuitätenzuschüsse für die neu zu errichtenden Wohnungen zur Gänze weggefallen sind. Die Wohnbeihilfen hingegen wurden zugunsten der einkommensschwachen Bevölkerungsschicht wesentlich angehoben. Außerdem wurde die Laufzeit der Kredite auf 27 Jahre reduziert. (Abg. Pörtl: „Bedanken Sie sich beim Kollegen Dipl.-Ing. Riegler!“) Ich glaube, unsere Leute haben da auch mitgearbeitet. Ich bedanke mich selbstverständlich beim Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Riegler, aber auch bei unserem Abgeordneten Loidl. Es wurde ja schon herausgestrichen, daß alles gemeinsam erarbeitet wurde.

Man ist dann einerseits durch die Streichung des Annuitätenzuschusses, der sich Jahr für Jahr durch die gestiegenen Kreditkosten enorm erhöht hat, und durch die erhöhten Wohnbeihilfen andererseits von der Objektförderung mehr zur Subjektförderung übergegangen.

Das erscheint mir deshalb so wichtig, weil damit doch eine wesentlich gerechtere Verteilung der vorhandenen öffentlichen Mittel erreicht werden kann. Doch die Mittel, die für den Bau von neuen Wohnungen vorhanden sind, werden immer geringer, und hierfür sind vielfältige Gründe maßgebend. Die sozialpolitischen Maßnahmen der Subjektförderung, die eigentlich am Anfang nur für besonders förderungswürdige Randschichten der wohnungssuchenden Bevölkerung geschaffen wurden, sind heute zum Normalfall geworden. Die Mehrheit der Wohnungssuchenden kann sich eine Neubauwohnung, und hier gebe ich Ihnen recht, ohne staatliche Hilfe sicher nicht mehr leisten. So werden an fast alle wohnungssuchenden Familien Eigenmitteldarlehen, und sehr oft bis zur vollen Höhe, ausbezahlt. Diese Beträge und die Wohnbeihilfen nehmen einen großen Teil des Wohnbauförderungsbudgets in Anspruch. Erlauben Sie mir eine persönliche Bemerkung dazu, obwohl ich weiß, daß diese Auffassung nicht von allen geteilt wird. Ich bin persönlich der Meinung, daß die Bezahlung von Wohnbeihilfen eine familienpolitische und, wie man aus der Praxis sieht, eine dringend notwendige familienpolitische Maßnahme ist und daher eher aus dem Familienlastenausgleich bezahlt werden müßte. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Denn, wie ich schon vorher erwähnte, dadurch, daß ein Großteil des Geldes, das für den Wohnbau vorhanden ist, für Eigenmitteldarlehen und Wohnbeihilfen verwendet werden muß, können immer weniger Neubauwohnungen gebaut werden. Das zeigt auch eine Statistik der letzten zehn Jahre. Wenn im Jahre 1975 noch 5488 Wohneinheiten im Geschosbau vom Lande Steiermark gefördert wurden, so sind es in den Jahren 1985/86 nur noch 1920 Wohneinheiten, die im Rahmen des Wohnbauprogrammes des Landes beschlossen wurden. Das ist nur ein Drittel dessen, was vor zehn Jahren noch gefördert werden konnte. Das ist schon deshalb so bedauerlich, weil das Land Steiermark nach Wien den größten Wohnungsfehlbestand aller Bundesländer aufweist. Immer noch fehlen in unserem Bundesland zirka 40.000 Wohnungen. Vielleicht wäre auch zu überlegen, ob man nicht die Einkommensverhältnisse jener Personen, die ein Eigenmitteldarlehen, das bekanntlich auf 20 Jahre gewährt wird, bezogen haben, mindestens alle fünf Jahre überprüfen sollte, um eine raschere

Zurückzahlung bei wesentlicher Besserung der Einkommensverhältnisse verlangen zu können. Als Beispiel möchte ich anführen: Ein Student bekommt ein Eigenmittlersatzdarlehen in voller Höhe. Er wird mit seinem Studium fertig, tritt in das Berufsleben ein und erreicht als Akademiker nach, nur um eine Zahl zu nennen, zehn Jahren ein überdurchschnittlich hohes Einkommen. In einem solchen Fall, aber auch in anderen Fällen, das war ja nur als Beispiel gemeint, wäre es sicher gerechtfertigt, das Eigenmittlersatzdarlehen schon früher zurückzufordern. Eine andere Möglichkeit, den Rückfluß dieser Darlehen zu beschleunigen, wäre unter Umständen auch eine begünstigte Rückzahlung durch Gewährung eines Nachlasses, wie dies bei den Wohnbaudarlehen nun wieder der Fall ist. Das alles wären Wege, die zu überlegen sind, um schneller wieder in Form von Darlehen geborgtes Geld zurückzuerhalten.

Und nun zurück zu den Neubauten. Es gibt noch andere, als die vorher angeführten Gründe, warum in den letzten Jahren weniger gebaut werden konnte. Erhebliche Vorgriffe wurden im Rahmen des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 getätigt, und diese Maßnahmen wurden ja dann als Landessonderwohnbauprogramm verkauft. Wir haben das schon immer wieder festgestellt, dieses erste Landessonderwohnbauprogramm hat es nicht gegeben. Der Bau von 900 Wohnungen in den Jahren 1982/83 war eben nichts anderes als das frühere Ausgeben von Geld für Wohnungen, die später gebaut hätten werden sollen. Dadurch hat dieses Geld natürlich in den Folgejahren gefehlt. Erst die 600 Millionen Schilling im Jahre 1985 und weitere 600 Millionen Schilling für das Jahr 1986, die zusätzlich als Wohnbauförderungsmittel zur Verfügung stehen, bedeuten für uns das von uns schon lange und immer wieder geforderte wirkliche Sonderwohnbauprogramm des Landes Steiermark. Obwohl diese zusätzlichen Förderungen von uns auch schon seit Jahren verlangt und dann die Bereitstellung von 1,2 Milliarden Schilling auch gemeinsam beschlossen wurde, wird auch diese Maßnahme, so wie immer in solchen Fällen, jetzt als die große Wohnbauoffensive der ÖVP verkauft. Es ist, das ist nicht zu bestreiten, ein Sonderwohnbauprogramm, und trotzdem können wir nicht mehr bauen als in den letzten Jahren. Aber es muß auch gesagt werden, wenn wir diese 1,2 Milliarden Schilling nicht hätten, könnten wir noch weniger bauen oder gar nichts. Und weil wir Sozialisten wußten, wieviel Geld schon im vorhinein verbraucht wurde, war es uns ja so unverständlich, daß die ÖVP auf 726 Wohnungen aus dem ersten Bundessonderwohnbauprogramm so einfach verzichtet hat. (Abg. Kanduth: „Wir haben gesagt, daß es zu teuer ist. Die Voraussetzungen wurden geändert!“) Es kostet gleich viel Geld wie das zweite Bundessonderwohnbauprogramm, das wissen Sie ganz genau.

Wir Sozialisten haben damals den Antrag auf Annahme dieses Programmes gestellt. Sie haben ihn leider abgelehnt, und dadurch ist der wohnungssuchenden Bevölkerung ein großer Schaden zugefügt worden. 726 Wohnungen fehlen, die wir noch bauen hätten können. Uns freut es, daß die ÖVP dann doch so einsichtig war und unserem ständigen Drängen nachgegeben hat und das zweite Sonderwohnbauprogramm des Bundes angenommen hat. (Beifall bei der

SPÖ.) Wir wissen es, jetzt können auch Eigentumswohnungen gebaut werden. Wir wissen schon, warum. (Abg. Kanduth: „Wir haben in diesem Haus oft genug davon gesprochen!“) Wir kennen schon die Gründe für die Annahme des zweiten Sonderwohnbauprogrammes. (Abg. Kanduth: „Nicht eine einzige Eigentumswohnung wird gebaut. Das war die Einbindung der Gemeinden!“) Es können auch jetzt Eigentumswohnungen damit gebaut werden. Das war der Hauptgrund, warum Sie das angenommen haben, und, daß die Gemeinden eingebunden wurden. Aber die Eigentumswohnungen waren wohl der Hauptgrund. Darf ich Ihnen sagen, daß keine einzige ÖVP-Genossenschaft Mietwohnungen nach dem zweiten Bundessonderwohnbauprogramm baut. Nur Betreuungsbauten der Stadt Graz fallen darunter. (Abg. Kanduth: „Das Sonderwohnbauprogramm war anzunehmen. Man muß die Wahrheit sagen!“) Jedenfalls können mit diesem zweiten Bundessonderwohnbauprogramm 1516 Wohnungen in den Jahren 1984 bis 1987 gebaut werden. Dadurch kann auf der einen Seite der große Wohnungsfehlbestand reduziert und auf der anderen Seite der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe und im Bauneben-gewerbe entgegengewirkt werden. Wir haben auch deshalb so sehr für die Annahme dieses Bundessonderwohnbauprogrammes plädiert, weil dieses Programm für die Wohnungssuchenden den echten sozialen Wohnbau, von dem so viele behaupten, daß es ihn nicht mehr gibt, bedeutet. Denn es sind keine Eigenmittel, weder für Grundkosten noch für Baukosten, für Mietwohnungen aufzubringen.

Und wenn ich schon vom sozialen Wohnbau spreche, so soll nicht unerwähnt bleiben, daß die vielen Förderungsmöglichkeiten, die es für junge Familien, für einkommensschwache Familien im Rahmen der Wohnbauförderungsgesetze gibt, sehr sozial gestaltet sind. Der zumutbare Wohnungsaufwand bei der Berechnung der Wohnbeihilfe ist wirklich jedem zuzumuten. Diese Gesetze sind für die Bevölkerung ein ganz entscheidender sozialer Faktor. Daß es trotzdem noch immer Familien gibt, die sich eine Neubauwohnung nicht leisten können, liegt nicht am Gesetz und nicht am Beihilfensystem, sondern bei den zu bezahlenden Grundkosten, die sich viele nicht leisten können, denn dafür gibt es natürlich keine Förderungen, und es liegt auch an den Betriebskosten, die in den letzten Jahren enorm gestiegen sind. Hier kann ich Ihnen zustimmen, bei den Betriebskosten, Herr Abgeordneter Schützenhöfer! Natürlich kosten Strom, Wasser, Müll, Kanal viel Geld, das wissen Sie ja auch. Fragen Sie die hier anwesenden Bürgermeister, ob sie bereit sind, nicht kostendeckende Gebühren einzuheben. Ich glaube kaum. Wenn man von den Betriebskosten spricht: Der Komfort, wie etwa Zentralheizungen mit Warmwasseraufbereitung, Hausmeistergebühren und andere, haben natürlich diese Kosten auch in die Höhe getrieben, das können Sie auch nicht wegleugnen – oder? Meiner persönlichen Meinung nach mußte man wirklich im Interesse der Wohnungswerber bei jedem Bau ernsthaft überlegen, ob man wirklich einen Hausmeister mit seiner freien Wohnung und der ihm zustehenden Bezahlung braucht. Es gäbe viele Bauten, die von den Bewohnern selbst betreut werden könnten, aber wenn man diesen Komfort will, dann muß man damit rechnen, daß er viel Geld kostet. Wir Sozialisten, und ich hoffe, daß dies auch die anderen Fraktionen tun,

machen uns schon darüber Gedanken, wie könnte man die Baukosten senken. Am Parteitag wissen das die Leute. Sie anscheinend aber nicht, Herr Abgeordneter. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Die Armuts Grenze liegt so tief für viele. Sie können sich das gar nicht leisten!“) Warum reden Sie dann nur von Eigentumswohnungen, die sich jemand kaufen soll? Dürfen diese Menschen keine anderen Wohnungen beziehen? Hiefür gäbe es die Mietwohnungen. Viele Möglichkeiten bei der Senkung der Baukosten gibt es hier sicher nicht. Denn der Wohnbau in der Gegenwart verlangt Qualitäten, die teuer sind, und die Menschen verlangen sie auch. Sie verlangen, daß eine Wohnumwelt vorgefunden wird, die menschlich ist, die vielfältige Freizeitangebote enthält und eine Infrastruktur aufweist mit entsprechenden Bildungsmöglichkeiten, Anbindung an das Verkehrsnetz und auch die Nahversorgungsmöglichkeiten. Er verlangt Freisein von störenden Einflüssen, wie Lärm oder Geruchsbelästigungen, Erfüllung von verbessertem Wärmeschutz und vieles mehr. Hier muß ein gewisses Maß an Qualitätskriterien erfüllt werden und kann den Bau nicht verbilligen.

Wo meiner Meinung nach eine wesentliche Verbilligung der Bauten erfolgen kann, ist bei der Reduzierung der Zwischenfinanzierungen. Vor zirka zwei Wochen gab es eine „Argumente“-Sendung im Fernsehen, die aufzeigte, wohin Zwischenfinanzierungen auch führen können. Kollege Prof. Dr. Eichinger war auch schön im Bild. Eine Reduzierung kann nur dann erreicht werden, wenn die Förderungsmittel vom Land an die Bauträger schneller zugewiesen werden. In den vergangenen Jahren war die Wartezeit zwischen neun und zwölf Monate ehe die Bauträger vom Land nach Beibringung der Leistungsnachweise Förderungsmittel erhielten. Dadurch mußte zwischenfinanziert werden, denn fast ein Jahr vorzufinanzieren, kann sich niemand leisten.

Aber hier ist in den letzten Monaten eine Wendung zum Guten eingetreten, denn die Wartezeit beträgt, wie mir nun glaubhaft versichert wurde, nun nur noch höchstens drei Monate. Dadurch fallen sicher sehr hohe Kosten der Zwischenfinanzierung weg, und der Bau wird dadurch billiger.

Wünschenswert wäre noch eine raschere Abwicklung der Endabrechnungen durch das Land Steiermark, die oft zwei bis drei Jahre dauert. Wir wissen, wieviel Arbeit Endabrechnungen mit sich bringen und daß der Personalmangel in der Rechtsabteilung 14 zum Teil daran Schuld ist, daß hier Verzögerungen eintreten. Es wäre daher wünschenswert und im Interesse der Wohnungsinhaber, eine Personalaufstockung zu überlegen. (Abg. Loidl: „Nicht zu überlegen, sondern durchzuführen!“) Denn jeder Wohnungsbenützer beziehungsweise Eigentümer möchte so rasch als möglich wissen, was die Wohnung wirklich kostet, und vor allem auch, wie hoch die endgültige Miete ist, die ja erst nach geprüfter Endabrechnung durch das Land wirklich feststeht.

Als positiv kann vermerkt werden, daß die Wohnbauskandale in der Steiermark wesentlich zurückgegangen sind beziehungsweise keine derartigen Fälle zur Zeit bekannt sind. Die Rute im Fenster – sprich Landesrechnungshof – hat also doch gewirkt, und so können große Schäden, die früher durch solche Skandale den Mietern zugefügt wurden, nun vermieden

werden. Wenn ich früher davon gesprochen habe, wie wichtig es ist, das vorhandene Geld für den Wohnbau am zweckmäßigsten einzusetzen, so will ich hier die positiven Auswirkungen vermerken, die die Überprüfung der widmungsgemäßen Verwendung der geförderten Wohnungen mit sich bringt. Durch diese Überprüfungen wird es nicht mehr so leicht gemacht, Zweitwohnungen zu besitzen oder geförderte Wohnungen nicht selbst zu benützen, sondern zu vermieten.

Dazu sind die Wohnungsförderungsmittel nicht da, das muß eindeutig festgestellt werden, und es muß und wird hier auch rigoros gegen diese Verstöße vorgegangen. Einen Mißbrauch der Förderungsmittel können wir uns bei dieser budgetären Lage sicher nicht leisten. Deshalb sind die systematischen Überprüfungen eben besonders zu begrüßen.

Abschließend darf ich noch sagen: Die Ziele der Sozialisten in der Wohnbaupolitik werden weiterhin sein, dafür zu sorgen, daß jedem Mitbürger, auch dem sozial Schwachen, die Chance auf eine nach Größe, Ausstattung und nach zeitgemäßen Grundsätzen ausgestattete Wohnung gegeben wird. Wir müssen die Wohnbauprogramme immer wieder neu überdenken, um so für die Sicherstellung der sozialen und wirtschaftspolitischen Ziele des Wohnbaues zu sorgen, um auch in Zukunft die wachsenden Aufgaben bewältigen zu können. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Chibidziura. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Damen und Herren!

Ich will nicht in die Debatte der Einkommensentwicklung eingreifen, aber mir scheint doch, daß Sie, Herr Abgeordneter Schützenhöfer, eine Kindesweglegung begangen haben. Schließlich und endlich ist es ja doch so, daß Sie in der Sozialpartnerschaft gemeinsam mit der SPÖ eine Änderung herbeiführen hätten können in der Abgeltung der Teuerungen, und schließlich und endlich liegt der Schlüssel in dieser ganzen Auseinanderbewegung in der prozentuellen Abgeltung. Das aber nicht erst seit kurzem, sondern das ist schon länger her. (Abg. Dr. Maitz: „Mehrheitsbeschluß bei den Pensionen!“) Genau dort liegt es. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gerade bei diesem Kapitel sollte man sich über die Wohnsituation einmal klar werden. Ich habe eine Untersuchung hier, wo 45 Prozent der erwachsenen Österreicher außerhalb des landwirtschaftlichen Bereiches aus den Haushalten mit Wohnbesitz stammen. Unter ihnen befinden sich 28 Prozent, die in einem eigenen Haus leben, und 17 Prozent verfügen über eine Eigentumswohnung. Zählt man die Genossenschaftswohnungen zu den Eigentumswohnungen, so ergibt sich eine Summe von 60 Prozent des Wohnungsbestandes, und 40 Prozent der erfaßten Bevölkerung wohnen in Mietwohnungen. Betrachtet man die Verteilung der Wohngegebenheiten nach Berufskreisen, so ergibt sich, daß der einfache Arbeiter zu 50 Prozent Mieter ist, aber immerhin doch 24 Prozent im eigenen Haus leben. Facharbeiter sind zu 46 Prozent Mieter und 27 Prozent an zweiter Stelle der Hausbesitzer. Angestellte und Beamte sind nur zu 38 Prozent Mieter, 24 Prozent wohnen im eigenen

Haus, und 21 Prozent haben Eigentumswohnungen. Leitende Angestellte sind zu einem geringen Prozentsatz Mieter mit 28 Prozent, jedoch die stärkste Gruppe bei den Eigentumswohnungen. Selbständige und freie Berufe sind zu 54 Prozent Hausbesitzer, und 19 Prozent bewohnen eine Eigentumswohnung. Die Statistik zeigt, daß die Eigenheime in der letzten Zeit zurückgehen. Das ist meiner Meinung nach schlecht, weil natürlich auch die Wohnsubstanz an und für sich hier prozentuell abnimmt. Und es zeigt sich, daß gerade im verdichteten Flachbau geringere Bauintensität da ist, und ich glaube, daß dies ein Grund ist, sich zu überlegen, daß hier etwas geschehen muß. Ich hoffe, daß dies hier mit den nächsten Förderungen besser abgesichert wird. Auch im sozialen Wohnbau sollte hier einiges überlegt werden. Wie mir berichtet wird, gibt es gerade auf diesem Gebiete einige Trickser. Er meldet sich für eine Wohnung an, bekommt die, wird gefördert, er läßt sich auch mit der Mietzinshilfe helfen, er geht als drittes sofort daran, sich bei einer nächsten Wohnung anzumelden, er erfährt die dritte Förderung, er verkauft die erste Wohnung mit einer ordentlichen, wie wir wissen auch verbotenen Ablöse, schlägt daraus einen Gewinn und zieht in eine größere Wohnung ein, läßt sich wieder fördern und ist wieder bereit, eine Mietzinsbeihilfe entgegenzunehmen. Angeblich läßt sich das mehrfach durchführen, so daß es schon Fälle gibt, wo einer eine dritte oder vierte Wohnung hat. Ich glaube, daß das nicht ganz richtig ist. Man sollte diese Entwicklung in den Griff bekommen. (Abg. Kanduth: „Sie ist durch Richtlinien längst in den Griff gekommen!“) Es sollte hier mit Sicherheit auch etwas geschehen. Und, Kollege Kanduth, es ist gut, daß du dich jetzt gemeldet hast. Ich habe nämlich schon im Vorjahr die Initiative eingebracht, daß Aufsteigerwohnungen geschaffen werden sollen, angeboten werden sollen, wo eben Familien mit einer größeren Kinderanzahl auch noch hier mit in die Förderung hineinkommen, Möglichkeiten auch, wo man umsteigen kann, wo man auch unter Umständen für Großfamilien eine Möglichkeit hat, wo man die Grobeltern miteinbezieht. Und gerade, weil vorhin der Kollege Schützenhöfer so ein Loblied auf die steirische Wohnbaupolitik gesungen hat. Ich habe auch so eine Statistik der Wifo, wo unter anderem das Wohnbauförderungsgesetz 1984 und das Wohnhaussanierungsgesetz des Vorjahres mit seinen Auswirkungen in den einzelnen Bundesländern untersucht wird. Vor allem haben die Länder zu diesen Gesetzen Durchführungsverordnungen zu erlassen gehabt beziehungsweise haben diese dadurch ergänzt. Den Ländern wurde mehr Kompetenz eingeräumt und somit ein größerer Spielraum für die Länder gegeben. In dieser Studie heißt es: „Vergleicht man die Finanzierungskosten nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1984 der einzelnen Bundesländer, siehe Übersicht, so ergeben sich erhebliche Abweichungen vom österreichischen Durchschnitt.“ In Salzburg zum Beispiel liegen die Finanzierungskosten bei Wohnungsneubauten etwa unter der Hälfte des gesamten Bundesgebietes. Weiters heißt es dann: „Am meisten muß man im Durchschnitt für eine Neubauwohnung in der Steiermark zahlen. Die im Vergleich zu anderen Bundesländern relativ hohen Finanzierungskosten der Steiermark sind vorwiegend auf die kurze Laufzeit der Landesdarlehen zurückzuführen. Hier liegt die Steiermark bei den Eigenheimen mit 12 Prozent über dem

österreichischen Durchschnitt, bei den Miet- und Genossenschaftswohnungen mit 37 Prozent über dem österreichischen Durchschnitt und bei den Eigentumswohnungen mit 16 Prozent über dem Durchschnitt.“ Ich glaube, daß hier die Wohnbaupolitik wohl versagt hat.

Unser Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium, Ing. Gerulf Murer, hat sich sehr eingesetzt für ein landwirtschaftliches Wohnbauprogramm eben für landwirtschaftliche Wohnhäuser und hat hier eine Förderungsmöglichkeit erreicht, wo 80 Prozent der Baukosten bis zu einer Million möglich sind für Umbauten, Neubauten und Zubauten. 80 Prozent des Rechnungsnettoetrages! Und wer tüchtig ist, der kann bis 10.000 Schilling je Quadratmeter als Eigenleistung angerechnet bekommen. Natürlich bei Nachweis der Materialkosten. Und das, was am meisten ins Gewicht fällt, ist, daß dieser AIK völlig unbürokratisch zu erreichen ist. Einreichung bei den Banken. Die Erledigung findet in spätestens drei bis vier Wochen statt. Ich glaube, das ist etwas, das sicherlich bis jetzt noch nicht da war.

Und nun ein Wort noch zur Reparatur des Mietrechtsgesetzes. Hier hat sich unser freiheitlicher Minister Dr. Ofner ausgezeichnet und hat eine Änderung des Mietrechtsgesetzes, natürlich in Gemeinsamkeit, erreicht. Es ging in erster Linie darum, keine Teuerung der Wohnkosten bei aufrechten Mietverträgen herbeizuführen beziehungsweise diese zu stoppen, stärkeren finanziellen Anreiz für Vermieter zu erreichen, um den freien Wohnraum anzubieten, und den zusätzlichen Vorteil für die Hauseigentümer zu nützen, daß sie zur Ausstattung von Substandardwohnungen nach den Bedürfnissen unserer Zeit sich einsetzen und dafür auch Gelder bereitstellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, wir sollten gerade hier in diesem Fall sehen, daß die Freiheitlichen sehr bemüht sind, auch im Wohnbau Taten zu setzen und der Gemeinschaft und der Bevölkerung von Österreich und der Steiermark zur Seite zu stehen. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Rainer. Ich erteile es ihm.

Abg. Rainer: Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Herr Abgeordnete Schützenhöfer hat diese Fragen verbunden mit der Frage der Einkommenspolitik oder, wie er es darstellt, mit einem Absinken an die Armutsgrenze. Tatsache ist, meine Damen und Herren, daß hier sehr wohl eine Funktion der Sozialpartner gegeben ist. Wie wir aber wissen, sind die Einkommen in Österreich eine Funktion der wirtschaftlichen Gegebenheiten und daher auch eine Möglichkeit des Machbaren, weil ja so ohne weiteres in gewerblichen Bereichen, in ländlich strukturierten Bereichen die Einkommen nicht so erhöhbar erscheinen, wie es vielleicht manchesmal, wenn man jetzt nur den einen Teil der Wohnungskosten sieht, erforderlich wäre. Der andere Teil wurde ja heute bereits bei der Debatte vorhin dargestellt. Hier ist ja durch eine reale Einkommenssteigerung für die Pensionisten vorgesorgt worden. Es ist ja nicht so, wie es dargestellt wurde. Ganz im Gegenteil. Vielleicht darf ich noch eine Ziffer nachtra-

gen. Es ist in den letzten zehn Jahren zu einem Absinken zum Beispiel der Ausgleichszulagenempfänger bis zu einem Drittel gekommen. Also, Tatsache ist, daß natürlich Wohnen Geld kostet und daß diese Kosten mit jenen Möglichkeiten verbunden sind, die jeder einzelne auf Grund seiner Tätigkeit, auf Grund seines Einkommens, das er aus Arbeit oder anderen Quellen bezieht, einfach abdecken kann. Ich glaube vielmehr, daß die Darstellung, die gegeben wurde, von einer anderen Überlegung ausgeht, nämlich von einer ideologischen Überlegung, dem sogenannten Privatisierungskonzept der Österreichischen Volkspartei, in dem ein Volk von Eigentümern beinhaltet ist und daher eine grundsätzliche Ideologie besteht, daß Mietwohnungen nicht gebaut werden sollen. Tatsache ist, daß auch nur mehr ganz wenige Mietwohnungen gebaut werden, weil aus diesen Überlegungen viele Gemeinden oder auch Trägereinrichtungen kaum mehr in der Lage oder bereit oder willens sind, Mietwohnungen zu errichten, die aber für viele Einkommensschwache in unserem Lande die bessere Lösung wären. Das ist eine gegebene Situation und ist eben darauf zurückzuführen. Darüber hinaus gibt es ja diese Wohnbeihilfe, wobei man aber sagen muß, daß diese Wohnbeihilfen natürlich mit einer Funktion verbunden sind mit der Form, daß das steigende Einkommen angerechnet wird und daß daher unter Umständen negative Bewertungen jener Wohnbeihilfebezieher eintreten können, weil der den subjektiv falschen Eindruck hat, daß keine Einkommenssteigerung eintritt, weil dort eine Verminderung bei den Beihilfen zwangsläufig eintreten muß, weil die Einkommensgrenzen festgeschrieben sind. Wenn man also die Überlegung so sieht, wäre die Mietwohnung aus dieser Betrachtung die günstigste Variante, weil a) kein Baukostenzuschuß zu zahlen wäre, weil b) keine Grundkosten anfallen und weil darüber hinaus auch wahrscheinlich billiger gebaut werden könnte und die Zuschüsse aus der Wohnbeihilfe zustehen würden und der einzelne sicher leichter und besser in der Lage wäre, Wohnungen am heutigen Wohnungsmarkt anzusprechen.

Warum stelle ich das in dieser Form dar? Eine Eigentumswohnung mit einem Ausmaß von 80 Quadratmeter kostet heute rund 300.000 Schilling. Ich frage mich, wer in der Lage ist, diese Kosten tatsächlich aufzubringen und diese Eigenmitteldarlehnen dann letztlich abzahlend, wenn er sie überhaupt bekommt, und auch hier ist ja der Anspruch nicht so ohne weiteres für jeden einzelnen gegeben. Die Betriebskosten und überhaupt die Kostenstruktur im Zusammenhang mit Wohnungen wurden ja weitgehendst angesprochen. Unrichtig ist das, was in Zwischenrufen dargestellt wurde. Wenn man diese Kosten einigermaßen aufgliedert, vollständig läßt sich das ja in einer Wortmeldung nicht machen, die Heizungsart ist ganz maßgeblich kostenverantwortlich, ob ich eine Zentralheizung auf Ölbasis habe, ob ich eine andere Heizung habe mit Holz oder Kohle, ob ich mit Strom heize. Ganz beträchtliche Unterschiede gibt es bei den Kosten, leider auch regional unterschiedlich, weil die EVUs unterschiedliche Kosten haben. Aber, was ich sagen will, Kosten, die extern entstehen, Kosten, die von uns nicht beeinflusst werden können, weil zum Beispiel die Ölpreise ja sicher nicht in Österreich gemacht werden und weil leider, das muß man sagen,

auch Stromimporte, zum Beispiel in der Heizperiode, getätigt werden müssen, weil gerade zu jenem Zeitpunkt billige Energie aus der Wasserkraft nicht zur Verfügung steht und insgesamt so der Strompreis sich jährlich verteuert oder zumindest in Abständen höher wird und sich das auf die Wohnungskosten durchschlägt. Ein weiterer Bereich.

Ein ganz beachtlicher Kostenfaktor, der immer mehr steigt, das ist zum Beispiel die Frage der Müllbeseitigung. Denken Sie an die Grazer Situation, wo den Bürgern durch diese gegebene Situation ständig höhere Kosten auferlegt werden. Man muß sich tatsächlich fragen, warum denn? Wir wissen es, warum. Weil eben das Land seine Verpflichtung nicht erfüllt hat, weil nicht die entsprechenden Vorsorgen getroffen wurden, weil nach dem Florianiprinzip vorgegangen wird und weil jetzt die Situation besteht, daß dadurch die höheren Kosten, die abgedeckt werden müssen, entstanden sind. (Abg. Präsident Klasnic: „Der Referent der Stadt Graz hat nicht vorgesorgt!“) Ein anderer Bereich, das sind die Kosten für die Wassergebühren. Der Landeszuschuß, der ursprünglich 30 Prozent betragen hat, ist zurückgegangen auf 10 Prozent. Die umgekehrte Folgewirkung ist ein Eintreten der Kostensteigerungen. Wir haben in all jenen Häusern, wo Aufzüge vorgeschrieben sind, exorbitante Kostensteigerungen aus den Serviceverträgen und aus den Stromkosten. Hier läßt sich sehr wohl ansetzen und die Frage erheben, ob das so sein muß und ob in jedem Fall auch tatsächlich ein Aufzug vorgeschrieben werden sollte.

Nun aber zu jenen Fragen der Reinigungskosten und der Frage der Hausbesorger. Erstens ist es schon einmal eigenartig, wenn ein Arbeitnehmervertreter darstellt, daß man in solidarischer Gemeinschaft die Selbstreinigung einer Hausanlage vornehmen kann. Vielleicht darf man die Widersprüchlichkeit herausstellen. Denken Sie an das Zementgebirge in Graz, an die Terrassenhaussiedlung, denken Sie daran, wie dort eine solidarische Selbstreinigung bei 540 Wohneinheiten denkbar und machbar wäre. Denken Sie im besonderen auch in einer anderen Kategorie, nämlich in jener der Dienstnehmer. Meine Damen und Herren! Aus dem Schicksal jener Dienstnehmergruppe heraus haben unsere Beschäftigten in diesem Bereich, die Hausbesorger, ein Dienstrecht, das durchaus mit jenem der pragmatisch Bediensteten in der Gebietskörperschaft vergleichbar ist. Das heißt also, es wäre gar nicht denkbar, daß man sich jetzt von Hausbesorgern befreit. Es wäre nicht nur unsozial, sondern auch rechtlich nicht machbar und ist nicht denkbar. Daher ist diese solidarische Selbstreinigung, wie das dargestellt wird, keineswegs machbar. (Abg. Präsident Klasnic: „Das ist ein Widerspruch zur Rede der Frau Abgeordneten Meyer!“) Und selbst bei neuen Wohnhausanlagen wage ich zu bezweifeln, daß die Interessensgemeinschaften, die heute entstehen, wirklich bereit sind, eine derartige Regelung zu finden. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das ist ein Widerspruch. Du bist gegen alle!“) Auch hier kann ich Ihnen den Nachweis liefern. In der zitierten Terrassenhaussiedlung gibt es zum Beispiel momentan eine Auseinandersetzung, wer denn dort all diese Aufgaben übernehmen soll und wie sie abgedeckt werden sollen, weil die Mieter dort nicht mehr bereit sind, diese ständig steigenden Kosten